



Seite 3



BAYERISCHES
BREITBAND
FORUM

Bayerisches BreitbandForum, 17. Oktober 2024,
Stadthalle Gunzenhausen, www.bayerisches-breitbandforum.de



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

DLT-Jahrestagung im Kloster Seeon:

Landkreise in der Zeitenwende

„Wir Landkreise sollten uns gerade in schwierigen Zeiten als Stabilitätsanker in der Fläche begreifen. Es gilt, das Vertrauen der Menschen in staatliche Strukturen zu stärken. Von ihnen und uns hängt viel ab“, unterstrich DLT-Präsident Reinhard Sager bei der Jahrestagung des Deutschen Landkreistags in Kloster Seeon. Die Landrätinnen und Landräte müssten standhaft bleiben. „Sie sind auch Brückenköpfe der Demokratie und des Rechtsstaates“, betonte Sager, dessen Amtszeit als DLT-Präsident nach zehn Jahren endete.

Zu Sagers Nachfolger bestimmte die Mitgliederversammlung den Landrat des Neckar-Oden-

wald-Kreises Dr. Achim Brötel. Wichtig sei die Erkenntnis, dass Deutschland dezentral geprägt ist und die meisten, nämlich 57 Millionen Menschen, in der Fläche leben. Für diese müsse qualitätsvoller Politik gemacht werden.



Dr. Achim Brötel. Bild: DLT

Der Fürstfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin, seit Mai 2022 Präsident des Bayerischen Landkreistags, wurde einstimmig zum Vizepräsidenten des DLT wiedergewählt. Als weitere Vizepräsidenten fungieren die Landkreischefs Sven Ambrosy (Landkreis Friesland), Götz Ulrich (Burgenlandkreis), Anita Schneider (Landkreis Gießen, ab 28.11.2024) und Olaf Schade (Ennepe-Ruhr-Kreis, ab 16.11.2025).

Die Politik muss mehr liefern

„Die Politik muss mehr liefern, besser kommunizieren und darf sich nicht ständig verheddern im Klein-Klein. Dafür geht es um zu viel. In der Verunsicherung der Zeitenwende ist es umso mehr Aufgabe der Politik, Wege zu finden, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken“, stellte

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Gunzenhausen erwartet kommunale Entscheider

11. Bayerisches BreitbandForum am 17.10.2024
in der Stadthalle Gunzenhausen

Schnelles Internet, obwohl nicht als klassische Aufgabe der Daseinsvorsorge definiert, ist ein entscheidender Standortfaktor. Nur mit flächendeckenden, hochbitratigen Breitbandanschlüssen kann Bayern als Wettbewerbsstandort nachhaltig gestärkt werden. Und so liegt es letztendlich doch in der Verantwortung der kommunalen Entscheidungsträger, die bestmöglichen Lösungen zu finden, geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen und die Finanzierung sicherzustellen.

Das Bayerische BreitbandForum der Bayerischen Gemeindezeitung bietet seit 2013 eine Plattform für alle, die mit Breitbandthemen in bayerischen Kommunen und Behörden betraut sind. Seit 2024 ist der Bayerische Gemeindegeldrat, der als Spitzenverband die Interessen der 2.031 bayerischen Städte, Märkte und Gemeinden vertritt, als Mitveranstalter an Bord. Am 17. Oktober 2024 findet die Veranstaltung in der Stadthalle Gunzenhausen statt.

Aktuelle Themen, wie die Reform der Bundesförderung, die im Rahmen einer Podiumsdiskussion erörtert wird, sowie ein neuer Musterbescheid für die Glasfasereinlegung in Straßen stehen in diesem Jahr im Fokus. Ergänzt wird das Programm durch Vorträge zum Breitbandausbau im ländlichen Raum, zu technischen Planungsfragen und zur nachhaltigen Gestaltung des Ausbaus.

Informationen über Forum, Fachmesse, Partner, Aussteller, Vorträge, Podiumsdiskussion und Programm:

www.bayerisches-breitbandforum.de

Eintrittspreise: Kommunale Vertreter: EUR 15,-- zzgl. MwSt. Wirtschaftsvertreter: EUR 110,-- zzgl. MwSt.

Anmeldungen:

www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung.

Traditionell wird das Forum durch ein **Schafkopfturnier** abgerundet. Sowohl erfahrene Spieler als auch Neulinge sind willkommen. Anmeldung bitte unter: www.bayerisches-breitbandforum.de/schafkopfturnier. Für Einsteiger werden separate Tische angeboten, sodass jeder teilnehmen kann. □

Klausurtagung der CSU-Fraktion im Kloster Banz:

„Bayern – Stark. Sozial. Gerecht.“

Unter dem Motto „Bayern – Stark. Sozial. Gerecht.“ traf sich die CSU-Landtagsfraktion zur Herbstklausur im oberfränkischen Kloster Banz. Inhaltliche Schwerpunkte der Tagung waren unter anderem Sicherheit, Wirtschaft, Bildung und Pflege sowie der Austausch mit internationalen Gästen u.a. aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik.

Über die Gefahren des politischen Islam referierte im Fraktionsvorstand zunächst Prof. Dr. Susanne Schröter, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam. Die Abgeordneten beschlossen dazu die Resolution „Politischen Islamismus transparent machen und konsequent bekämpfen!“

Meldestelle nach österreichischem Vorbild

In Bayern will die CSU-Fraktion eine Meldestelle gegen Verschleppung und Zwangsheirat nach österreichischem Vorbild schaffen. Bevor bundesweit ein Schutzstatus gewährt werde, soll unter anderem künftig auch „ein Bekenntnis zu den Werten der Verfassung“ eingefordert werden. Darüber hinaus sollen in Deutschland nur noch Imame arbeiten dürfen, die hierzu ausgebildet worden sind. Um islamistischen Terrorismus besser bekämpfen zu können, müsse „endlich die allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen für einen begrenzten Zeitraum“ eingeführt werden. Für islamistische Organisationen, die der Verfassungsschutz beobachtet, dürfe es keine finanziellen Zuwendungen, Förderungen, Vertragsbeziehungen und Kooperationen geben. Zudem müsse die Negierung des Existenzrechts Israels künftig als Volksverhetzung strafbar sein.

Zukunftsfähige Bildung

„Bildung der Zukunft“ lautete der Titel des Panels mit Dr. Petra Hiebl, Leiterin des Zentrums für Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt und Prof. Dr. Klaus Zierer, Ordinarius für Schulpädagogik, Universität Augsburg. Die Lehrerbildung zu reformieren, zukunftsfähige Antworten auf die Heterogeni-

tät der Schülerschaft zu finden und einen starken Fokus auf Demokratieerziehung zu richten wurden hier als zentrale Punkte diskutiert. Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland, informierte über die Lage in seinem Land und die Gefahren für Europa, sollte Putin-Russland den Krieg für sich entscheiden.

Hightech auf Bayerisch

Im Anschluss diskutierten die Abgeordneten mit Tanja Gönnér, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V., über den Industriestandort Deutschland. Um sich auch weiter im internationalen Wettbewerb behaupten zu können, müsse die Wirtschaft hierzulande die zentralen Themen Arbeitsplätze, Investitionen und Infrastruktur voranbringen. Dazu brauche es die richtigen politischen Rahmen-

(Fortsetzung auf Seite 4)

DKG-Krankenhausgipfel:

Reformprozess am Tiefpunkt

Forderung nach tragfähigem Kompromiss zur Krankenhausreform

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) hat auf ihrem diesjährigen Krankenhausgipfel unter dem Motto „Die große Krankenhausreform – wie bringen wir sie gemeinsam zu einem guten Ende?“ betont, dass ein schneller und tragfähiger Kompromiss zur Krankenhausreform notwendig ist. Besonders wichtig sei dabei, dass der Bund die Bedenken der Bundesländer ernst nimmt und adäquat berücksichtigt.

Das Wegbrechen von für die Bevölkerung wichtigen regionalen Versorgungsangeboten durch den kalten Strukturwandel müsse sofort beendet werden. Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verlässlichkeit der sozialen Daseinsvorsorge dürfe nicht verspielt werden, so die DKG. Vorstandsvorsitzender Dr. Gerald Gaß bezeichnete die Lage zwei Jahre nach Ausrufung der Revolution in der Krankenhauspolitik als „trostlos“.

Wirtschaftslage der Krankenhäuser so schlecht wie noch nie

Wirtschaftlich stünden die Krankenhäuser so schlecht da, wie noch nie. Die Defizite seien in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegen, die Krankenträger müssten Personal entlassen und Versorgungsangebote streichen, um Insolvenzen und Standortschließungen zu vermeiden. Kommunen stützten ihre Krankenhäuser mit Milliardenbeträgen, ihnen fehle das Geld für andere Bereiche der kommunalen Tätigkeiten wie Schulen oder

Schwimmbäder. „Es gibt für die Kliniken und die Träger, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter keine positive Perspektive, anders als Minister Lauterbach immer wieder behauptet, auch nicht durch das KHVVG“, machte Gaß deutlich.

Auch inhaltlich sei der Reformprozess an einem Tiefpunkt angekommen. Fehlende Klarheit und Planungssicherheit kennzeichneten die derzeitige Situation. Niemand könne verlässlich prognostizieren, wie es mit dem eigenen Klinikstandort weitergeht. Investitionen und Zukunftspläne würden in Frage gestellt.

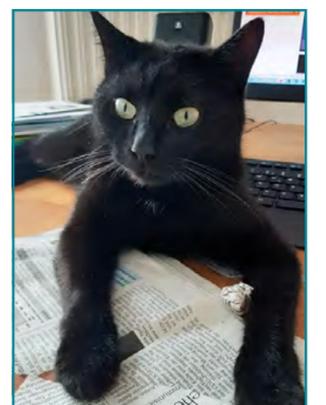
Destruktiver Streit und Drei-Punkte-Plan

„Aus politischer Perspektive ist der Streit zwischen Bund und Ländern destruktiv. Die gesamte Reform droht in dieser Legislaturperiode zu scheitern. Krankenhausversorgung ist ein entscheidender Teil der Daseinsvorsorge und für die Menschen im Land ein zentrales Thema. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass sich Bund und Länder

nach einer nunmehr zweijährigen Hängepartie endlich einigen und den Bürgerinnen und Bürgern deutlich machen, dass ihre Versorgung nachhaltig und qualitativ hochwertig gesichert wird“, stellte Gaß fest und verwies auf einen Drei-Punkte-Plan der DKG, der die zentralen Zielsetzungen der Krankenhausreform praktisch umsetzbar mache:

1. Alle Länder und der Bund vereinbaren, in einer ersten Phase bis Ende 2026 die Krankenhausplanung nach dem Konzept der nordrhein-westfälischen Krankenhausplanung umzusetzen. Damit gebe es bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen und die Einführung des Leistungsgruppenprinzips. Auf weiterführende Forderungen des Bundes wie Mindestzahlen, verschärfte Personalvorgaben, neue ergänzende Leistungsgruppen oder Einschränkungen bei den Kooperationen sollte in dieser ersten Phase verzichtet werden. Dazu gebe es weder Auswirkungen noch Erfahrungswerte und deshalb sollten diese Themen auch erst in einer weiterführenden Phase der Reform nach 2027 diskutiert und möglicherweise entschieden werden.

2. Beim Finanzierungsteil der Reform ist die Idee der Vorhalfinanzierung richtig. Aber so wie sie jetzt ausgestaltet sei, bleibe (Fortsetzung auf Seite 2)



Grüner Strom, Wärmepumpe und Elektromobilität: Die Blütenträume des Frühlings verfliegen wie jetzt das Laub der Bäume. Pino, der Rathauskater, prophezeit uns einen wirtschaftlichen „Herbst des Missvergnügens“.

Seite 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerisches Kabinett: Neuerungen zum Schulstart in Bayern . . .	Seite 2
Herbstklausur der FW-Fraktion: Ruf nach ehrlicher Realpolitik . . .	2
Kinder in Gefahr! . . .	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel: Erhalt der Lebensqualität durch Klimafolgenanpassung . . .	3
Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität . . .	3
Festakt 25 Jahre Senioren-Union . . .	3
IT - Breitband - Digitalisierung . . .	5 - 10
Arbeitsplatz Kommunen . . .	11
Kommunale Energiethemen . . .	12 - 16
Aus den bayerischen Kommunen. . .	18 - 20

Bayerisches Kabinett:

Neuerungen zum Schulstart in Bayern

Für rund 1,72 Millionen Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrkräfte hat das Schuljahr 2024/2025 begonnen. Damit steigt die Gesamtanzahl der Schüler erneut um rund 31.000 an. Wie Kultusministerin Anna Stolz nach Beratungen des Bayerischen Ministerrats auf einer Pressekonferenz erläuterte, stocke der Freistaat die Personalkapazitäten an den Schulen mit 1.600 neu geschaffenen Stellen für Lehrkräfte sowie 600 Stellen für multiprofessionelle Kräfte deutlich auf. Damit solle die Unterrichtsversorgung gesichert werden. Zum Schulstart würden rund 3.800 Lehrkräfte neu eingestellt, hinzu kämen rund 3.700 Lehramtsabsolventen, die genauso wie 600 Quereinsteiger in den zweijährigen Vorbereitungsdienst starten. Insgesamt, so die Ministerin, sei die Personalversorgung zwar „herausfordernd, aber gut beherrschbar“.

Stolz zufolge sollen Schulen lebendige, positive und inspirierende Orte für die Schüler und attraktive Arbeitsplätze für die Lehrkräfte sein. Dabei stehe stets die Frage im Vordergrund, wie Kinder und Jugendliche stark für ihr weiteres Leben gemacht werden. „Deshalb werde ich den Weg des Dialogs fortsetzen, damit wir gemeinsam unser gutes Bildungssystem kontinuierlich weiter verbessern und zusammen die Schule der Zukunft gestalten“, erklärte die Ministerin.

PISA-Offensive und Verfassungsviertelstunde

Eine der Neuerungen zum Schulstart ist die Umsetzung der PISA-Offensive. Durch die Umgestaltung der Stundentafel (mehr Mathematik und Deutsch in der Grundschule; im Gegenzug weniger Schulstunden in den Fächern Englisch, Musik, Kunst, Werken und Gestalten) sowie die Einführung neuer Instrumente für Diagnose und Monitoring, sollen – begleitet durch entsprechende

Förderprogramme – die Basiskompetenzen in den Grundschulen nachhaltig gestärkt werden. Eine kontinuierlich wachsende Aufgabe ist auch die schulische Integration. Im Lauf des Schuljahres setzt der Freistaat daher erstmalig verbindliche Sprachtests ein: ein Jahr vor Einschulung und – bei festgestelltem Förderbedarf – verpflichtende Sprachförderung um. Die schulische Erstintegration wird zudem durch die Einführung schulartunabhängiger Deutschklassen weiterentwickelt.

Digitalisierung mit Augenmaß

Ebenfalls neue Impulse setzt Stolz bei der politischen Bildung durch die Einführung der Verfassungsviertelstunde oder die Stärkung des Lebensweltbezugs durch die Ausweitung des Konzepts „Alltagskompetenzen – Schule fürs Leben“.

Die bayerischen Schüler fit für die Zukunft zu machen, bedeutet auch Digitalisierung mit Augenmaß. Deshalb startet im Freistaat der Roll-out der 1:1-Ausstattung mit digitalen Endgeräten an über 900 staatlichen Schulen – dies entspricht rund zwei Drittel aller teilnahmeberechtigten Schulen. Hinzu kommen ein Medien- und KI-Budget mit einem jährlichen Gesamtvolumen von 14,5 Mio. Euro. Ein wichtiges Anliegen der Ministerin ist auch die „Zukunftswerkstatt Bildung in Bayern“ – ein Dialogformat, das Stolz im

Reformprozess am Tief...

(Fortsetzung von Seite 1) man bei der fallzahlabhängigen Vergütung und vor allen Dingen auch hoch komplizierten und bürokratischen Form des Finanzierungssystems. Eine Existenzsicherung von Krankenhäusern der Grundversorgung sei damit in keiner Weise gewährleistet. Das Ziel werde nicht erreicht. Dabei gebe es heute schon im Finanzierungssystem genug Instrumente, die fallzahlunabhängig und einfach sind. Diese Instrumente wie Notfallstufenzuschläge, Sicherstellungszuschläge oder Zentrumszuschläge sollten zügig weiterentwickelt und genutzt werden, um so eine Form der fallunabhängigen Vorhalffinanzierung einzuführen. 3. Ein weiterer zentraler Punkt ist eine tatsächliche umfassende Entbürokratisierung, auch um die Kosten für die Krankenhäuser zu senken. Wenn man die bürokratische Arbeit nur um eine Stunde pro Tag reduzieren würde, könnte dies rechnerisch rund 21.600 Vollkräfte im ärztlichen und etwa 47.000 Vollkräfte im Pflegedienst freisetzen.

Versorgungsstabilisierungsgesetz

Gaß zufolge muss dem Reformgesetz zwingend ein Versorgungsstabilisierungsgesetz vorgeschaltet werden, um den kalten Strukturwandel durch kostendeckende Krankenhausvergütungen zu beenden. „Bund und Länder müssen nun die nächsten beiden Wochen nut-

vergangenen Jahr in allen Regierungsbezirken gemeinsam mit der Schulfamilie ins Leben gerufen hatte. Die Ergebnisse und Vorschläge werden aktuell noch ausgewertet, die Ministerin kündigte aber bereits insbesondere drei Maßnahmen für das neue Schuljahr an: „Ich werde in diesem Jahr den Fokus auf die Gesundheit von Schülerinnen und Schülern, aber auch von Lehrkräften deutlich verstärken. Resilienz, Achtsamkeit, Stressbewältigung, Zeitmanagement werden immer wichtiger. Zudem werden wir die Lehrpläne in allen Schularten modernisieren, insbesondere entschlacken. Auch die Weiterentwicklung der Prüfungskultur werden wir in diesem Schuljahr grundlegend angehen. Ich will mir im Dialog mit den Schulfamilien ganz genau ansehen, was, wie und wie viel wir zukünftig prüfen sollten.“

Lehrermangel

„Keiner leugnet den Lehrermangel mehr“, hob die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands (BLLV), Simone Fleischmann, hervor. Es fehlten definitiv überall Lehrkräfte. Statt Stunden zu streichen, forderte die Präsidentin eine Erweiterung der Stundentafel vor allem in der Grundschule. Mit Blick auf die Herausforderung

Integration meinte Fleischmann: „Wenn dies Sprachstandstests erfordert, dann geht das nur mit mehr Personal und es geht auch nur, wenn man dann auch entsprechende individuelle Förderangebote für die Kinder anbieten kann – was auch wiederum Personal und Ressourcen benötigt.“ Dies abzuwägen sei ganz klar die Aufgabe der Kultusministerin.

Digitalisierung mit klaren pädagogischen Konzepten

Für die Digitalisierung des Unterrichts forderte die BLLV-Präsidentin: „Digitalisierung ja! Aber nicht um der Digitalisierung willen, sondern mit klaren pädagogischen Konzepten.“ Um diese zu erarbeiten, brauche es zunächst einen klaren Fokus auf das Thema und dann die entsprechende Zeit für Lehrerinnen und Lehrer, um diese Konzepte zu entwickeln und zu implementieren. Denn auch das könne nicht schon wieder einfach so nebenbei und „on top“ gemacht werden.

Ähnlich wie bei der Digitalisierung müsse auch bei der Entbürokratisierung der pädagogische Aspekt, nämlich eine klare Linie aus dem Kultusministerium mit maximaler Eigenverantwortung und den entsprechenden Freiheiten für die Schulen,

im Vordergrund stehen, betonte Fleischmann. Einer der wichtigsten Punkte bleibe allerdings die Steigerung der Attraktivität des Lehrberufs, eng verbunden mit der Lehrkräftebildung. Eine entsprechende Reform könne aber nur ein Bestandteil sein, um wieder mehr Lehrerinnen und Lehrer an die Schule zu bekommen – „und zwar nicht irgendwen, sondern die Besten“.

Schulen ordentlich ausstatten

„Dafür“, so die Präsidentin, „heißt es jetzt aber auch, die Kernmannschaft an den Schulen gesund zu halten, eine leistungsorientierte Besoldung zu gewährleisten und die Schulen entsprechend auszustatten“. Es gehe um das Kerngeschäft der Kernmannschaft, die mit höchster Qualität beste Bildqualität liefern will und kann. Fleischmanns Fazit: „Der BLLV steht für Innovation, Weiterdenken, eine kritische Reflexion der Schulstruktur und der Bildungsforschung sowie die Steigerung der Bildungsqualität. Wir halten nichts vom blinden Bewahren, sich selbst Beweihräuchern, einer polemischen Politik und Stillstand.“ Resignation könne nicht der Weg sein. Motivation, Innovation und Veränderung benötige starke Lehrkräfte mit starken und überzeugenden Arbeitsbedingungen. **DK**

Herbstklausur der FW-Fraktion in Bad Griesbach:

Ruf nach ehrlicher Realpolitik

Bei ihrer Herbstklausur in Bad Griesbach hat sich die Freie Wähler-Landtagsfraktion mit aktuellen politischen Herausforderungen befasst und mit namhaften Vertretern aus Wirtschaft und Gesellschaft Lösungen erörtert. Auf der Agenda standen z.B. Arbeitsmigration und Asyl, Grenzschutz, Hochwasserschutz, Finanzen, „Macherschule“ Mittelschule und das Erfolgsmodell Tourismuswirtschaft in Bayern.

Fraktionsvorsitzender Florian Streibl wies darauf hin, dass in Deutschland seit den letzten Landtagswahlen etwas in Schiefelage geraten sei: „Die Menschen haben Angst, sie sind um ihre Sicherheit besorgt. Eine Regierung muss dafür Sorge tragen, diese Sicherheit zu bieten.“ Dabei gehe es nicht nur um den Schutz vor Gewalttaten, sondern auch um die Sicherheit, das eigene Leben

planen und gestalten zu können. Beides leiste der Bund nur noch unzureichend.

Streibl zufolge steht seine Fraktion klar zum Grundrecht auf Asyl, spricht sich aber genauso deutlich gegen unkontrollierte Zuwanderung, Überforderung und Kontrollverlust aus. Menschen, die nach Deutschland kämen, um als Fachkräfte zu arbeiten, seien herzlich willkommen. Um den sozialen Frieden im Land nicht zu gefährden, sei jedoch eine neue Realpolitik im Bereich Migration erforderlich. „Wir werden die Bayerische Staatsregierung deshalb auffordern, gegen die verfehlte Migrationspolitik der Ampel zu klagen – mit dem Ziel, dass die Bundesregierung endlich ihre verfassungsrechtlichen Pflichten erfüllt.“

Sicherheit und Wohlstand für die Menschen garantieren

Laut Parteichef Hubert Aiwanger sehen es die Freien Wähler als ihre wichtigste Aufgabe an, Sicherheit und Wohlstand für die Menschen im Land zu garantieren. „Wir sehen aber, dass durch die verfehlte Migrationspolitik, begonnen in der Merkel-Ära, diese Grundfesten nicht mehr gegeben sind. Wir dürfen deshalb nicht weiter naiv sein, sondern wir müssen genau hinschauen, wer in unser Land kommt.“ Notwendig seien konsequente Rückweisungen an den deutschen Grenzen. „Indem die Bundesregierung Deutschlands Grenzen nicht sichert und unkontrollierte Zuwanderung zulässt, verletzt sie ihre Verfassungspflichten“, unterstrich Aiwanger.

Bei ihrem Besuch der Kontrollstelle der Bayerischen Grenzpolizei erfuhren die Freien Wähler aus erster Hand, wie effektiv punktuelle Kontrollen von Grenzübertritten nach Deutschland sind. Aus ihrer Sicht sollte diese bayerische Praxis bundesweit Schule machen, um die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen und die illegale Zuwanderung wirksam

zu begrenzen. Dazu brauche es aber dringend einen Abbau von Bürokratie, um Beamten mehr Spielräume bei Zurückweisungen einzuräumen.

Vorbildwirkung hat auch das grenzübergreifende Katastrophenschutzlager in Scharding. Beim Besuch der Fraktion wurde deutlich, dass die Einsatzkräfte bei Hochwasserlagen sehr schnell reagieren und den Bürgern vor Ort umfassend helfen können.

Mittelschulen als Talentschmieden

Auch die Mittelschulen stehen weiter im Zentrum der Aufmerksamkeit: Laut FW sind sie Talentschmieden für das Handwerk, die Industrie, Gastronomie und Pflege und gleichzeitig ein hervorragendes Sprungbrett für eine Vielzahl von Bildungswegen und Karrierewegen, kurzum: „Macherschulen“, die Schülerinnen und Schüler in besonderer Weise auf ihr Berufsleben vorbereiten. Um die Mittelschule weiter zu stärken und sie zukunftsfest aufzustellen, haben die Freien Wähler einen Maßnahmenmix erarbeitet, der etwa die Einführung von A 13 für alle Lehrkräfte beinhaltet. Auch soll die Qualität des Lehrens und Lernens insbesondere im Bereich der Basiskompetenzen weiter gestärkt werden.

Unterstützung für Heilbäder und Thermen

Weiterhin unterstützt werden sollen überdies die für den bayerischen Tourismus wichtigen Heilbäder und Thermen, wie etwa das Bäderdreieck in Niederbayern. Hierzu wird ein Programm zur Stärkung des Gesundheitstourismus gefordert. Heilbäder und Kurorte spielten mit 100.000 Arbeitsplätzen und einer jährlichen Wertschöpfung von 4,5 Milliarden Euro eine tragende Rolle für den bayerischen Gesundheitstourismus. Die Fraktion beabsichtigt, diesen Stellenwert langfristig zu erhalten, denn jede vierte Übernachtung sei Kurorten und Heilbädern zuzurechnen. Gerade die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Einrichtungen sei der Schlüssel der bayerischen Erfolgsbranche Tourismus, heißt

Kinder in Gefahr!

Über 20.000

Gefährdungseinschätzungen für Kinder und Jugendliche

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, werden in Bayern im Jahr 2023 insgesamt 20.295 Verfahren zur Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohls durchgeführt. Betroffen sind 10.584 Jungen und 9.711 Mädchen.

Insgesamt ergeben 2.621 Gefährdungseinschätzungen (12,9 Prozent) eine akute und 2.202 (10,9 Prozent) eine latente Kindeswohlgefährdung. Dabei sind Anzeichen für eine Vernachlässigung, eine psychische oder körperliche Misshandlung die häufigsten einer Kindeswohlgefährdung.

Darüber hinaus wird bei 7.285 Gefährdungseinschätzungen (35,9 Prozent) zwar keine Kindeswohlgefährdung, aber Hilfebedarf im Rahmen einer Unterstützung durch Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe wie zum Beispiel Erziehungsberatung oder eine Schutzmaßnahme festgestellt. In 8.187 Fällen (40,3 Prozent) wird weder eine Kindeswohlgefährdung noch ein weiterer Hilfebedarf ermittelt.

Meldungen an Jugendämter erfolgten in den häufigsten Fällen (6.113) durch Polizei, Gericht oder Staatsanwaltschaft, sowie von der Schule (2.106). 1.854 Fälle wurden von Bekannten bzw. Nachbarn gemeldet, 2.093 anonym.

Eine Kindeswohlgefährdung liegt dann vor, wenn das körperliche, geistige und seelische Wohl eines Kindes durch das Tun oder Unterlassen der Eltern oder Dritter gravierende Beeinträchtigungen erleidet, die dauerhafte oder zeitweilige Schädigungen in der Entwicklung des Kindes zur Folge haben können.

Eine Gefährdungseinschätzung ist vom Jugendamt dann abzugeben, wenn wichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohles eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden, es sich daraufhin einen unmittelbaren Eindruck von dem Minderjährigen und seiner persönlichen Umgebung verschafft hat und das Gefährdungsrisiko anschließend im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte eingeschätzt wurde. **□**

es in einer der zahlreichen verabschiedeten Resolutionen.

Notwendig sei auch, Unternehmen endlich wirksam zu entlasten, bekräftigte Parteichef Aiwanger. „Wir müssen Steuern und Abgaben für unsere Betriebe senken, sonst ist die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland akut gefährdet. Wir brauchen einen Befreiungsschlag für die Wirtschaft. Die Unternehmen brauchen mehr Spielraum und deshalb muss die Bundesregierung ihre fehlgeleitete Wirtschaftspolitik dringend korrigieren.“

Auskömmliche Ausstattung für die Kommunen

Auch die Finanzpolitik stand auf der Agenda der FW-Klausurtagung. Die Freien Wähler im Bayerischen Landtag bekennen sich klar zur Schuldenbremse in Deutschland und Bayern. Dennoch halten sie an ihrer bereits im November 2023 erhobenen Forderung nach einer Investitionsklausel für einige wenige elementare Vorhaben fest.

Bayerns Kommunen müsse eine auskömmliche finanzielle Ausstattung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. Eine Erhöhung der Steuereinnahmen gelingt laut FW nur unter einer Voraussetzung: „Um langfristig die Stärke der bayerischen Wirtschaft sicherzustellen, brauchen wir auf Bundesebene zukünftig eine Veränderung hin zu einer leistungs- und wirtschaftsfreundlichen Politik.“ **DK**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alois Oswald
Markt Schöllnach
am 2.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Erwin Karg
Gemeinde Fuchstal
am 29.9.

Bürgermeister Jürgen Heckel
Stadt Bad Windsheim
am 3.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christoph Schmid
Markt Holzkirchen
am 1.10.

Bürgermeister
Thomas Bruckmüller
Gemeinde Wollbach
am 5.10.

Bürgermeister Jürgen Konsolke
Markt Dürrwangen
am 8.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Markus Holzammer
Gemeinde Schwarzenbruck
am 28.9.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Bosch
Markt Mainleus
am 8.10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gilbert Edelmann
Gemeinde Wiesenbach
am 9.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Justus Pfeifer
Gemeinde Ruhpolding
am 1.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Georg Eisenreich:

Verstärkte Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität

Aufgriffszahlen auf weiter hohem Niveau – Mehr Personal für die Grenzpolizei
Spezialisierung bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften

Auch in diesem Jahr ist die Bayerische Grenzpolizei bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität voll gefordert. Bei einer ersten Zwischenbilanz für das laufende Jahr erklärte Bayerns Innenminister Joachim Herrmann: „Die hochprofessionelle Arbeit unserer Grenzpolizei ist wichtiger denn je und sorgt für mehr Sicherheit! Illegale Migration, menschenverachtende Schleuserbanden und internationale Verbrecherbanden – der immer noch absolut desolate Schutz der EU-Außengrenzen ist leider ein großes Sicherheitsproblem.“

Vor allem seien weiterhin konsequente Kontrollen an deutschen Grenzen erforderlich. „Um die Kontrolldichte spürbar zu erhöhen, werden wir die Bayerische Grenzpolizei bis 2028 um weitere 500 auf dann insgesamt 1.500 Stellen verstärken“, betonte der Innenminister. Zudem setze die Bayerische Grenzpolizei auf eine sehr enge Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, die ebenfalls im grenznahen Raum und an den Grenzen kontrolliert.

Eisenreich: Strafverfolger vernetzen sich

Die bayerische Justiz hat ihre Schlagkraft gegen die organisierte Kriminalität durch das bereits im April 2021 erfolgreich bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften eingeführte „Traunsteiner Modell“ weiter erhöht. Bayerns Justizminister Georg Eisenreich: „Organisierte Kriminalität macht vor Ländergrenzen nicht Halt. Die Täter gehen insbesondere bei Schleusungen teilweise skrupellos vor. Unsere Strafverfolger vernetzen sich mit Ermittlern aus dem Ausland, um an die Hintermänner der Verbrechen im In- und Ausland heranzukommen.“

Herrmann: 12.500 Fahndungstreffer

Laut Herrmann hatte die Bayerische Grenzpolizei von Januar bis einschließlich August 2024 34.478 Vorgänge zu bearbei-

ten (Vorjahreszeitraum: 36.710). Bei den Schleierfahndungskontrollen, den vorübergehenden Grenzkontrollen an der Landgrenze zu Österreich und Tschechien sowie bei den Grenzkontrollen an den bayerischen Flughäfen Nürnberg und Memmingen erzielten die Grenzfahrder in diesem Zeitraum 12.575 Fahndungstreffer (Vergleichszeitraum 2023: 14.973), beispielsweise weil ein Haftbefehl vorlag oder ein Fahrzeug wegen Diebstahl ausgeschrieben war.

Unter den Fahndungstreffern befanden sich 739 Personen, nach denen von Justizbehörden mit Haftbefehl gefahndet wurde (Vergleichszeitraum 2023: 950). Dazu kommt eine Vielzahl aufgedeckter Straftaten: Im Bereich der Waffen- und Sprengstoffdelikte waren das 615 Fälle (Vergleichszeitraum 2023: 645), im Bereich der Urkundendelikte 956 Fälle (Vergleichszeitraum 2023: 921), worunter beispielsweise Passfälschungen oder die missbräuchliche Verwendung von Ausweisen fallen. Im Bereich der Rauschgiftkriminalität stellten die Grenzfahrder 1.609 Fälle fest (Vergleichszeitraum 2023: 2.701). Der Rückgang dürfte laut Herrmann vor allem in der Legalisierung von Cannabis in Deutschland begründet sein.

Fachliche Spezialisierung

Das von der Justiz etablierte „Traunsteiner Modell“ zeichnet sich aus durch hohe fachliche

Spezialisierung der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, starke Vernetzung mit den Dienststellen von Bayerischer Grenzpolizei und Bundespolizei und eine enge Zusammenarbeit mit grenznahen Staatsanwaltschaften der Nachbarländer, mit Eurojust und Europol. Eisenreich: „Bayern hat seine Schlagkraft gegen das organisierte Verbrechen erhöht und von 2018 bis 2021 das sogenannte ‚Traunsteiner Modell‘ erfolgreich bei allen grenznahen Staatsanwaltschaften eingeführt. Die Spezialstaatsanwälte ermitteln an Bayerns potenziellen Einfallstoren der internationalen Kriminalität. Die Staatsanwaltschaft Traunstein hat Pionierarbeit geleistet. Der Freistaat stärkt seit Jahren die Justiz und vor allem die Staatsanwaltschaften. Die Justiz erhält in den Jahren 2024/2025 350 zusätzliche Stellen. Ich bin froh, dass wir insbesondere 120 neue Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte schaffen. Wir haben dann über 1.000 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. Die Staatsanwaltschaft Traunstein erhält acht zusätzliche Stellen und schafft damit u.a. eine zusätzliche Abteilung für Schleuserverfahren.“

Hilfe bei illegaler Migration

Auch bei der Eindämmung der illegalen Migration leistet die Bayerische Grenzpolizei nach Herrmanns Worten einen wichtigen Beitrag. So gelang es den bayerischen Fahndern an der Grenze zu Österreich in diesem Jahr bislang 888 Fälle unerlaubter Einreisen festzustellen (Vorjahreszeitraum 2023: 1.281) und an der Grenze zu Tschechien 499 Fälle (Vorjahreszeitraum 2023: 483). Zudem haben bayerische Grenzpolizisten 104 Schleuser festgenommen (Vorjahreszeitraum 2023: 160). „Der aktuel-

ler Rückgang der hohen Fallzahlen im illegalen Migrationsgeschehen bedeutet leider noch keine Trendwende“, stellte der Innenminister fest. „Die nach dem schrecklichen Solinger Anschlag angekündigten Maßnahmenpakete der Bundesregierung zur Eindämmung der illegalen Migration müssen nicht nur schnellstmöglich umgesetzt, sondern insbesondere deutlich ausgebaut werden.“ Mit Blick auf den mangelhaften Schutz der EU-Außengrenzen und auch darauf, dass Mitgliedstaaten wie Italien sich beharrlich weigern, Asylbewerber im Dublin-Verfahren zurückzunehmen, erklärte Herrmann: „Das sind schwere Verstöße gegen geltendes europäisches Recht. Die Bundesregierung fordere ich auf, die Bundespolizei endlich anzuweisen, Personen auch dann an den Binnengrenzen zurückzuweisen, wenn sie ein Asylersuchen äußern. Denn Flüchtlinge an den deutschen Landgrenzen kommen ausnahmslos aus sicheren Drittstaaten.“

Menschen ernstnehmen in ihrer Lebenswirklichkeit

Klar bestärkt hat CSU-Generalsekretär Martin Huber die Mitglieder der Senioren-Union in ihrem Bestreben, „dass die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit ernst- und wahrgenommen werden.“ Es gelte den Kompass der Politik auszurichten an einem christlichen Menschenbild. Dabei geht es nach Huber keineswegs nur um tagespolitische Unterschiede; vielmehr gehe es auch um grundsätzliche, fundamentale Unterschiede. „Es geht darum, um unserem christlichen Menschenbild heraus zu sagen was uns ausmacht. Die Personalität, die Solidarität, die Subsidiarität als Grundpfeiler der christlichen Soziallehre sind doch auch die Pfeiler unserer Wirtschafts- unserer Arbeitsmarkt- unserer Sozialpolitik. Gerade bei unseren Unterschieden im Grundsätzlichen merken wir ganz klar, dass die Ampel auf einem völlig falschen Dampfer ist“, äußerte Huber. **aha**

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

die Hiobsbotschaften über Starkregen und Hochwasser, Hitzeperioden und Trockenheit ereilen uns seit einiger Zeit in immer kürzeren Abständen. Freilich gab es das auch früher schon. Doch Häufigkeit und Intensität solcher Extremwetterereignisse nehmen zu. Dass dies eine Folge des Klimawandels ist, daran zweifelt mittlerweile wohl (fast) niemand mehr.

Das Thema Klimawandel ist beileibe kein neues. Erste Studienergebnisse zu den heutigen klimatischen Veränderungen gab es bereits vor über 50 Jahren. Dennoch wurde lange nur wenig gegen den Treibhausgasereignis unternommen. Auch deshalb rückt nun zunehmend die Anpassung an die Folgen des Klimawandels in den Fokus.

Erhalt der Lebensqualität durch Klimafolgenanpassung

Der menschengemachte Klimawandel ist real. Seine Auswirkungen sind vielfältig und wir bekommen sie alle zu spüren: durch gesundheitliche Beeinträchtigungen, Schäden an Infrastruktur und Transportwegen, Ertragsausfälle in der Landwirtschaft, Artenwandel und Artensterben, Bodenerosion und vieles mehr.

Ein „weiter so“ können wir uns nicht mehr erlauben. Maßnahmen, um den Klimawandel zu verlangsamen, sind unverzichtbar und wir alle müssen etwas dazu beitragen. Seit einiger Zeit ergänzt jedoch eine weitere Säule den globalen Umgang mit dem Klimawandel: die Klimafolgenanpassung.

Maßnahmen zur Vorsorge und Anpassung an die Folgen des Klimawandels tragen dazu bei, die Lebensqualität für uns alle zu erhalten und zu verbessern. Indem wir in Klimaanpassung investieren, schaffen wir die Grundlage für eine weiterhin lebenswerte Gemeindeinfrastruktur, für den Erhalt der Gesundheit, Lebensqua-



lität und das Wohlbefinden von uns allen. Den Landkreisen und Kommunen kommt hier eine zentrale Rolle zu. Denn die Folgen des Klimawandels betreffen nahezu alle kommunalen Handlungsfelder, wie beispielsweise die Stadt-, Grün- und Entwässerungsplanung, die Verkehrswegeplanung, die Wald- und Forstwirtschaft oder die Gesundheit. Die Herausforderungen des Klimawandels erfordern gemeinsames Handeln auf lokaler Ebene.

Um dieser Verantwortung nachzukommen und den Landkreis widerstandsfähiger gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu machen, gehen wir im Landkreis München das Thema strategisch an und erstellen bis Ende des Jahres 2025 ein landkreisweites Konzept zur Anpassung an den Klimawandel. Mit seiner Hilfe sollen anschließend gezielte Maßnahmen geplant und umgesetzt werden.

Im Rahmen des Konzepts, dessen Erstellung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz gefördert wird, werden diejenigen Themenbereiche und Kommunen im Landkreis München identifiziert, die besonders anfällig für die Auswirkungen des Klimawandels sind. Darauf aufbauend sollen gezielte Maßnahmen zur Risikominderung entwickelt und der Landkreis so widerstandsfähiger gegenüber Hitze, Dürre, Starkregen und anderen klimatischen Extremen gemacht werden.

Unser Ziel ist es, eine nachhaltige Strategie zur Klimaanpassung zu entwickeln, die langfristig Bestand hat und nicht nur reagiert. Wir wollen die Anpassung an Auswirkungen des Klimawandels aktiv gestalten und vorausschauend lenken, damit unser Landkreis auch in Zukunft ein lebenswerter Ort für die jetzige und nachfolgende Generationen bleibt.

Je mehr Kommunen und Landkreise sich diesem Ziel anschließen und Taten folgen lassen, umso wirkungsvoller werden die Ergebnisse sein. Packen wir's also an!

Mit den besten Grüßen

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Bundeskonferenz Gleichstellungsstellen in Würzburg:

Wie begegnen Kommunen weiblichen Armutsrisiken?

Einen würdigen Rahmen für den 40. Geburtstag der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten bot das CCW in Würzburg für etwa 500 Gäste. Das Thema der Konferenz: Armut. Weibliche Armut.

Frauen haben im Schnitt immer noch weniger Einkommen und deutlich niedrigere Altersrenten als Männer. Alleinerziehende, Migrantinnen und Frauen mit Behinderungen sind besonders von Armut betroffen bzw. armutsgefährdet. Die Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten fordern die Politik in Bund und Ländern auf, gezielte Maßnahmen umzusetzen und entsprechende Gesetze zu verabschieden. Bundesfrauenministerin Lisa Paus: „In Deutschland sind Frauen jeden Alters stärker armutsgefährdet als Männer. Und mit zunehmendem Alter wird der Unterschied immer größer. Das ist buchstäblich ein Armutszeugnis für unser Land!

Schon im jungen Alter werden die Weichen für Armutsgefährdung im Alter gestellt: Frauen sind – insbesondere ab dem 30. Lebensjahr – weniger erwerbstätig als Männer. Und das oft unfreiwillig. Viele treten mit Geburt des ersten Kindes beruflich kürzer, weil die Sorge für Kinder, Haushalt und manchmal auch Pflegebedürftige weitgehend auf ihren Schultern liegt. Verlässliche Betreuung von Kindern im Grundschulalter fehlt noch immer an vielen Orten. Vielen Frauen bleiben langfristig in der reduzierten Stundenzahl. Flexible Arbeitszeitmodelle sind

zu selten Standard, die Stundenzahl aufzustocken trifft auf Widerstand, Führen in Teilzeit wird abgelehnt. Das Ergebnis sind kleinere Einkommen, weniger Chancen im Job und schlechtere Absicherung im Alter. Zu viele Frauen werden so auf Dauer wirtschaftlich abhängig.

Wirtschaftliche Eigenständigkeit der Einzelnen benötigt deshalb mehr Aufmerksamkeit! Hindernisse etwa im Steuerrecht sollten abgebaut, flexible Arbeitszeitmodelle und Führen in Teilzeit gestärkt werden. Ziel muss es sein, ökonomisch auf eigenen Beinen zu stehen, auch wenn sich das Leben ändert – für Frauen wie Männer. Daran müssen wir bestehende Strukturen messen. Wirtschaftliche Eigenständigkeit schützt vor Armut und sie eröffnet Freiräume für Selbstbestimmung!

Bayerns Sozialministerin und Frauenbeauftragte der Staatsregierung Ulrike Scharf betont: „Altersarmut trifft vor allem Frauen. Ein eigenes Einkommen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, eine solide Altersvorsorge und finanzielle Bildung dürfen keine Wunschvorstellungen bleiben. Das sind die Grundlagen, um Armut bei Frauen zu verhindern.“ Um einer ungleichen Geschlechterökonomie entgegenzuwirken wird u.a. die Abschaffung des Ehegattensplittings gefordert. <https://www.gleichberechtigt.org/>

Festakt 25 Jahre Senioren-Union:

Mit Erfahrung Zukunft gestalten

„Die Senioren-Union ist der politische Anwalt der Interessen der Seniorinnen und Senioren – wir sind ihre Stimme innerhalb unserer CSU wie auch in der Gesellschaft“, erklärte Franz Meyer, Landesvorsitzender der Senioren-Union der CSU, Staatssekretär a.D. und Altlandrat, anlässlich des Festakts „25 Jahre Senioren-Union der CSU“.

Dafür waren in die CSU-Landesleitung nach München zahlreiche prominente Gäste gekommen; allen voran Ministerpräsident a.D. Dr. Günther Beckstein, der ebenso ein Grußwort sprach wie der Ehrenvorsitzende der Senioren-Union, Minister a.D. Dr. Thomas Goppel, der österreichische Bundesratspräsident Mag. Franz Ebner, CSU-Generalsekretär Martin Huber, der Abt des Klosters Scheyern, Markus Eller, Pfarrer Simon Döbrich aus Starnberg, Claus Bernhold, Stellvertreter der Bundesvorsitzender der Senioren-Union der CDU und Nicola Gehringer, Mitglied im Bundesvorstand der Jungen Union. Den Festvortrag hielt Prof. Sigmund Gottlieb, ehemaliger Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens.

Anwalt der älteren Generation

„Unser Festakt zum 25-jährigen Bestehen ist ein Meilenstein, der vor allem deutlich machen muss, wie wichtig die Rolle und das Mandat der Senioren-Union sind“, erklärte Meyer. „Die Senioren-Union ist der politische Anwalt der Seniorinnen

und Senioren.“ Der älteren Generation eine deutliche Stimme zu geben, sei innerhalb der CSU ebenso wichtig wie in der Gesellschaft. Die Erwartung eines harmonischen Lebensabends sei durch Eingriffe der Berliner Ampel-Koalition immer mehr infrage gestellt. Die Anerkennung der Lebensleistung der älteren Menschen fehle und deren finanzielle Grundlagen seien gefährdet.

Bayern- und bundesweite Aufmerksamkeit

Gerade in der Gesundheitspolitik orientiere sich die Berliner Regierung an rot-grünen Ideologien, die die flächendeckende medizinische Versorgung und die Bezahlbarkeit von Pflegeplätzen aufs Spiel setzen. „Vom Leben im ländlichen Raum hat man in Berlin keine Ahnung“, mahnte der Landesvorsitzende. „In der bayerischen Politik und in der CSU haben wir mit hartnäckigem Einsatz erreicht, dass die Aufmerksamkeit für unsere Altersgruppe gewachsen ist“, ist sich Meyer sicher. „Auch nehmen wir zu vielen aktuellen Fragen Stellung und finden mit un-

Landkreise in der ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Leute ‚falsch‘ gewählt. Das hilft niemandem“, machte der langjährige Landkreischef deutlich.

Noch schlimmer sind aus seiner Sicht von der Bundespolitik aufgelegte „Demokratieförderprojekte“ für Ostdeutschland. Diese taugten ausschließlich dazu, die Wahlentscheidungen als Hauptbestandteil demokratischer Verfasstheit zu relativieren. „In diese Falle sind leider viele hineingetappt“, bedauerte Sager. „Stattdessen wäre hier eine vernünftige Politik insbesondere für die Menschen in den ländlichen Räumen das richtige Rezept und nicht eine Verknüpfung von Tatenlosigkeit und anschließender Wählerbeschimpfung.“

Stabilitätsanker in der Fläche

Die Landkreise unternähmen viel, um gerade in schwierigen Zeiten als Stabilitätsanker in der Fläche wahrgenommen zu werden. Es sei wichtig, das Vertrauen der Menschen in staatliche Strukturen zu stärken. Allerdings bestehe kein Grund, mit der Bundespolitik zufrieden zu sein, so der Präsident: „Es lässt sich etwa beim Heizungsgesetz, beim 49-Euro-Ticket oder in der Krankenhausversorgung sowie im Wohnungsbau nicht behaupten, dass die Bundesregierung eine Politik für das gesamte Land gemacht hat.“

Die Krankenhausreform beispielsweise werde die Menschen in den Landkreisen direkt und in negativer Weise betreffen. Sager: „Zwar hat der Bund noch immer nicht die von uns geforderte Auswirkungsanalyse vorgelegt. Aber man muss kein Prophet sein, um jedenfalls generell abzusehen, was da auf uns zukommt: ein Abbau bei den stationären medizinischen Versorgungsstrukturen in ländlichen Räumen. Wir befürchten, dass am Ende in den Landkreisen vorwiegend nur noch die „Sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen“ bestehen werden. Das können in einzelnen Gebieten durchaus leistungsfähige medizinische Einrichtungen sein. Sie sind aber längst nicht überall geeignet, gerissene Lücken in der Krankenhauslandschaft zu füllen. Vor allem aber verweigert die Bundespolitik seit fast zwei Jahren den Krankenhäusern die notwendige ausreichende Finanzierung. Dies führt dazu, dass flächendeckend fast alle Krankenhäuser in den Roten Zahlen sind.“

Landkreise müssen mit Milliarden einspringen

Die Landkreise in Deutschland brächten allein für ihre eigenen Krankenhäuser im Jahr 2024 einen Betrag von mindestens zwei bis drei Milliarden Euro auf, um diese vor der Insolvenz zu bewahren. Dies seien Gelder, die für andere ebenso wichtige, aber eigene Aufgaben der Landkreise nicht zur Verfügung stehen. In einem solchen Szenario eine Reform durchzuziehen, sei weder sachlich noch politisch nachvollziehbar, stellte Sager fest. Auf völliges Unverständnis treffe auch die Reform des Rettungsdienstes. Dafür sei entgegen den ursprünglichen Absichten kein ordentliches Gesetzgebungsverfahren mehr geplant. Vielmehr wolle der Bundesgesundheitsminister nun über Fraktionsänderungsanträge im laufenden Verfahren zur Notfallreform Beteiligungsrechte umgehen und auf Abstimmungen mit Ländern und kommunalen Spitzenverbänden verzichten. Auch dies sei ein weiterer Schlag ins Gesicht der Kommunen, deren fachlich berechtigter Kritik man offenbar elegant versuche, aus dem Weg zu gehen.

Auch in der Migrationspolitik lasse der Bund Konsequenz, Ordnung und Steuerung vermissen, fuhr der DLT-Chef fort. Die Belastungssituation in den Landkreisen sei ungeachtet der aktuell leicht rückläufigen Asylzahlen nach wie vor zu hoch. Zahlreiche Antragsteller aus dem vergangenen Jahr warteten noch auf ihren Bescheid. Hinzu kämen die rund 1,2 Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung sei gering und sinke weiter. Von der im vergangenen Jahr ausgerufenen Rückführungsoffensive sei nur wenig zu spüren. Darüber hinaus seien keine Kapazitäten für eine gelingende Integration vorhanden, um die es ja eigentlich gehen sollte. „Neben schnelleren Asylverfahren brauchen wir daher dringend geringere Zuzugszahlen. Dazu dauerhafte Grenzkontrollen und mehr Migrationsabkommen mit Drittstaaten, auch mit der Türkei. „Und der Bund versagt uns seit Anfang 2022 den Vollaussgleich der flüchtlingsbedingten Unterkunftskosten. Da reden wir bis heute über mehr als 7 Milliarden Euro“, erläuterte Sager.“

Rücklagen werden aufgebraucht

Er wies zudem darauf hin, dass ohne ordentlich finanziell ausgestattete Landkreise und Gemeinden kein Staat zu machen sei. „Von den 294 Landkreisen haben im letzten Jahr 189 ihren Haushalt nicht oder nur unter Rückgriff auf ihre Rücklagen ausgleichen können. Das sind zwei Drittel. 2024 werden dies 281, also fast alle Landkreise sein. Vielfach werden die Rücklagen in Milliardenhöhe damit vollständig aufgebraucht sein.“ Die Länder, aber über die Stärkung der kommunalen Steuerbasis auch der Bund, müssten für eine aufgabenangemessene Finanzausstattung der Kommunen sorgen.

Die föderalen Kräfte seien insgesamt zu stärken. Das betreffe auch den Klimaschutz. „Fort-schritte kann es hier nur gemeinsam mit den Landkreisen geben. Wir sehen große Wert-schöpfungspotenziale in den ländlichen Räumen, zum Beispiel bei der Windenergienutzung oder bei Wasserstofftechnologien. Zudem muss die Netz-entgeltregulierung so ausgestaltet werden, dass nicht die besonders intensiv die erneuerbaren Energien tragenden Landes-teile die höchsten Netzentgelte leisten müssen.“

Menschen zusammenführen

Die Berliner Politik müsse sich stärker dafür einsetzen, die Menschen im Land zusammenzuführen, bilanzierte der DLT-Chef. „Wir müssen alles daransetzen, unser Land weiterzuentwickeln, seine Errungenschaften zu sichern und es für den globalen Wettbewerb zu rüsten. Ich sehe zu diesem Miteinander, dem wir wieder zu mehr Geltung verhelfen müssen, keine Alternative.“

Auch aus Sicht von Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck „müssen wir uns den Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam stellen“. Es brauche jetzt die fortgesetzte, konzentrierte Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in ländlichen Räumen und in den Städten für ein gutes gesellschaftliches Miteinander auch in herausfordernden Zeiten. „Dabei sind die Landkreise und der Landkreistag eine entscheidende Stimme und ein zentraler Partner vor Ort, sie arbeiten Tag für Tag daran, das Leben für die Menschen vor Ort besser zu machen und die großen Her-

ausforderungen zu bewältigen.“

Zuvor hatte Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bei seiner Begrüßung darauf hingewiesen, dass der Freistaat Bayern ein starker Partner der Kommunen und des ländlichen Raums sei. „Nur wenn es den Kommunen gut geht, geht es dem Land gut.“

Söder: Der ländliche Raum ist die Seele Bayerns

Rund 30 Prozent des Haushalts gingen an die Kommunen. „Der ländliche Raum ist die Seele Bayerns und hat für uns den gleichen Stellenwert wie die Metropolen“, so Söder. Bedauerlicherweise lege der Bund den Kommunen aber durch praxisferne Beschlüsse und Bürokratie immer neue Steine in den Weg. Dies führe zu einer Überforderung. Gerade in der Asylpolitik, bei der Energie und der fehlerhaften Krankenhausreform werde das deutlich.

Bei der Migration brauche es in Deutschland am Ende weit weniger als 100.000 Zugänge pro Jahr, weil Integration sonst nicht mehr möglich ist. Des Weiteren müsse die Bundesregierung für mehr Abschiebearrestplätze im Land sorgen und Rückführungsverträge mit Ländern wie Syrien und Afghanistan aus-handeln. Wer offene Grenzen haben wolle, müsse auch in der Lage sein, diese zu schützen. Dafür seien Grenzkontrollen und eine Grenzpolizei, wie Bayern sie habe, vonnöten. Außerdem plädierte der Ministerpräsident für die flächendeckende Einführung einer Bezahlkarte für Flüchtlinge. Allerdings sei das Bundesgesetz so „wässrig formuliert“, dass es einige Unsicherheiten gebe. Die Bezahlkarte brauche es jedoch, um Deutschland für Zuwanderer nicht zu attraktiv zu machen.

Brötel fordert signifikante Stärkung der kommunalen Steuerbasis

In seiner Antrittsrede wies der neue DLT-Chef Achim Brötel darauf hin, dass die Landkreise wie keine zweite Ebene für lösungsorientiertes, zapackendes Handeln und damit zugleich auch für Verlässlichkeit vor Ort stünden. „Pragmatisch, effizient und erfolgreich. Daran müssen wir die Politik immer wieder erinnern. Ohne finanziell ordentlich ausgestattete Landkreise ist kein Staat zu machen.“ Der Weg führe über eine signifikante Stärkung der kommunalen Steuerbasis, was nur durch eine dauerhafte, spürbare und insbesondere auch strukturelle Erhöhung des Umsatzsteueranteils erfolgen könne, die unmittelbar den Landkreisen zugutekommt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sei nämlich kein leerer Programmsatz, sondern vielmehr ein eindeutiger politischer Handlungsauftrag.

Für 2024 befürchteten die Landkreise ein Rekorddefizit von 2,6 Mrd. Euro. Städte, Landkreise und Gemeinden erwarteten insgesamt für das laufende Jahr ein Defizit von 13,2 Mrd. Euro. Und mit roten Zahlen im deutlich zweistelligen Milliardenbereich wird es laut DLT weitergehen, stärkten Bund und Länder nicht umgehend die Kommunalfinanzen in struktureller Weise. Hohe Personalausgaben, steigende Sachaufwände, ein üppiger Tarifabschluss und vor allem die Sozialausgaben seien die wesentlichen Kostentreiber. Der kommunale Anteil an der Umsatzsteuer muss sich nach Ansicht des Verbandes von heute knapp 8,2 Mrd. Euro auf die 17,5 Mrd. Euro erhöhen. Dies wäre ein Befreiungsschlag, der dann zu Rückführungen zum Beispiel bei bestimmten Förderprogrammen führen könnte.

Die Bundespolitik ist nach

„Bayern – Stark. Sozial...“

(Fortsetzung von Seite 1)

bedingungen. Erörtert wurden auch die transatlantischen Beziehungen und die aktuelle politische Lage in den USA. „Unsere Welt steht am ideologischen Scheideweg“, stellte James Miller, Generalkonsul der Vereinigten Staaten von Amerika fest. Über Perspektiven nach der Landtagswahl in Thüringen berichtete Prof. Dr. Mario Voigt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, während Ron Prosor, Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland, schilderte, wie Israel im Kampf gegen die Hamas seine demokratische Freiheit verteidigt. Bei einem Start-up-Panel zum Thema „Hightech auf Bayerisch – Zukunft dahoam“ ging es darum, wie die Start-up-Szene in eine erfolgreiche Zukunft geführt werden kann. Mit dabei: Bastian Behrens, CEO Blackwave GmbH, Janna Ensthaler, Unternehmerin und Investorin sowie Prof. Dr. Helmut Schönenberger, Geschäftsführer UnternehmerTUM und Vizepräsident Bundesverband Deutsche Startups e.V. Ihre wichtigsten Ideen hielten die Abgeordneten anschließend in ihrer Resolution „Gründungsland, Zukunftsland! Beste Bedingungen für Start-ups in Bayern schaffen“ fest.

Gezielte Impulse für Start-ups

„Mit gezielten Impulsen für Start-ups und Gründer wollen wir in Bayern einen anderen Weg einschlagen als der Bund. Start-ups und Gründer benötigen Kapital. Dafür stellen wir in Bayern einfache und pauschale Förderungen in der Frühphase von Gründungen zur Verfügung. Zudem wollen wir auch größere und spezifische Förderungen sowie staatliche Finanzierungen in der Wachstumsphase“, betonte Klaus Holetschek, CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag. Der Bund müsse die Rahmenbedingungen für

Brötels Auffassung „ziemlich weit weg von dem, was die Menschen vor Ort bewegt“. Den Landkreisen machten vor allem die schiere Aufgabenfülle und Aufgabenvielfalt große Schwierigkeiten. „Ein Kernthema ist die Bewältigung des immer noch zu hohen Zustroms geflüchteter Menschen, die unterzubringen, zu versorgen, vor allem aber zu integrieren sind. Hinzukommen der Klimawandel, die Zukunft des Sozialstaats, der Arbeitskräftemangel, die Energie- und Mobilitätswende, der flächendeckende Glasfaserausbau, der Pflegenotstand und vieles mehr.“

Detailverliebtheit der Gesetzgeber

Problematisch sei außerdem die „nahezu grenzenlose Detailverliebtheit der Gesetzgeber, was inzwischen in Gesetze und Verwaltungsvorschriften mündet, die an filigraner Ausdifferenzierung kaum mehr zu über-bieten sind. Das ist nicht nur nicht notwendig und verkompliziert die Umsetzung vor Ort. Es hemmt und lähmt auch die Entfaltung kommunaler Selbstgestaltung, wo wir sie dringend brauchen“, hob der neue DLT-Präsident hervor und ergänzte: „Wir müssen uns in diesen Fällen ehrlich machen, auch wenn es weh tut. Jeder Euro lässt sich nur einmal ausgeben und jede Fachkraft nur einmal einsetzen. Deshalb brauchen wir dringend den Mut zur Priorisierung. Wir müssen offen sagen, was noch geleistet werden kann, was aber umgekehrt eben auch nicht mehr zu schultern ist.“

Bayerns Bauminister Chris-

private Investoren sowie institutionelle Geldgeber wie Banken, Versicherungen und Pensionskassen verbessern und optimieren, damit sie in Wagniskapital investieren. Dazu zählten zum Beispiel auch steuerliche Anreize oder die Übernahme des Ausfallrisikos zu einem bestimmten Prozentsatz.

Den Abschluss der Tagung bildete ein Panel zum Thema „Zukunft der Pflege – Näher am Menschen“. Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland und Vorsitzende des Sozialverbands VdK Bayern, Kai Kasri, Landesvorsitzender des Bundesverbands privater Anbieter sozialer Dienste e.V. Ralf Langejürgen, Vorstandsvorsitzender des BKK Landesverbands Bayern, Nicole Schorer, Pflegedienstleiterin und stellv. Leiterin des Alten- und Pflegeheims St. Augustin der Barmherzigen Brüder in Neuburg a. d. Donau sowie Kathrin Weidenfelder, Vorsitzende der Vereinigung der Pflegenden in Bayern erläuterten, was aus ihrer Sicht im System verändert werden muss, um auch künftig eine gute Pflege sicherzustellen.

Pflege der Zukunft

Ideen, Pflege neu zu denken, hielten die Abgeordneten in der Resolution „Pflege der Zukunft: Demografiefest, Generationengerecht, Qualitätsorientiert“ fest. Laut einer von der CSU-Fraktion in Auftrag gegebenen dimap-Studie ist dieses Thema für 94 Prozent der baye-rischen Bevölkerung wichtig.

Holetschek zufolge setzt sich die CSU-Fraktion für eine umfassende Pflegevollversicherung ein, die auch private Pflegeversicherungen integriert. Zusätzlich fordert sie mehr Finanzmittel aus Steuergeldern, um die Pflege langfristig abzusichern. Die Leistungsansprüche sollen in ein Pflegebudget und ein persönliches Budget zusammen-

tian Bernreiter, ehemaliger Landrat des Landkreises Deggendorf und früheres Mitglied des Präsidiums des Deutschen Landkreistags, hatte zuvor über den militärischen Bundeshochbau im Freistaat informiert. Bernreiter zufolge führt Bayern als erstes Bundesland ein Gesetz zur Stärkung der Streitkräfte ein.

„Wir müssen die militärische Infrastruktur in Europa ertüchtigen“, erklärte der Minister. „Unser Ziel ist eine schnellere Umsetzung militärischer Bauvorhaben durch Entbürokratisierung und Deregulierung. Zum Beispiel werden Vorhaben auf Militärgelände verfahrensfrei gestellt. Die Bundeswehr wird von örtlichen Bauvorschriften der Standortgemeinden freigestellt. Wir appellieren an den Bund, hier weitere Vereinfachungen voranzutreiben.“

Bayern ist verlässlicher Partner für Bund und Kommunen

Die Bayerische Staatsbauverwaltung baut und erhält auch Gebäude des Bundes, der Bundeswehr und der US-Gaststreitkräfte im Freistaat. 25 bis 30 Prozent des jährlichen Bauvolumens kommen aus dem Bundeshochbau. Die USA, so Bernreiter, hätten Investitionen in Milliardenhöhe in ein neues hochmodernes Trainingszentrum für die U.S. Army Garrison Bavaria in Grafenwöhr angekündigt. Für die Umsetzung des gestiegenen Bauvolumens habe der Freistaat in den vergangenen Jahren über hundert neue Stellen für den Bundeshochbau geschaffen. Bayern bleibe somit verlässlicher Partner für Bund und Kommunen. **DK**

geführt werden, um die Unterstützung zielgerichteter und flexibler zu gestalten. Außerdem müssen Pflegestützpunkte reformiert und pflegende Angehörige durch schnelle und unbürokratische Notdienste entlastet werden.

„Wir wollen die Arbeitsbedingungen verbessern, bürokratische Hürden abbauen und für eine gerechte Bezahlung der Pflegekräfte sorgen. Diese Maßnahmen sind notwendig, um den Herausforderungen im Pflegesystem gerecht zu werden“, machte Holetschek deutlich. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels würden bessere Arbeitsbedingungen und weniger Bürokratie benötigt. Auch ungelernete Pflegehelfer aus EU- und Nicht-EU-Ländern müssten gleichgestellt werden, um das Personal zu entlasten. Durch Prävention und den gezielten Ausbau der Geriatrie könne der Pflegebedarf gesenkt und gleichzeitig die Qualität der Versorgung gesteigert werden. „Unser Reform soll sicherstellen, dass die Pflege zukunftsfähig, gerecht und menschnah bleibt.“

Klare Leitlinien für Bayern

Klare Leitlinien für Bayerns Zukunft formulierte auf der Klausurtagung Ministerpräsident Dr. Markus Söder. In seiner Rede machte er deutlich: Deutschland stecke mitten in einer Krise, aber Bayern werde entschlossen gegensteuern. Insbesondere kritisierte Söder das Verbrenner-Aus (hier soll der Automobilstandort durch bayernweit kostenloses, zeitlich befristetes E-Auto-Parken stabilisiert werden) wie auch das überzogene Bürgergeld der Bundesregierung. Der Ausverkauf der Wirtschaft drohe. Zudem sei die Infrastruktur marode. „Wenn das so weitergeht, haben die Bürger den Eindruck, dass Deutschland bald nicht mehr funktioniert“, warnte der Ministerpräsident. Konkret forderte er „Steuersenkungen statt Subventionen“ und nannte als wichtige Aufgaben Fragen der Energieversorgung mit den Schwerpunkten Kernkraft und Kernfusion, Biomasse und Wasserstoff sowie Zukunftsinvestitionen wie die Förderung von Start-ups sowie neue Inhalte bei der Clusterförderung.

Versorgungskonferenz für Bayerns Krankenhäuser

Um die Krankenhausversorgung zu sichern, sei eine Versorgungskonferenz vonnöten, so Söder. Er betonte die Notwendigkeit, die Kommunen als Partner für dieses Thema zu gewinnen. Ein wichtiges Thema sei zudem die Kinderbetreuung, für die derzeit fünf Milliarden Euro im Haushalt vorgesehen sind. „Hier brauchen wir ein gemeinsames Konzept.“ Künftig müsse es mehr um „Vertrauen statt Bürokratie“ gehen. Stichprobenkontrollen, Abschaffung von Widerspruchsverfahren und Pflichtberichten, die Entschlackung von Brandschutzverordnungen und Datenschutz sollen die Bürgerinnen und Bürger entlasten.

Auch müsse die Prüfdichte deutlich reduziert werden. Insbesondere die Wirtschaft solle so mehr Zeit zum Arbeiten haben. Ein wichtiges Anliegen ist dem Ministerpräsidenten die Sportförderung: Er will ein bayerisches Sportgesetz auf den Weg bringen, das den Schul- und Breitensport fördert. Konkret nannte Söder mehr Bewegung in der Schule, die Verstärkung von Sportgrundschulen und Sporteliteschulen. „Wenn der Bund meint, die Bundesjugendspiele abschaffen zu müssen, dann werden wir Bayernjugendspiele machen“, stellte der Landeschef klar. **DK**

Wie das LDBV Bayerns digitale Zukunft gestaltet

GZ-Interview mit Daniel Kleffel,
Präsident des Landesamts für Digitalisierung, Breitband und Vermessung

Am 1. Januar 2023 haben die rund 3.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamts und der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung (LDBV/ÄDBV) einen neuen Chef bekommen. Dipl.-Ing. Daniel Kleffel, der zuvor das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (LSI) geleitet hat, folgte auf den bisherigen Präsidenten Wolfgang Bauer, der als Leiter der Abteilung VII „Digitalisierung, Breitband und Vermessung“ an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wechselte. Im Gespräch mit Constanze von Hassel, Chefredakteurin der Bayerischen Gemeindezeitung, erläutert Daniel Kleffel wie das LDBV durch den Ausbau von Glasfaser, die Bereitstellung von Geodaten und innovative Cloud-Dienste die bayerischen Kommunen unterstützt. Er spricht über die Herausforderungen des Breitbandausbaus, die Bedeutung von IT-Sicherheit und die Chancen, die Künstliche Intelligenz für die Staatsverwaltung bietet.

GZ: Digitalisierung, Vermessung, Breitband: Welche Rolle spielt das LDBV bzw. die ÄDBV in der Modernisierung und Vernetzung der digitalen Infrastruktur Bayerns? Welche Dienstleistungen bieten Sie den bayerischen Kommunen?

Daniel Kleffel: Wir sind mit mehr als 220 Jahren eine der ältesten Verwaltungen des Freistaats, seit vielen Jahren aber auch der Treiber von Digitalisierung in Bayern. Das beginnt bei der physischen Infrastruktur – Stichwort Glasfaser – und führt hin zu den IT-Basisdiensten, Cloud und KI im IT-DLZ (IT-Dienstleistungszentrum Anm. d. Red.; Teil des LDBV) als Arbeitsgrundlage der Verwaltungen in Bayern.

Entscheidend ist eine gigabitfähige Infrastruktur, als Grundlage für alle weiteren Digitalisierungsmaßnahmen. Hier ist unser Bayerisches Breitbandzentrum in Amberg zentraler Ansprech-

partner für den geförderten Glasfaserausbau in Bayern. Als Breitbandmanagerinnen und -manager sind die Leitungen unserer Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in jedem bayerischen Landkreis vertreten und stehen im ständigen Austausch mit den dortigen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie der Gemeindeverwaltung. Sie begleiten die Kommunen durch die Förderverfahren. Gerade für kleinere Gemeinden mit knappen Personalressourcen ist diese kostenfreie Beratung und Begleitung durch die Förderverfahren eine große Hilfe.

Darüber hinaus sind z.B. das Bayerische Behördennetz, der Antragsmanager, das BayernPortal oder die Geodateninfrastruktur Bayern hochwertige Infrastrukturdienste für die Digitalisierungsaufgaben der Kommunen. Die Geodateninfrastruktur etwa schafft die technischen und orga-

nisatorischen Voraussetzungen für die Verfügbarkeit von Geodaten u.a. für die Verwaltungsebenen. Das inzwischen sehr engmaschige BayernWLAN bietet Konnektivität für alle.



Daniel Kleffel.

Bild: LDBV

Der BayernAtlas bietet in seiner freien und in der Plus-Version einen schnellen Blick in alle verfügbaren amtlichen Geodaten Bayerns. Er liegt im Übrigen in neuer Version im Beta-Stadium vor und wir laden alle ein, Rückmeldungen zur Beta-Version zu geben.

Auch Cloud-Dienstleistungen unseres IT-Dienstleistungszentrums, wie z. B. die „BayernBox“, erleichtern Kommunen die Arbeit: Über die digitale Datenaustauschplattform lassen sich große Datenmengen schnell, einfach und sicher austauschen.

IT-Sicherheit ist ein wichtiges

Stichwort: Die Bedrohungslage wird zunehmend komplexer und für einzelne Kommunen schwer zu beherrschen. Die Nutzung von zentral angebotenen Diensten und die Bündelung von IT-Know-How durch Zusammenarbeit sind hier Lösungsmöglichkeiten.

Bundesfördermittelkürzung Breitbandausbau

GZ: Ende Juli wurde bekannt, dass der Bund, der für den Breitbandausbau zuständig ist, seine laufenden Mittel drastisch kürzen werde. Zudem ist unklar, welche Fördermittel ab 2025 zur Verfügung stehen werden. Wird 2024 das Jahr der unbequemen Wahrheiten in Bezug auf den Breitbandausbau? Wie ist die aktuelle Lage und welche Antworten hat Bayern darauf?

Kleffel: Die Kürzungen der Mittel durch den Bund bei einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben sind ein verheerendes Signal und wirklich schlechte Nachrichten für den Gigabitusbau im ländlichen Raum sowie für die betroffenen Kommunen. Über die konkrete Ausgestaltung der Bundesfördermittel in 2024 und 2025 stimmt sich das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat derzeit mit dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr ab. Dem Ergebnis dieses Prozesses möchte ich nicht vorgehen.

Bayerns Ziel ist selbstverständlich nach wie vor der flächendeckende Gigabitusbau zu jedem Wohngebäude und zu jedem Gewerbebetrieb in Bayern. Der Freistaat Bayern unterstützt seine Kommunen hier seit vielen Jahren mit sehr viel staatlichem Geld, obwohl die Verantwortung für die digitale Infrastruktur nach dem Grundgesetz

vom Bund wahrzunehmen ist.

Kommunen im Fokus

GZ: Sie haben diverse Stationen in der Bayerischen Vermessungsverwaltung durchlaufen und anschließend das LSI, das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie, mit aufgebaut, bevor Sie zurückkehrten. Gibt es Schnittstellen zwischen diesen beiden Ämtern?

Kleffel: Die sich bisher stellenden Aufgaben waren stets mit ingenieurmäßigem Denken, Freude am Umgang mit Menschen und einem großen Interesse an digitalen Lösungen lösbar – egal ob bei der Arbeit am Vermessungsamt, am Finanzministerium, am LSI oder am LDBV. Der Aufbau des LSI von 2017 an machte die hohen Anforderungen noch deutlicher, die sich im ständig wachsenden Gefahrenpotential durch IT-Angriffe gerade auch im IT-DLZ stellen. Am LSI standen mir – wie ich es in der Vermessungsverwaltung vom ersten Tag an gelernt hatte – die Kommunen als ganz besonders wichtige Kunden und Partner im Fokus. Und nicht zuletzt die Gewinnung von qualifiziertem IT-Personal war und ist an beiden Ämtern eine wichtige Aufgabe.

GZ: Ende Juli wurde bestätigt, dass China vor drei Jahren einen Hackerangriff auf das Bundesamt für Kartographie verübt hat. Warum war das Bundesamt für Kartographie von besonderem Interesse?

Kleffel: Über die Gründe des Angriffs auf das BKG möchte ich nicht spekulieren.

GZ: In Bezug auf die Digitalisierung: Worauf sollte eine bayerische Kommune unbedingt achten und welche Maßnahmen sollten bereits abgeschlossen sein?

Kleffel: Bayerns Kommunen ha-

ben die Digitalisierung ihrer Verwaltungsleistungen mit großem Engagement vorangetrieben. Gleichzeitig stellt die beschleunigte digitale Transformation Kommunen auch vor große Herausforderungen. Bestehende Strukturen, Prozesse und IT-Lösungen müssen auf Optimierungspotenzial geprüft und, wo nötig, behutsam, aber entschlossen fortentwickelt werden.

Angesichts zunehmender Cyberangriffe muss die IT-Sicherheit dabei höchste Priorität haben. Das Bayerische Behördennetz bietet als wichtige Grundlage höchstmögliche Ausfallsicherheit, einen gesicherten Internetübergang, sowie viele weitere Sicherheitskomponenten. Wir wollen daher die noch verbliebenen Kommunen baldmöglichst davon überzeugen, sich an unser Bayerisches Behördennetz anzuschließen, damit auch sie noch mehr vom umfassenden Schutz durch das Landesamt für Sicherheit in der Informationstechnik profitieren.

Nicht nur im Bereich der IT-Sicherheit haben die Nutzung zentraler Lösungen und interkommunale Zusammenarbeit große Vorteile.

GZ: Stichwort „Künstliche Intelligenz“: Fluch oder Segen?

Kleffel: Die Nutzung von Künstlicher Intelligenz bietet viele Potenziale – in fast jedem professionellen Umfeld. KI-Algorithmen bieten schon heute oft die schnellste Möglichkeit, mit den explodierenden Datenmengen umzugehen und zielgerichtete Auswertungen zu erstellen. Wir befassen uns im LDBV, insbesondere das IT-DLZ aber auch im Geobereich, deshalb sehr intensiv mit unterschiedlichen Anwendungen von KI, um Kompetenz aufzubauen, uns diese neue Techno-

(Fortsetzung auf Seite 6)

T Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt



Unsere Ziele für Bayern

Starke Partnerschaft für den eigenwirtschaftlichen, geförderten und kooperativen Glasfaserausbau in Bayern

Persönliche Beratung durch das Glasfaserteam Bayern der Telekom direkt vor Ort

Schnelles und stabiles Glasfasernetz als entscheidender Standortfaktor für attraktive Gemeinden und die steigenden Bedürfnisse ihrer Bürger

Verbindlichkeit beim Ausbau durch nachhaltige, regionale und maßgeschneiderte Planung und Entwicklung



www.telekom.de/glasfaser

Gigabitausbau in Bayern:

Planungssicherheit für Kommunen

„Jeder Meter neues Glasfaserkabel zählt: Eine moderne digitale Infrastruktur ist Grundpfeiler für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der Kommunen. Der Freistaat Bayern engagiert sich seit Jahren auf freiwilliger Basis massiv, um eine bestmögliche Versorgung seiner Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den ländlichen Regionen zu ermöglichen. Seit 2014 haben wir im Rahmen der Bayerischen Gigabitförderung insgesamt bereits über 2,5 Milliarden Euro investiert, damit werden über 100.000 Kilometer Glasfaser in Bayern verlegt“, berichteten Finanz- und Heimatminister Albert Füracker sowie Staatssekretär Martin Schöffel bei der Übergabe zahlreicher Förderbescheide.

So wird die Stadt Marktredwitz beim Breitbandausbau mit über 5,8 Millionen Euro tatkräftig unterstützt. Damit werden weitere 1.030 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Die oberfränkische Kommune beteiligte sich bereits am Ausbau nach der Bayerischen Breitbandrichtlinie sowie der Förderung der Glasfaserausbaue an öffentlichen Schulen, Plankrankenhäusern und Rathäusern. Im Rahmen aller Programme wurden Marktredwitz insgesamt über 6,7 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

Förderbescheide für Scheßlitz und Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg

Die Stadt Scheßlitz wird beim Breitbandausbau mit über 2,36 Millionen Euro tatkräftig gefördert. Damit werden weitere 490 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Programme wurden Scheßlitz insgesamt über

3,7 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt. Auch in der Verwaltungsgemeinschaft Gräfenberg wird der Gigabitausbau massiv vorgebracht. So fördert der Freistaat die Stadt Gräfenberg und den Markt Hiltpoltstein mit insgesamt über 5,9 Millionen Euro. Damit werden weitere 1.401 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Die Gemeinde Weißenhohe hatte bereits im Februar 2022 einen Bescheid über 1.844.534 Euro erhalten. Im Rahmen aller Programme wurden der Verwaltungsgemeinschaft insgesamt bereits rund 9,2 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

Neunburg vorm Wald

Auch der Glasfaserausbau in der Oberpfalz geht mit Hochgeschwindigkeit voran. Der Freistaat unterstützt die Stadt Neunburg vorm Wald mit 1,65 Millionen Euro. Damit werden weitere 806 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Förderprogramme wurden Neunburg vorm Wald insgesamt bereits über 4,6 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

higer Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Förderprogramme wurden Neunburg vorm Wald insgesamt bereits über 4,6 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

Verwaltungsgemeinschaft Mainburg

Darüber hinaus wird die Verwaltungsgemeinschaft Mainburg (Niederbayern) mit den vier Gemeinden Aigsbach, Attenhofen, Elsendorf und Volkenschwand beim Glasfaserausbau mit 6,9 Millionen Euro unterstützt. Damit werden weitere 1.726 Adressen mit zukunftsfähiger Glasfaser erschlossen. Im Rahmen aller Förderprogramme wurden der Verwaltungsgemeinschaft insgesamt bereits über 10,7 Millionen Euro an Breitbandmitteln des Freistaats zugesagt.

70 Prozent der bayerischen Haushalte sind gigabitfähig erschlossen

Mit der Bayerischen Gigabitrichtlinie hat der Freistaat – als erste Region in der Europäischen Union – den Weg dafür geebnet, den Glasfaserausbau auch dort zu fördern, wo bereits ein Netzbetreiber mindestens 30 Mbit/s anbietet (sog. graue Flecken). Bislang sind schon über 1.440 Gemeinden in das Förderverfahren eingestiegen, rund 785 Millionen Euro Fördermittel wurden den Kommunen über

die Gigabitförderung bereits zugesagt. 70 Prozent aller bayerischen Haushalte sind gigabitfähig erschlossen, nach Abschluss aller laufenden Projekte werden es 80 Prozent sein. Bayerns ambitioniertes Ziel lautet: Gigabit bayernweit. Aktuell verfügen bayernweit bereits über 99 Prozent der Haushalte über schnelles Internet gemäß EU-Definition (über 30 Mbit/s). Die Kommunen entscheiden im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit über die Inanspruchnahme eines Förderverfahrens und den Umfang der Fördergebiete.

Bund verspielt digitale Zukunft

Im Gegensatz zu Bayern verspielt der Bund laut Füracker die digitale Zukunft. Nachdem bereits das versprochene Gesamtfördervolumen für den Glasfaserausbau mitten im Förderauftrag 2024 von 3 Milliarden um rund ein Drittel zusammengestrichen wurde, bewahrheitete sich die nächste Hiobsbotschaft für Bayerns ländlichen Raum: „Der Bund hat nochmals klargestellt, dass für 2025 deutschlandweit voraussichtlich nur noch eine Milliarde an Glasfaseraufträgen bereitsteht – ein drastischer Fehler bei einer der wichtigsten Zukunftsaufgaben überhaupt und ein erneuter herber Schlag für alle bayerischen Kommunen! Statt sich endlich der notwendigen Prioritätensetzung von Zukunftsinvestitionen zu stellen, opfert die Ampel Deutschlands digitale Zukunft lieber auf dem Altar des selbst verschuldeten Haushaltsstreits“, betonte der Minister.

Fördervolumen erhöhen, Planungssicherheit schaffen

Füracker weiter: „Die Bundesregierung muss ihrer grundgesetzlich verbürgten Verantwortung für die digitale Infrastruktur endlich gerecht werden, das Fördervolumen deutlich erhöhen und nach jahrelanger Unbeständigkeit Planungssicherheit für alle Akteure schaffen. Unsere Kommunen haben durch ihr Engagement bereits letztes Jahr einen tatsächlichen Bedarf nach Bundesmitteln in Milliardenhöhe allein für Bayern klar verdeutlicht. Trotz ihrer vorbildlichen Annahme der Förderaufträge lässt der Bund Bayerns Kommunen seit 2022 ununterbrochen im Stich. Damit das kommunale Interesse am Glasfaserausbau nicht endgültig verloren geht, werden wir den Bund weiter mit allen Mitteln zur Wahrnehmung seiner Verantwortung für den Digitalstandort Deutschland auffordern.“

Das Grundgesetz zeichnet den Bund für den Breitbandausbau verantwortlich. Der aktuellen Bundesregierung gelinge es aber bereits das dritte Jahr in Folge nicht, ein zuverlässiges Glasfaserausbauprogramm aufzulegen: Nach einem sofortigen Förderstopp wegen fehlender Haushaltsmittel im Oktober 2022 habe der Bund sein Förderprogramm 2023 erheblich unterdimensioniert. Obwohl von bayerischen Kommunen 1,6 Milliarden Euro an Fördergeldern beantragt wurden, konnten nur 585 Millionen Euro Bundesmittel bewilligt werden.

Ende Juli habe die Bundesregierung angekündigt, die Mittel zur Glasfaserausbauförderung für 2024 erneut im laufenden Verfahren massiv zu kürzen, so dass statt der bereits versprochenen 460 Millionen Euro nur noch 295 Millionen Euro für Bayerns Kommunen zur Verfügung stehen.

515 bayerische Gemeinden – rund ein Viertel aller Gemeinden in Bayern – hätten sich bislang am Förderauftrag 2024 des Bundes beteiligt und seien so von der plötzlichen Kürzung

Wie das LDBV...

(Fortsetzung von Seite 5)

den Karten der Vermessungsverwaltung mit ihrer jeweiligen Bezeichnung übernommen, sowohl in digitalen Angeboten als auch in Druckausgaben. Ein Verzicht auf Gebühren entlastet auch die Verwaltung und kann zu einer positiven Wahrnehmung führen, wenn die Daten leicht nutzbar und ausreichend Informationen und Beratung verfügbar sind. GZ: Ist der Beruf des Geodäten zukunftssicher?

Kleffel: Der Beruf des Geodäten ist außerordentlich zukunftssicher. Die Arbeit der Geodäten wird zunehmend wichtiger für die Gesellschaft, da sie u.a. die Grundlagen für Navigation und Geoinformation liefert. Dabei nutzen sie nicht nur klassische Vermessungsinstrumente, sondern auch Satelliten- und Luftbilder, aus denen sich mittlerweile eine Vielzahl auch dreidimensionaler Informationen ableiten lassen. So können beispielsweise Überschwemmungsgebiete oder Standorte von Windenergieanlagen genau berechnet werden. Speziell im öffentlichen Bereich sichern die Geodäten mit ihrer Arbeit das öffentliche Register aller Grundstücke und Gebäude und bilden die Grundlage zum Nachweis von Immobilieneigentum. Die Ausbildung hat auch eine starke rechtliche Komponente. Geodäten sind Baurechtsexperten – nicht nur im Bauplanungsrecht, sondern gerade auch im Bereich von Baulandumlegungen, einer Dienstleistung, die wir seit vielen Jahren den Kommunen anbieten und so schon viele Bauplanungspläne realisiert haben.

Im Geobereich wenden wir schon seit Jahren KI-Algorithmen zur Detektion von Neubauten in Luftbildern an. Heute Nachmittag starten wir gemeinsam mit Herrn STM Füracker an der OTH Amberg-Weiden ein Forschungsprojekt, um KI-gestützt Daten zur Fortführung der topographischen Datenbanken aus Bildern zu erkennen. Diese Algorithmen sollen auch bei unserer Satellitenmission, die kommenden Jahr mit dem Start der 5 Cubesats in die heiße Phase gehen wird, eingesetzt werden.

GZ: Kommunen verfügen über den Rohstoff unseres Zeitalters: Daten. Sollten sie diese Daten monetarisieren?

Kleffel: Die Frage deckt ein weites Feld an denkbaren Datenbeständen ab. Daher kommt es darauf an, über welche Daten man genau spricht. Kommunen verwalten und speichern sehr viele schätzenswerte Daten, beispielsweise Adress- und Ausweisdaten, Daten aus Gemeindesteuern, Beiträgen usw. Hier stehen selbstverständlich der Datenschutz und die IT-Sicherheit an oberster Stelle. Eine Monetarisierung dürfte mit dem Datenschutz schwer vereinbar sein.

Wenn ich als ein Beispiel allerdings noch die Geodaten nennen darf, ist festzustellen, dass wir als Vermessungsverwaltung mit der einfachen und inzwischen meist völlig kostenfrei Bereitstellung unserer Daten – Stichwort „Open Data“ – sehr gute Erfahrungen gemacht haben. Die Daten werden zahlreich nachgefragt und genutzt, innovative Anwendungen werden ermöglicht. Natürlich sind eventuelle gesetzliche Restriktionen bei der Bereitstellung der Daten, gerade auch was den Schutz von kritischen Infrastrukturen betrifft, zu berücksichtigen.

Ein Beispiel zu freien Geodaten: Die von den Kommunen beschil- derten Wanderwege werden in

den Karten der Vermessungsverwaltung mit ihrer jeweiligen Bezeichnung übernommen, sowohl in digitalen Angeboten als auch in Druckausgaben.

Ein Verzicht auf Gebühren entlastet auch die Verwaltung und kann zu einer positiven Wahrnehmung führen, wenn die Daten leicht nutzbar und ausreichend Informationen und Beratung verfügbar sind.

GZ: Ist der Beruf des Geodäten zukunftssicher?

Kleffel: Der Beruf des Geodäten ist außerordentlich zukunftssicher. Die Arbeit der Geodäten wird zunehmend wichtiger für die Gesellschaft, da sie u.a. die Grundlagen für Navigation und Geoinformation liefert.

Dabei nutzen sie nicht nur klassische Vermessungsinstrumente, sondern auch Satelliten- und Luftbilder, aus denen sich mittlerweile eine Vielzahl auch dreidimensionaler Informationen ableiten lassen. So können beispielsweise Überschwemmungsgebiete oder Standorte von Windenergieanlagen genau berechnet werden.

Speziell im öffentlichen Bereich sichern die Geodäten mit ihrer Arbeit das öffentliche Register aller Grundstücke und Gebäude und bilden die Grundlage zum Nachweis von Immobilieneigentum. Die Ausbildung hat auch eine starke rechtliche Komponente. Geodäten sind Baurechtsexperten – nicht nur im Bauplanungsrecht, sondern gerade auch im Bereich von Baulandumlegungen, einer Dienstleistung, die wir seit vielen Jahren den Kommunen anbieten und so schon viele Bauplanungspläne realisiert haben.

Für diese und weitere Aufgabenfelder werden in der Bayerischen Vermessungsverwaltung ebenso wie bei vielen anderen privaten und öffentlichen Arbeitgebern Geodäten weiterhin dringend benötigt, sowohl in Ausbildungsberufen als auch nach einem Studium mit Bachelor- oder Masterabschluss.

GZ: Gibt es noch etwas, das Sie unseren Leserinnen und Lesern mit auf den Weg geben möchten?

Kleffel: Meine inzwischen zahlreichen Stationen in der Vermessungs- und Digitalisierungsverwaltung mit den vielen Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Kommunen bestätigen immer wieder, dass wir als gesamte öffentliche Verwaltung digital gut aufgestellt sind. Den weiter wachsenden Anforderungen können wir mit mehr Zusammenarbeit, der Nutzung zentral bereitgestellter Angebote und vor allem mit Lust und Mut zu Neuem bestens begegnen. Der öffentliche Dienst ist auch für Digitalexperten ein attraktiver Arbeitgeber, was mir die hochqualifizierten Kolleginnen und Kollegen exemplarisch in meinen bisherigen Stationen immer wieder bestens gezeigt haben. □

überrascht worden. Mit der nun bestätigten weiteren Mittelkürzung für 2025 wirke sich die Problematik der unangemessenen Bundesförderung auf ihr viertes Jahr in Folge aus.

Bayern verlängert Kofinanzierungsprogramm bis zum Jahr 2029

„Anders als der Bund erkennen wir dieses klare Gebot der Digitalisierung und handeln entsprechend“, erklärte Füracker. „Bayern verlängert sein kraftvolles Kofinanzierungsprogramm daher jetzt bis zum Jahr 2029. Die niedrigen Fördersätze des Bundes werden so langfristig von schwachen 50 Prozent auf in der Regel 90 Prozent angehoben. Wir schaffen Planungssicherheit für unsere Kommunen“, erklärte Füracker im Rahmen der Veröf-

fentlichung der neuen Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie 2.0.

Rund 2,5 Milliarden Euro an Landesmitteln habe der Freistaat seit 2014 bereits für den Glasfaserausbau ausgegeben – rein freiwillig und ohne jede Zuständigkeit. „Wir scheuen keine Kosten, um unsere Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Bayerns mit gigabitschnellem Internet zu versorgen“, teilte Füracker mit und ergänzte: „Wie schon in der Vergangenheit werden mit der neuen Bayerischen Kofinanzierungs-Gigabitrichtlinie 2.0 die niedrigen Fördersätze des Bundes deutlich angehoben. Mit einem neuen Lückenschlussprogramm wird es den Kommunen zudem ermöglicht, für förderfähige, aber bislang unberücksichtigt gebliebene kleinere Teilgebiete einen stark vereinfachten Förderantrag zu stellen.“ DK

NetCom BW

Schnelles Internet für die Region

#vernetzt – mit Highspeed in Verbindung bleiben

www.netcom-bw.de

Besuchen Sie uns auf dem Bayerischen Breitbandforum 2024

Ein Unternehmen der EnBW

KI-gestütztes Straßenmanagement:

Eibelstadt optimiert kommunale Abläufe

Künstliche Intelligenz erleichtert Arbeit

Straßen und Radwege, Verkehrszeichen und Markierungen, Grünanlagen und Mülleimer – deutsche Ämter müssen unzählige Objekte im öffentlichen Raum verwalten. Durch die mühsame Zustandserfassung ohne technische Unterstützung konnten Schäden oft nicht rechtzeitig behoben werden. Deshalb arbeitet Eibelstadt mit einem digitalen Straßenmanagement-System, um den Straßenzustand automatisch zu erfassen und kommunale Abläufe zu beschleunigen. Bauhofleiter Johannes Urlaub und Franziska Beisheim von der Eibelstädter Verkehrsbehörde erklären, welche Verbesserungen das vialytics System für die Dienststelle bewirken konnte.

In der bayerischen Verwaltungsgemeinschaft Eibelstadt im Kreis Würzburg müssen die Mitarbeitenden der Verwaltung ein Streckennetz von 340 Kilometern überwachen und regelmäßig kontrollieren, um die gesetzliche Verkehrssicherheitspflicht zu erfüllen. Bisher geschah dies von Hand und nahm viel Zeit und Personal in Anspruch. Jetzt nutzt Eibelstadt dafür das Straßenma-

agementsystem des Stuttgarter Unternehmens vialytics, mit dem die Zustandserfassung der Straßen und Wirtschaftswege automatisiert und digitalisiert wird. Durch die integrierte künstliche Intelligenz werden Schäden im Straßennetz automatisch erfasst und ausgewertet.

Bauhofleiter Johannes Urlaub betont, dass das Fehlen eines systematischen Prozesses und einer

objektiven Beurteilung der Schäden die tägliche Arbeit deutlich erschwerte: „Schäden wurden vor vialytics nur bei der Sichtung, also sehr sporadisch, festgehalten und dann an die Bauverwaltung übergeben. Wir waren oft auf Bürgermeldungen angewiesen. Außerdem haben wir das meiste mit Stift und Zettel dokumentiert und dann abgeheftet.“

Die Folge: Wenig bis gar keine Kommunikation zwischen den Abteilungen, lange Wege, viel Papier und Ordner. „Dadurch konnten Reparaturen meist nur punktuell durchgeführt werden und wir hatten keine Ahnung, auf welchen Straßen der höchste Reparaturbedarf vorhanden war,“ weiß Johannes Urlaub.

Transformation der Arbeit durch vialytics

Im Jahr 2022 wurde die Lage in der Verwaltung sondiert. Es bestand großer Bedarf für einen Prozess, der den Behörden mit der Priorisierung von Schäden und der besseren Koordination der Maßnahmen helfen kann. Die Entscheidung für das vialytics System wurde getroffen. Etwa eineinhalb Jahre später arbeiten Bauhof, Bauamt und Verkehrsbehörde im selben System.

Selbst die Polizei sei dabei involviert. Franziska Beisheim sagt: „Wenn beispielsweise ein Falschparker gemeldet wird, kann ich meine verkehrsrechtliche Anordnung mit den vialytics Bilddaten inklusive GPS und Zeitstempel direkt aus dem System an die Polizeibehörde schicken. Dort schät-

zen die Kolleginnen und Kollegen die ordentliche Dokumentation und die rechtssicheren Daten.“

So verwaltet Eibelstadt seine Infrastruktur heute

Die Inbetriebnahme des Straßenmanagementsystems machte Eibelstadts Straßenverwaltung wesentlich effizienter. Johannes Urlaub schätzt vor allem die objektive Schadensbewertung und die Möglichkeit, das System individuell und nach Bedarf zu nutzen. „Die Arbeit mit vialytics passt sich unseren bestehenden Abläufen an, die Arbeit mit der Anwendung ist einfach und intuitiv. Wir sparen uns nicht nur Fahrten vor Ort, sondern können durch die Aufgabenfunktion auch intern viel effizienter planen. Die Wege sind wesentlich kürzer geworden und wir haben endlich eine Datengrundlage, um unsere Straßen nach einem klaren Plan zu reparieren.“

Seine Kollegin Franziska Beisheim teilt diese Auffassung: „Wir arbeiten hier alle Hand in Hand. Jeder weiß was der andere macht, Aufgaben können mit wenigen Klicks erstellt und geteilt werden. Uns ist selbst schon aufgefallen, wie viele Telefonate und Ausfahrten wir uns mittlerweile sparen. Zudem sind alle Daten im System gespeichert. Das gibt uns ein gutes Gefühl, da im Zweifelsfall nichts verloren geht.“

So funktioniert das vialytics-System in der Praxis

Mitarbeiter des Eibelstädter Bauhofs befahren regelmäßig ihr Straßennetz mit einem Smartphone von vialytics. Die App nimmt automatisch alle vier Meter georeferenzierte Bilddaten der Straßen auf und analysiert diese mit der integrierten künstlichen Intelligenz



V.l.: vialytics-Gründer Achim Hoth, Danilo Jovicic-Albrecht und Patrick Glaser.
Bild: vialytics GmbH

auf Schäden an der Asphaltoberfläche oder an Inventar wie Verkehrszeichen. Zudem können Gefahrenstellen per Bluetooth-Knopf am Lenkrad manuell markiert und mit einer Sprachnotiz versehen werden. So digitalisiert vialytics die händische Streckenkontrolle mit Stift und Papier.

Die erhobenen Daten des Straßenzustandes werden am Rechner in einem Kartenmodus dargestellt. Auf einen Blick ist ersichtlich, welche Streckenabschnitte renovierungsbedürftig sind und wo die Verkehrssicherheit durch Straßenschäden beeinträchtigt ist. Die Schäden werden in Schadensklassen eingeordnet und mit Noten versehen. Dies hilft dem Tiefbauamt bei der Priorisierung von Maßnahmen und der Budgetplanung.

Auch der Winterservice kann durch das vialytics System vereinfacht werden. Streuungen und Schneeräumungsarbeiten kann die App dokumentieren und überwachen. Zudem werden mit dem vialytics System Wartungsarbeiten, Ausgrabungen und Baustellen dokumentiert, um im Gewährleistungsfall abgesichert zu sein.

Über die vialytics GmbH

Die drei Pioniere Patrick Glaser, Achim Hoth und Danilo Jovicic-Albrecht riefen vialytics 2018 ins Leben. Seitdem verfolgt das Stuttgarter Unternehmen mit 100 Mitarbeitern einen ambitionierten Wachstumskurs. Mittlerweile sind es über 500 Partnerkommunen, die ihre Straßen regelmäßig mit dem vialytics System befahren und aus den gesammelten Daten Maßnahmen ableiten. „Es gibt aktuell kein Straßenmanagementsystem, das den kommunalen Anforderungen gerechter wird als unseres“, fasst Patrick Glaser zusammen. Die hohe Nachfrage aus Deutschland und den europäischen Nachbarländern kann vialytics durch eine neue Zusammenarbeit mit Scania Growth Capital sowie der langfristigen Investition durch EnBW New Ventures und Statkraft Ventures bedienen. Achim Hoth bestätigt: „Unser Straßenmanagementsystem hilft allen Kommunen, ihre Straßen effizienter zu verwalten und das meiste aus dem kommunalen Haushalt herauszuholen.“



vialytics Smartphone-Zustandserfassung am Fahrradlenker.

Bild: vialytics GmbH



Das digitale Werkzeug für Bauamt und Bauhof

- ✓ Automatische Zustandsbewertung Ihrer Straßeninfrastruktur
- ✓ Verwaltung aller Arbeitsabläufe in einem einzigen System
- ✓ Planung wirksamer Maßnahmen mit aktuellen Daten



Straßenmanagement mit System

+ Künstliche Intelligenz

Jetzt testen unter www.vialytics.de



Kontakt: +49 711 2529 5190 | info@vialytics.de | www.vialytics.de

BREKO Marktanalyse 2024:

Politische Kurskorrektur ist unerlässlich

In der kürzlich veröffentlichten Breko Marktanalyse 2024 weist der Bundesverband Breitbandkommunikation darauf hin, dass laut Prognose „die Bundesregierung ihr Ziel von Glasfaser für die Hälfte der deutschen Haushalte bis 2025 zwar erreichen, jedoch unter den aktuellen politischen Rahmenbedingungen die flächendeckende Glasfaserversorgung bis 2030 deutlich verfehlt wird“. Mehr denn brauche es jetzt eine klare politische Kurskorrektur, um Investitionssicherheit zu schaffen und Investitionsanreize zu setzen.

Mit 2,6 Millionen neu gebauten Anschlüssen (Homes Passed) steigt die Glasfaserausbauquote laut Marktanalyse zwischen Mitte 2023 und Mitte 2024 um 7,6 Prozentpunkte auf 43,2 Prozent, wächst aber um 1,6 Prozentpunkte weniger als im Vorjahreszeitraum.

Der Anteil der angeschlossenen Haushalte (Homes Connected) nimmt um 4,5 Prozentpunkte auf 22,8 Prozent zu und wächst damit um 3,6 Prozentpunkte stärker als im Vorjahreszeitraum. Zeitgleich steigt auch der Anteil der Haushalte, die einen Glasfaseranschluss gebucht haben (Homes Activated), leicht an: Die Take-Up-Rate liegt jetzt bei 26

Prozent (Stand: 30. Juni 2024).

Aktuell sind rund ein Viertel (10,5 Millionen) der deutschlandweiten Gebäude und Wohnungen ans Glasfasernetz angeschlossen. Laut Studienautor Prof. Dr. Jens Böcker „investiert die Telekommunikationsbranche trotz vieler Hindernisse weiter in den Glasfaserausbau. Auffällig ist: Während der Fokus in den letzten Jahren auf dem Ausbau in der Fläche lag, gehen die Unternehmen jetzt zunehmend dazu über, die Haushalte, Unternehmen und öffentlicher Einrichtungen anzuschließen. Insbesondere die Wettbewerber der Telekom sorgen dafür, ihre Kundinnen und Kunden ans Glasfasernetz anzuschließen,

statt die Glasfaser nur bis in die Straße zu bauen.“

Treiber des Netzausbaus

Zwar befinden sich die Gesamtinvestitionen in den Glasfaser- und Mobilfunkausbau mit 13,2 Milliarden Euro nach wie vor auf hohem Niveau, jedoch sind sie erstmals seit Jahren leicht rückläufig. Obwohl der Investitionsanteil der Telekom auf 5,6 Milliarden Euro steigt und bei den Wettbewerbern auf 7,6 Milliarden Euro zurückgeht, bleiben die alternativen Netzbetreiber mit 58 Prozent der Investitionen Treiber des Netzausbaus. Besonders im Glasfaserausbau übernehmen die Wettbewerber der Telekom den Löwenanteil: Sie zeichnen für 61 Prozent der Homes Passed sowie für 70 Prozent der Homes Connected und 77 Prozent der Homes Activated verantwortlich.

Mit Blick auf die Prognose der Marktanalyse, wonach die Glasfaserausbauquote bei einer stabilen Entwicklung bis 2025 auf

50 Prozent, bis 2030 aber nur noch auf einen Wert zwischen 76 Prozent und 86 Prozent steigen wird, fordert Breko-Präsident Norbert Westfal insbesondere von der Bundesnetzagentur ein Konzept für einen wettbewerbskonformen Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze: Hier gelte es zu verhindern, dass die Deutsche Telekom ihr Kupfernetz strategisch nur dort abschaltet, wo sie selbst Glasfaser verlegt hat. Zudem brauche es endlich eine wirksame Diensteanbieterpflichtung, um doch noch einen Impuls für fairen Wettbewerb zu setzen und das herrschende Oligopol im Mobilfunk aufzubrechen. „Leider wurde in den letzten Monaten zunehmend deutlich, dass die Ampel-Koalition offenbar das Interesse am Glasfaserausbau verloren hat“, bedauert Westfal.

Eines der größten Probleme für den Glasfaserausbau bleibt der strategische Doppelausbau der Telekom. Aktuell sind 78 Unternehmen von Doppelausbau-Aktivitäten der Telekom oder ihrer Tochter Glasfaser Plus betroffen. Knapp jedes dritte Unternehmen (31 Prozent) hat sich aufgrund von Doppelausbau sogar aus Ausbauprojekten zurückgezogen.

Kupfer-Glasfaser-Migration

Auch der anstehende Übergang von Kupfer- auf Glasfasernetze beschäftigt die Branche. 9 von 10 Unternehmen sehen es laut Marktanalyse als wichtig oder sehr wichtig an, dass es eine wettbewerbskonforme Regelung für die sogenannte Kupfer-Glasfaser-Migration gibt. Nur 4 Prozent halten dies für unwichtig.

„Da die Wettbewerber für zwei Drittel des Glasfaserausbaus verantwortlich zeichnen, braucht es jetzt umso mehr ein Konzept für eine wettbewerbskonforme Kupfer-Glasfaser-Migration“, unterstreicht BREKO-Geschäftsführer Dr. Stephan Albers. Bislang gebe es für die Regionen, in denen die Wettbewerber Glasfaser verlegt haben, keine entsprechende Regelung. Die Telekom wiederum könne dort, wo sie Glasfaser ausgebaut hat, selbst über eine Abschaltung ihres Kupfernetzes entscheiden.

„Unsere Forderung ist klar: Die Abschaltung in Regionen, in denen die Telekom Glasfaser verlegt hat, darf nur dann genehmigt werden, wenn das Kupfernetz auch in Gebieten abgeschaltet werden kann, die durch Wettbewerber vergleichbar gut mit Glasfaser versorgt sind und vergleichbare Vorleistungsprodukte angeboten werden. Sowohl beim Doppelausbau als auch bei der Kupfer-Glasfaser-Migration braucht es eine Bundesnetzagentur, die nicht nur die Interessen des marktmächtigen Unternehmens im Blick hat, sondern aktiv für fairen Wettbewerb sorgt“, stellt Albers fest.

Bayern im Mittelfeld

Im Ländervergleich hat Schleswig-Holstein mit 89,3 Prozent weiterhin die höchste Glasfaserausbauquote, gefolgt von Hamburg und Brandenburg. Bayern liegt mit 34,4 Prozent im hinteren Mittelfeld. Bei der Glasfaserausbauquote belegt Schleswig-Holstein mit etwa 50 Prozent ebenfalls Platz 1, gefolgt von Brandenburg und Hamburg. Deutlich dahinter rangiert Bayern mit 19,2 Prozent.

Um den Ausbau in den Ländern zu beschleunigen, sind Albers zufolge schnellere Genehmigungsverfahren erforderlich. Auch der Glasfaserausbau müsse deshalb im Telekommunikations-Netzausbau-Beschleunigungs-Gesetz als im „überragenden öffentlichen Interesse“ definiert werden. Bundestag und Bundesrat seien hier in der Pflicht, grund-



Bürgermeisterin Sibylle Entwistle (r.) mit M-net Regionalmanagerin Sandra Stiedl. Bild: Stadt Vilsbiburg

Erschließung mit Glasfaserleitungen

Glasfaseranschlüsse für rund 700 Haushalte und Büros in Vilsbiburg / Gemeinsamer Ausbau mit den Stadtwerken

Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net erweitert gemeinsam mit den Stadtwerken Vilsbiburg das Glasfasernetz in mehreren Ortsteilen der Stadt Vilsbiburg im niederbayerischen Landkreis Landshut. Einen entsprechenden Kooperationsvertrag hat die Stadt nun mit M-net geschlossen. Durch die Erschließung mit Glasfaserleitungen bis zum Grundstück profitieren bald rund 700 Haushalte und Gewerbeeinheiten von Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s).

Nach der offiziellen Vertragsunterzeichnung ist der Grundstein für den weiteren Glasfaserausbau in Vilsbiburg gelegt. Bis Herbst 2026 werden rund 700 Privathaushalte und Gewerbeeinheiten in mehreren Ortsteilen durch die Stadtwerke Vilsbiburg als Infrastrukturpartner von M-net mit zukunftssicheren Glasfaserleitungen ausgestattet.

Hohe Übertragungsgeschwindigkeiten

Bei dem Ausbau wird komplett auf die Verwendung von Kupferkabeln verzichtet und eine durchgängige Infrastruktur aus Glasfasern bis zu den jeweiligen Grundstücken errichtet. Für die Weiterführung der Glasfaserleitung bis ins Gebäude und die Installation eines Hausanschlusses erstellen die Stadtwerke Vilsbiburg allen Interessenten ein gesondertes Angebot. Die neuen Leitungen ermöglichen Internetanschlüsse mit Übertragungsgeschwindigkeiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde und künftig noch mehr.

Startschuss im Herbst 2024

Die Bauarbeiten für den Glasfaserausbau starten nach derzeitigem Planungsstand noch im Herbst 2024 und werden rund zwei Jahre in Anspruch nehmen. M-net ist bereits seit vielen Jahren als Anbieter für Telekommunikationsdienste in Vilsbiburg aktiv. Dank seines glasfaserbasierten FTTC-Netzes (Fiber-to-the-Curb = Glasfaser bis zum Bordstein) stehen schnelle und stabile Internet-, Telefon- und TV-Dienste von M-net bereits

legend nachzubessern, um doch noch Rahmenbedingungen für eine Beschleunigung des Glasfaserausbaus zu schaffen.

Zunehmend an Bedeutung gewinnt die Öffnung bestehender Netze für andere Anbieter. Laut Marktanalyse bieten 89 Prozent der im Breko organisierten Netzbetreiber bereits Zugang zu ihren Netzen an. Albers: „Open Access sorgt für mehr Wettbewerb und setzt sich als Alternative zum Doppelausbau durch. Die Kooperationen sorgen für eine höhere Auslastung der Netze und bieten den Kundinnen und Kunden mehr Angebotsvielfalt.“ DK

über 1.350 Haushalten in Vilsbiburg zur Verfügung. Darüber hinaus können bereits jetzt rund 1.000 Haushalte und Gewerbeeinheiten von einem direkten FTTB/H-Glasfaseranschluss (Fiber-to-the-Building/Home) profitieren.

„Mit dem FTTB/H-Ausbau sind die Bürgerinnen und Bürger wie auch die Unternehmen in Vilsbiburg bestens für die digitale Zukunft gewappnet. Denn im Gegensatz zu allen kupferbasierten Anschlusstechnologien meistert ein reiner Glasfaseranschluss auch langfristig die Anforderungen, die mit der zunehmenden Digitalisierung unserer Gesellschaft auf uns zukommen“, sagt M-net Regionalmanagerin Sandra Stiedl.

Die Bürgermeisterin von Vilsbiburg, Sibylle Entwistle, ergänzt: „Der Glasfaserausbau ist ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge und damit auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Umso mehr freuen wir uns, dass wir mit M-net einen starken Partner dafür gewinnen konnten, Vilsbiburg mit einem neuen Hochgeschwindigkeitsnetz als Lebens- und Wirtschaftsraum für die Zukunft zu stärken.“

Warum Glasfaser?

Mit einem Glasfaseranschluss sind sowohl Wohn- als auch Gewerbeimmobilien zukunftssicher ausgestattet: Dieser bietet hohe und stabile Bandbreiten, ist besonders zuverlässig gegenüber externen Einflüssen wie Unwettern und Gewittern und ist auch für besonders datenintensive Anwendungen geeignet. Dazu zählen rasante Up- und Downloads, unterbrechungsfreies Videostreaming auch auf mehreren Endgeräten, Online-Gaming, das Speichern und Abrufen von Daten in einer Cloud oder die Nutzung des Anschlusses im Home-Office. Auch über den reinen Leistungsaspekt hinaus hat die Glasfaser klare Vorzüge gegenüber herkömmlichen Übertragungstechnologien. So ist die Datenübermittlung per Licht deutlich energieeffizienter als die über kupferbasierte Anschlüsse. Diesen ökologischen Vorteil nutzt M-net konsequent aus und ist seit 2021 der erste klimaneutrale Internetanbieter in Deutschland. □

6. AKDB Kommunalforum:

Innovative Impulse für resiliente Kommunen

Am 10. Oktober 2024 findet in München das AKDB Kommunalforum statt. Im Fokus der eintägigen Veranstaltung steht die Frage, wie sich Kommunen für Zukunftsszenarien wappnen können: etwa hinsichtlich Cyberbedrohungen, Fachkräftemangel und Klimawandel. Die Veranstaltung bietet Kommunalvertretern aus ganz Deutschland eine Plattform, um neueste digitale Lösungen zu entdecken und sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen. Für eine Prise Humor sorgt der bekannte Comedian und Bestsellerautor Vince Ebert.

Ein Hauptprogramm im großen Auditorium, vier Fachforen und Workshop-Formate für kleine Arbeitsgruppen sowie eine begleitende Fachausstellung erwarten die Gäste des Kommunalforums, das dieses Jahr im Paulaner am Nockherberg in München stattfindet. Im Vordergrund steht die Frage, wie sich die Verwaltung aufstellen sollte, um in Zeiten komplexer werdender IT, erhöhter Cybergefahren, steigendem Fachkräftemangel und voranschreitendem Klimawandel ihrem Auftrag gerecht zu werden: optimale Daseinsvorsorge zu bieten und kommunale Lebensräume zukunftsfähig zu machen.

Passend dazu lautet das Event-Motto „digital.einfach.machen.“. Denn Kommunalvertreter sind eingeladen, digitale Lösungen zu entdecken, die den Alltag von Verwaltung und Bürgern vereinfachen. Dabei han-

delt es sich um Innovationen der gesamten AKDB-Gruppe. Dazu gehören Töchter und Beteiligungen wie RIWA, roosi, Telecomputer, GKDS und LivingData.

Höhepunkte des Forums

Zu den Highlights des Forums gehört die DSGVO-konforme Business-Intelligence-Lösung SDS.Control, die Daten aus dem Finanz- und Einwohnerwesen analysiert und aufbereitet. Außerdem im Programm: das Cloud-Angebot der AKDB, KI-Anwendungen für Verwaltungsmitarbeitende, die Erstellung digitaler Zwillinge sowie Self-Service-Plattformen wie FRED (Framework for eGovernment Deployment). Mit letzterer können Verwaltungen Online-Dienste unkompliziert in ihre Webseiten einbinden und medienbruchfrei in die Fachsoftware integrieren.

Ganz im Sinne einer digitalen Ende-zu-Ende-Verwaltung, wie sie das Onlinezugangsgesetz fordert. In den vier Fachforen wird auf spezielle Neuerungen rund um Fachverfahren für jeden Verwaltungsbereich eingegangen: Kämmererei, Personalabteilung, Bürgerbüro, Kitaverwaltung, Verkehrsamt und Bauhof.

Referenten sind Wissenschaftler wie der Professor für IT-Sicherheitsrecht Dennis-Kenji Kipker, Dr. Ferdinand Schuster vom Institut für den öffentlichen Sektor e.V., Christian Stummeyer, Professor für Wirtschaftsinformatik und Digital Commerce, sowie Vertreter des bayerischen Digitalministeriums und der Kommunen. Bestsellerautor und Comedian Vince Ebert wirft einen humorvollen Blick auf Digitalisierung und künstliche Intelligenz und beweist damit, dass man trotz riesiger Herausforderungen nicht alles bierernst zu nehmen braucht. Das Programm sieht neben Fachvorträgen auch eine Live-Hacking-Show, zahlreiche Praxisberichte und Live-Demos sowie Paneldiskussionen und Mitmach-Formate vor. Die Veranstaltung moderiert SZ-Journalist Matthias Punz. □

Mit Glasfaser in die Zukunft

M-net als regionaler Partner Ihrer Kommune.

breitbandausbau@m-net.de

Digitalminister Fabian Mehring:

KI statt Bürokratie!

Digitalminister Fabian Mehring will Bayerns Mittelstand fit für das KI-Zeitalter machen. Genau dies ist das Ziel des Programms „KI-Transfer Plus“, das vom Bayerischen Staatsministerium für Digitales ins Leben gerufen wurde: KMUs aus den verschiedensten Wirtschaftszweigen werden dabei unterstützt, KI-Lösungen zu nutzen. Nunmehr gab Mehring den Startschuss für die vierte Runde des Erfolgsprogramms.

Unter den rund 20 Teilnehmern der vierten Runde befinden sich unter anderem Handwerksbetriebe, IT-Dienstleister, Bauunternehmen oder Versandhändler aus ganz Bayern. Sie erhalten in den kommenden neun Monaten Zugriff auf das umfassende Know-how bayerischer Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen und können dadurch KI-Methoden auf dem neuesten Stand der Technik schnell in der Praxis nutzen. Dabei liegt das Augenmerk auf aktuellen Themen wie generative KI und großen Sprachmodellen.

Positive Bilanz

Anlässlich des Kick-offs zogen Teilnehmer der früheren Runden eine durchweg positive Bilanz, berichtet Mehring. So konnte die IFTA GmbH aus Puchheim eine KI-Anwendung zur Überwachung von Verbrennungsschwingungen in Gasturbinen entwickeln, die genauere Aussagen über den Maschinenzustand und die frühzeitige Erkennung von Defekten ermöglicht. Das Verkehrs- und Touristikunternehmen Schwarzer Reisen aus Nördlingen arbeitet gerade daran, KI im Callcenter für einfache Gespräche einzusetzen und zusätzlich die Streckenplanung der Rufbusse mithilfe Künstlicher Intelligenz zu verbessern.

Bislang investierte das Digitalministerium insgesamt 9,1 Millionen Euro in „KI-Transfer Plus“. Daneben hat die Bayerische Staatsregierung weitere Förderprogramme gestartet, darunter

Datenerfassungs- und Scanzentrum Wunsiedel:

Bereits über 56 Millionen Dokumente digitalisiert

Über 250 Beschäftigte leisten unverzichtbare Arbeit

„Das Scanzentrum Wunsiedel ist ein absolutes Leuchtturmprojekt der Bayerischen Steuerverwaltung und die ‚Eintrittspforte in die digitale Welt‘ für Steuererklärungen in Papierform. Wir verdanken es der hervorragenden und unverzichtbaren Arbeit der über 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier am Scanzentrum, dass sämtliche Steuererklärungen aus ganz Bayern digital in den Finanzämtern ankommen und dort elektronisch weiterverarbeitet werden können. Herzlichen Dank für Ihr großes Engagement und Ihren Einsatz“, betonte Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel bei seinem Besuch im Datenerfassungs- und Scanzentrum Wunsiedel.

„Der Freistaat Bayern hat hier ein effizientes und leistungsfähiges Zentrum geschaffen, in dem Papierunterlagen den direkten Weg in die Digitalisierung finden, eine wichtige Voraussetzung für das papierlose Finanzamt der Zukunft. Seit Bestehen des Scanzentrums in Wunsiedel wurden bereits rund 56 Millionen Steuererklärungen sowie weitere Dokumente digitalisiert. Neben Dokumenten aus Bayern werden seit Jahren auch Erklärungen für Rheinland Pfalz und Thüringen gescannt“, so Schöffel.

Das Datenerfassungs- und Scanzentrum der Bayerischen Steuerverwaltung wurde am 1. März

2011 eingerichtet. Die Beschäftigten im Scanzentrum Wunsiedel sind mit ihrem umfassenden technischen und fachlichen Know-how bei der Digitalisierung und Aufbereitung jeglicher Art von Daten und Unterlagen hochspezialisiert.

GovTech Campus Deutschland

Wie das Digitalministerium zum dem berichtet, ist der Freistaat dem GovTech Campus Deutschland beigetreten. Als global profilierter Hightech-Standort habe Bayern den Anspruch, auch bei seinen Verwaltungsprozessen neueste Technologien wie KI, Cloud-Lösungen oder Big Data einzusetzen. Dabei sollen die Impulse aus Bayern auch die digitale Transformation in den anderen Bundesländern beschleunigen.

Ziel sei es, im Sinne der Bürger und Unternehmen Bayerns gemeinsam mit anderen führenden Akteuren aus dem Bereich Digitalisierung an neuen Services und Lösungen zu arbeiten. Der Beitritt sei Teil eines umfangreichen Maßnahmenbündels, mit dem das Staatsministerium für Digitales die digitale Verwaltung der Zukunft auf den Weg bringen will.

Mehring zufolge „entlasten wir durch den Einsatz von KI unsere Mitarbeiter in den Behörden und verkürzen die Verfahrenszeiten – eine Win-Win-Situation für Bürger und Verwaltung, die Entbürokratisierung befördert und uns gegen den grassierenden Fachkräftemangel rüstet. Der GovTech Campus Deutschland bietet uns hierfür eine einzigartige Plattform für den Schulterschluss mit der Tech-Szene und die gemeinsame Weiterentwicklung unserer Verwaltungen. Unser Beitritt ist daher ein weiterer logischer Schritt hin zu un-

serem übergeordneten Ziel: Weiter der Pacemaker für die digitale Verwaltung in Deutschland zu sein. Schließlich sitzen unsere Mitbewerber auf den Zukunftsmärkten nicht in Berlin oder Frankfurt, sondern in Asien und dem Silicon Valley. Es gilt daher ein ‚Team-Deutschland‘ zu firmieren und unsere Kräfte bundesweit zu bündeln.“

Bayern ist Schrittmacher

Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei Bayern schon heute Schrittmacher auf diesem Gebiet, unterstreicht der Minister: Der Freistaat belege im OZG-Dashboard (Onlinezugangsgesetz) konsequent die vorderen Plätze und biete bereits 260 Online-Leistungen in der Fläche an. Dabei soll es aber nicht bleiben: Um möglichst schnell eine voll-digitale Kommunikation innerhalb und zwischen den Behörden zu erreichen, hat Mehring 2023 einen „Fax-Bann“ ausgerufen, der bereits wirkt: Der Bestand der Faxgeräte in der bayerischen Verwaltung habe sich inzwischen ungefähr halbiert. Als Alternativen würden derzeit verschiedene digitale Kollaborations- und Kommunikationslösungen für die Behörden im Freistaat erprobt. Zudem werde ein bayerisches elektronisches Behörden-siegel auf den Weg gebracht.

Verwaltungsprozesse beschleunigen

Mit solchen digitalen Technologien würden Medienbrüche vermieden, Verwaltungsprozesse beschleunigt und der Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Behörden ermöglicht – ein Thema, mit dem sich das Digitalministerium selbst intensiv beschäftigt: „Wir entwickeln gerade eine KI-Strategie für unser eigenes Ministerium, die als Blaupause für andere Behörden, Verwaltungen und Kommunen dienen kann“, so Mehring. „Im Projekt ‚Applied Data Analysis für die öffentliche Verwaltung‘ zeigen wir zum Beispiel den Mehrwert von Cloud-Diensten. Und in unserem Open Data-Portal ‚open.bydata‘ demonstrieren wir modernes Datenmanagement und unterstützen insbesondere Kommunen bei der Umsetzung.“

Daneben habe der Freistaat zahlreiche weitere Initiativen wie die Hightech-Agenda und KI-Transfer Plus gestartet, um den Staat umfassend zu modernisieren und Unternehmen beim KI-Einsatz zu unterstützen. Auch der Superrisikokapitalfonds mit einer Hebelwirkung in Höhe von einer Milliarde Euro, die Förderung digitaler Talente sowie Kooperationen mit Technologieunternehmen stärkten das IT-Ökosystem des Freistaats.

Für eine gemeinsame digitale Zusammenarbeit erhalten auch Bayerns Kliniken Förderung vom Freistaat. Gemeinsam mit Gesundheitsministerin Judith Gerlach überreichte Mehring symbolisch den Förderbescheid in Höhe von 1,4 Millionen Euro an die Klinik IT Genossenschaft (KIG). Mit dieser Förderung wird die Plattform „mein-krankenhaus.bayern“ um eine Vernetzung zwischen den Krankenhäusern und den niedergelassenen Ärzten erweitert. Weiterhin unterstützt die Förderung die Einrichtung einer Incident-Response-Hotline für Cybernotfälle in den Kliniken.

Bayerische Krankenhäuser hatten sich vergangenes Jahr zusammengeschlossen und setzen gemeinsam das Vernetzungsprojekt „mein-krankenhaus.bayern“ unter der Führung der KIG um. Das Projekt steht vor allem für

ein einheitliches digitales Patientenportal nach dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG). Inzwischen haben sich innerhalb der KIG 137 Krankenhäuser für die einheitliche Umsetzung des digitalen Patientenportals auf Basis einer gemeinsamen IT-Plattform zusammengefunden.

Doch soll diese nicht an der Sektorengrenze enden, sondern den Pfad von Patienten ins und aus dem Krankenhaus begleiten. Dies wird mit einer Förderung durch den Freistaat auf Initiative der Bayerischen Krankenhausesgesellschaft (BKG) möglich, die nun an die KIG übergeben wird. Von den 1,4 Millionen Euro wurden jeweils 700.000 Euro vom bayerischen Gesundheits- und vom Digitalministerium gefördert.

Klinik-Plattform

Nach Mehrings Worten „ist unsere gemeinsame Klinik-Plattform ein zukunftsweisendes Leuchtturmprojekt, das weit über Bayern hinaus strahlt. Gerade angesichts der gewaltigen Herausforderungen im deutschen Gesundheitssystem können Digitalisierung und Zukunftstechnologien als Gamechanger wirken, um Prozesse im Sinne der Patientinnen und Patienten zu optimieren.“

Mehr digitale Vernetzung benötigt auch mehr IT-Sicherheit, denn die Angriffe – auch auf Kliniken – und die regulatorischen Anforderungen nähmen stetig zu. Um die Kliniken schnell bei einem Sicherheitsvorfall zu unterstützen, plane die KIG deshalb mit den Mitteln des Freistaats den Aufbau einer Incident-Response-Hotline, die den bayerischen Krankenhäusern rund um die Uhr mit Rat und Tat zur Seite steht. DK

Deutsche Telekom vermarktet Internetdienste über FTTC-Netze von LEONET

Deutsche Telekom kann nun in vielen Regionen Ostbayerns seinen Kunden noch mehr Geschwindigkeit anbieten

Das bayerische Telekommunikationsunternehmen LEONET und die Deutsche Telekom haben eine FTTC-Wholesale-Kooperation geschlossen. Die Partnerschaft stellt für die Deutsche Telekom die Grundlage dar, dass sie über die sogenannten FTTC-Netze (Fiber to the curb / Glasfaser bis zum Kabelverzweiger) von LEONET ab sofort eigene attraktive Telefon- und Internetdienste vermarkten kann.

LEONET betreibt in vielen Regionen von Niederbayern und der Oberpfalz im ostbayerischen Raum FTTC-Netze. Die darauf basierende Netzarchitektur sieht eine Glasfaseranbindung bis zum Kabelverzweiger (den grauen Kästen am Bürgersteig) vor. Die Telekom kann auf Basis der Kooperation mit LEONET nun auch in Regionen Ostbayerns Telefon- und Internetdienste mit einer Geschwindigkeit von bis zu 100 Mbit/s anbieten, wo dies bisher nicht möglich war.

60.000 Haushalte profitieren

Von der Vereinbarung profitieren rund 60.000 Haushalte in den Landkreisen Regen, Cham, Passau, Freyburg-Gräfenau Straubing-Bogen, Rottal-Inn, Deggendorf, Amberg Sulzbach, Landshut, Regensburg, Schwandorf, Dingolfing-Landau, Mühldorf a. Inn. Wer sich für einen schnellen Internetanschluss der Telekom interessiert, kann im Internet recherchieren, ob er von der Vereinbarung profitiert: www.telekom.de/festnetz. Die höheren

Geschwindigkeiten sollen bis 100 Mbit/s zur Verfügung stehen.

Wegweisende Kooperation

„Wir freuen uns außerordentlich, dass wir die Deutsche Telekom als Wholesale-Partner gewonnen haben“, erklärt LEONET-Geschäftsführer Martin Naber. „Die Kooperation ist für beide Unternehmen wegweisend. Während wir unsere Open-Access-Strategie realisieren, erhält die Telekom über unser Netz nun die Möglichkeit attraktivere Produkte anzubieten.“

„Wir freuen uns, dass wir in vielen Bereichen Ostbayerns unseren Kunden höhere Geschwindigkeiten über das FTTC-Netz der Leonet anbieten werden“, unterstreicht Thilo Höllen, Leiter Breitbandkooperationen bei der Deutschen Telekom. „Kooperationen und Wholesale sind Bestandteil unserer Strategie. Dafür nutzen wir seit einigen Jahren selbstverständlich FTTC-Netze unserer Wettbewerber und ab sofort auch der Leonet. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit.“ □



LEONET

SIE WOLLEN
DAS BESTE FÜR
IHRE GEMEINDE?

Dann lassen Sie uns über Ihre Glasfaser-Versorgung sprechen!



Adrian Richter
Leiter Kommunalbetreuung
Tel.: +49 (0)151 1881 5692
adrian.richter@leonet.de

BESUCHEN SIE UNS BEIM
11. BREITBANDFORUM
AM 17.10.2024

AUS BAYERN. FÜR BAYERN.

LEONET.DE

Kooperation zwischen Telekom und R-Kom:

100 Prozent Glasfaser in Regensburg

Für Regensburg geht es mit großen Schritten ins Gigabitzeitalter. Bis spätestens 2032 wollen die Telekom und der regionale Anbieter R-Kom die gesamte Stadt mit rund 100.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten ans Netz der Zukunft anschließen. Das Investitionsvolumen beträgt rund 100 Millionen Euro. R-KOM und Telekom unterzeichnen im Alten Rathaus einen Kooperationsvertrag, der den offenen Netz-Zugang (Open Access) umfasst. Die Telekom kann zudem bereits heute eigenen Kunden über das R-KOM-Netz Glasfaseranschlüsse anbieten.

„Neu ist, dass wir künftig innerhalb dieses Netzes auf für uns reservierte Fasern zugreifen können“, sagt Thilo Höllen, Leiter Breitbandkooperationen bei der Telekom, die somit auch als zweiter Netzbetreiber in Regensburg selbst aktiv wird. Er ergänzt: „Dadurch bekommen die Bürgerin-

nen und Bürger sowie die Unternehmen in der Stadt künftig die volle Wahlfreiheit beim Internetanbieter.“ Sie können bei den Netzbetreibern R-KOM und Telekom sowie bei deren jeweiligen Open-Access-Partnern wie 1&1 (R-KOM und Telekom) sowie Vodafone, O2 und anderen buchen.

Telekom wird als Netzbetreiber aktiv

Technisch bedeutet die Kooperation, dass die R-KOM beim weiteren Netzausbau eine zweite Lichtwellen-Faser für die Telekom mitverlegt. Noch dieses Jahr werden die ersten Hauptverteiler der Telekom in Regensburg ans R-KOM-Netz gekoppelt. „Anfang 2025 bauen wir erste Erschließungsgebiete nach diesem Konzept aus und gehen gemeinsam in Betrieb“, kündigt Alfred Rauscher, Geschäftsführer der R-Kom, an. Dabei bleibt die R-KOM Eigentümerin der Netzinfrastruktur, die Telekom mietet die Fasern langfristig an.

Nach und nach rollen die Partner ihr Kooperationsmodell auch für die bereits mit Glasfasererschlossenen Gebiete in Regens-

burg aus. „In weiten Bereichen bietet das bestehende Netz ausreichend viele Glasfasern. Hier müssen wir nur die Verschaltungen ändern, damit die Telekom eine eigene Faser bekommt“, so Rauscher. Wo Fasern fehlen, wird nachverlegt. Das Investitionsvolumen von insgesamt rund 100 Millionen Euro von 2024 bis 2032 fließt zu rund 80 Prozent in den Neubau, zu rund 20 Prozent in die Aufrüstung des Bestandsnetzes.

„Wenn mit der Telekom und der R-KOM zwei Marktführer an einem Strang ziehen, dann kann das für Regensburg nur von Vorteil sein“, Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer zeigt sich erfreut über eine umfassende Kooperation der beiden Unternehmen beim Glasfaserausbau in Regensburg. „Dank der Zusammenarbeit kommen wir noch schneller ans Ziel von 100 Prozent Glasfaser. Wir vermeiden überflüssige Baustellen. Und die Bürgerinnen und Bürger können am Ende ihren Internet-Anbieter frei wählen“, zählt die Oberbürgermeisterin die wichtigsten Vorteile auf. □

Smarter Stadtreiniger:

Robo „Butty“ räumt in Köln mit Kippen auf

Digital X: Tech-Messe der Telekom zeigt Roboter für Stadtreinigung und mehr

Roboter Butty sammelt auf der Tech-Messe Zigaretten-Kippen. Der autonom fahrende Robo von Capra Robotics aus Dänemark ist ein Alleskönner. Er arbeitet auch in Industrie und Logistik. Der Roboter transportiert Paletten, stellt Pakete zu oder bewacht den Firmenzaun. Der geländegängige kleine Skandinavier prüft sogar Reben und sorgt für guten Wein in Hanglagen.

Der Roboter schleppt 100 Kilogramm Ladungen und zieht Lasten bis zu einer halben Tonne. Verschiedene Aufsätze wie Saugrüssel, Spritzdüse oder 3D-Kamera machen ihn zum Multitalent. Dafür sorgt auch Hightech im Hintergrund: Der Roboter fährt mit Echtzeit im IoT-Mobilfunk- und Satellitennetz der Telekom. Die Telekom hat dazu weltweit mit 600 Partnern Roaming-Verträge geschlossen. Unternehmen wie Intelsat oder Skylo ergänzen die Verbindung mit Satellitenfunk. Die autonome Technik nutzt so ein weltweites Netz zu Land, Wasser und in der Luft.

Die Industrie interessiert sich für Roboter besonders. Unternehmen optimieren ständig ihre Logistik in Produktion oder Lieferung. Bauteile müssen fließend an einer Fertigungs-Anlage ankommen. Sonst droht teurer Produktions-Stop. Und der Endkunde ist unzufrieden, wenn der Liefertermin nicht klappt. Robos wie Butty könnten eine Lösung sein. Denn gerade der Materialtransport in der Produktion kostet Zeit. Zwischen Maschine A und Maschine B sorgt heute noch viel teure Handarbeit für den Liefertermin.

Robos brauchen Präzision fürs Kippen-Aufsaugen

Neben nahtlosem Funk brauchen autonome Roboter eine präzise Ortung. Denn etwa gerade kleiner Müll macht der Stadtreinigung größte Mühe: Für einen Zigaretten-Stummel muss Butty genau auf den Vier-Zentimeter-Punkt steuern. Treffsicherheit braucht der Robo auch fürs Entleeren von Bürgersteigen. Das Satelliten-Navigationssystem GPS ist dafür nicht genau genug. Daher arbeitet die Deutsche Telekom mit dem Unternehmen Swift Navigation zusammen an hochgenauer Satellitennavigation. Ein KI-gestütztes Navigationssystem lässt den Robo in Echtzeit mit Kamertechnik auf engem Raum um Hindernisse herum manövrieren.

Butty navigiert sicher in der Cloud

Die Telekom orchestriert die komplexe Technik zusammen in der Cloud. Auf den Servern eines geschützten Rechenzentrums arbeiten Netz, KI und Navigation zusammen. Da die Technik in der Cloud liegt, greifen Support-Mitarbeiter über das Internet darauf zu. Das ermöglicht einen weltweiten Service.

beiten und unsere Expertise einbringen. Ich bedanke mich bei Staatsminister Albert Füracker sehr für die Unterstützung. Gemeinsam – Freistaat und Kommune – können wir die Digitalisierung voranbringen und so einen Mehrwert für die Menschen schaffen“, so König weiter.

Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0

Um die Digitalisierung der Kommunen im Sinne eines vollständig digital ablaufenden Verwaltungsprozesses weiter zu verbessern wurde im Frühjahr 2024 die Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 – bestehend aus Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie der Bayerischen Staatsregierung – gebildet. Gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der kommunalen Praxis erarbeitet die Zukunftskommission bis Ende des Jahres 2024 Bedarfe und Lösungsvorschläge unter anderem zu kommunalen Online-Diensten, zentralen IT-Infrastrukturen oder dem sicheren Einsatz künstlicher Intelligenz. Erste konkrete Maßnahmen werden so schnell wie möglich in die Umsetzung gebracht. □

Hallentore sind für Robos eine Herausforderung

Auch der Wechsel vom Teile-Lager draußen und Fertigung drinnen ist für Robos eine Herausforderung. Am manchmal engen Hallentor muss er besonders genau fahren, auch um Kollisionen von Mensch und Maschine zu vermeiden. Lars Hee Hansen, Chief Commercial Officer von Capra Robotics, sagt: „Zuverlässiges 4G und 5G, punktgenaue Positionierung und Kamera basierte Navigation zusammen sorgen für Präzision. Wir schließen so die Lücke zwischen Innen- und Außenlogistik. Unternehmen sparen so Zeit und Kosten.“ Dennis Nikles, Geschäftsführer Deutsche Telekom IoT GmbH, ergänzt: „Der Capra übernimmt selbstständig sich wiederholende Tätigkeiten. Das entlastet qualifizierte Arbeitskräfte in den Firmen.“

Abseits von Kosten und Zeiterparnis: Selbständig arbeitende Technik hat Vorteile für die Umwelt. In der Industrie sparen autonome Fahrzeuge reichlich Emissionen. Die EU will ihren CO2-Ausstoß bis 2030 um 55 Prozent senken. Deutschland muss dafür 262 Mio. Tonnen CO2 pro Jahr einsparen. Laut Digitalverband Bitkom lassen sich bis zu 58 Prozent kann dieser Einsparungen über Digitalisierung erreichen.

Roboter in der Stadtreinigung

Besonders deutlich wird der Umwelt-Effekt von Butty & Co. bei der Stadtreinigung: Zigarettenkippen etwa sind weltweit das am häufigsten weggeworfene Abfallprodukt.

Die WHO zählt jährlich 4,5 Billionen achtlos weg geworfene Zigaretten-Stummel. Jeder braucht 15 Jahre, bis er restlos zersetzt ist. Zigarettenfilter sind oft aus Plastik. Sie enthalten viele Schadstoffe und verseuchen Trinkwasser. In Köln kostet daher die auf den Asphalt gewegeworfene Kippe 50 Euro Strafe. Auf Spielplätzen oder in Grünanlagen werden ab 100 Euro fällig.

Kosten für die Entsorgung

Der Markt für autonome Roboter in der Stadtreinigung bekommt Schub. Die EU beteiligt die Hersteller von Einwegplastik per Richtlinie an den Kosten für die Entsorgung. Tüten, Becher oder Zigarettenfilter: Die Sonderabgabepflicht für die meisten Kunststoff enthaltenden Einweg-Produkte wird in Deutschland 2025 wirksam. Forscher schätzen, dass die Abgabe der öffentlichen Hand jährlich bis zu 450 Millionen Euro bringt. □

Innovative Datenlösungen für die Wasserwirtschaft

AKDB und OOWV gründen die smart data worx

Die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) und der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband (OOWV) haben die gemeinsame Tochtergesellschaft smart data worx GmbH gegründet. Ziel dieser Kooperation ist die Entwicklung datenbasierter Lösungen zur nachhaltigen und klimaangepassten Nutzung von Wasserressourcen.

Die smart data worx GmbH wird Datenintelligenz zur Optimierung von Wasserressourcen einsetzen. Ziel ist es, einen Beitrag zur nachhaltigen Wasserwirtschaft zu leisten und eine führende Rolle in der datengetriebenen Wasserwirtschaft einzunehmen. Dabei profitiert das neu gegründete Unternehmen vom Know-how der AKDB-Tochter roosi GmbH, die auf Data Intelligence spezialisiert ist, sowie von der Expertise der Niedersächsischen Wasser, einer Tochter des OOWV. Die Kooperation vereint Fachwissen aus dem öffentlichen und privaten Sektor, um Lösungen für Wasser- und Klimaherausforderungen zu entwickeln.

Technische Lösungen für Kommunen

Die smart data worx GmbH wird Kommunen und Wasserunternehmen verschiedene technologische Lösungen anbieten. Dazu gehören der „water spot 360“, ein IoT-getriebener Dataspace für das Wassermanagement, der „SubsurfaceViewer“, eine Plattform für geologische Analysen und Modelle, sowie der „Climate Manager“, der Kommunen und Unternehmen bei der Entwicklung von Klimaschutzkonzepten unterstützt. Zudem werden Smart-City- und IoT-Lösungen zur Überwachung von Wasserressourcen und zur Optimierung der Infrastruktur angeboten.

Geschäftsführer der smart data worx GmbH sind Lars Friebe, Bereichsleiter Personal, Recht, IT und Organisation des OOWV, und Ralf Pichl, General Manager der roosi GmbH. Das Produktangebot der smart data worx gehört zum Lösungsportfolio der Smart Data Services der AKDB-Gruppe.

„Wasser ist eine der wichtigsten Ressourcen für die Zukunft. Durch Datenintelligenz können wir Wasser effizienter nutzen und besser schützen“, so Rudolf Schleyer, Vorstandsvorsitzender der AKDB. „Die smart data worx wird dazu beitragen, den Umgang mit Wasserressourcen zu verbessern.“

„Wasser ist das wesentliche Element bei der Klimafolgenanpassung. Datenbasierte Lösungen spielen eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung der Herausforderungen des Klimawandels“, erläutert Lars Friebe. „Ökologisch und ökonomisch sinnvolle Datenlösungen sparen Ressourcen, erhöhen die Effizienz und ermöglichen bessere Entscheidungen auf datenbasierter Grundlage“, ergänzt Ralf Pichl.

Mehr Informationen zu smart data worx unter: www.smart-dataworx.com. □

Bayern setzt auf Digitale Bürgersprechstunden

Füracker besucht ACP IT Solutions AG in Regensburg

„Die Digitalisierung ist der Schlüssel zu noch mehr Bürgernähe für Bayerns Kommunen! Virtuelle Bürgersprechstunden sind ein effektiver Weg für die Bürgerinnen und Bürger, um schnell, einfach und direkt mit den kommunalen Verwaltungen in Kontakt zu treten – ohne lange Anfahrtswege und Warteschlangen! Erfahrungen aus der unternehmerischen Praxis bei digitalen Angeboten für Kommunen sind wichtige Impulse für die Arbeit unserer Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0. Der Freistaat und seine Kommunen benötigen die Innovationskraft der Wirtschaft zur Entwicklung neuer Anwendungen, um Bayerns Verwaltung in der Fläche noch schneller, bürgerfreundlicher und ohne Medienbrüche durchgängig digital aufzustellen! Die ACP IT Solutions AG bietet mit ihrem „virtuellen Bürgerbüro“ einen interessanten Ansatz, um Behördengänge per Videokonferenz direkt über die Homepage der jeweiligen Behörde zu erledigen. Vielen Dank für dieses wichtige Engagement und den interessanten Austausch!“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker im Rahmen seines Besuchs bei der ACP IT Solutions AG in Regensburg.

Die ACP IT Solutions AG entwickelt maßgeschneiderte Lösungen für Unternehmen, Behörden und Organisationen jeder Größe. Das Produkt „virtuelles Bürgerbüro“ ist eine individuell auf Kommunen zugeschnittene Softwarelösung, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, durch eine personalisierte Videokonferenz Behördengänge virtuell durchzuführen. □



v.l. Thilo Höllen, Leiter Breitbandkooperationen bei der Telekom, Gertrud Maltz-Schwarzfischer, OB Regensburg und Alfred Rauscher, Geschäftsführer R-Kom. Bild: Telekom

#Digitales Bayern 5.0

Füracker und König: Nürnberg Vorreiter bei Künstlicher Intelligenz im Bürgerservice

„Ob bei der Baufallerkundung in der Vermessungsverwaltung oder unseren Risikomanagementsystemen in der Steuerverwaltung: KI ist aus dem Arbeitsalltag des Finanzressorts bereits seit langem nicht mehr wegzudenken. Dank zahlreicher innovativer Projekte sind auch Bayerns Großstädte Vorreiter beim Einsatz modernster Technologien, von denen die Bürgerinnen und Bürger bereits heute profitieren können. Mit unserer Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 schaffen wir jetzt den notwendigen Rahmen, damit die vielen Vorteile künstlicher Intelligenz bei allen Gemeinden ankommen! Bayernweit gedacht bietet ein verantwortungsbewusster und effektiver KI-Einsatz eine unschätzbare Chance, um die Verwaltungen vor Ort flächendeckend noch digitaler, bürgerfreundlicher und bürokratieärmer aufzustellen. In der Zukunftskommission werden im engen Austausch zwischen Freistaat und Kommunen wertvolle Erfahrungen und mögliche Synergien deutlich sichtbar! Ein herzliches Vergelt's Gott an Oberbürgermeister Marcus König und alle Beschäftigten der Stadt Nürnberg für ihr vorbildliches Engagement!“, so Finanz- und Heimatminister Albert Füracker über den Austausch in Nürnberg.

Die Stadtverwaltung in Nürnberg betrachtet Digitalisierung nicht als Selbstzweck, sondern hat sich zum Ziel gesetzt, nur Prozesse zu digitalisieren, die vorher optimiert und bürgerfreundlich neu gedacht wurden.

Messbarer Erfolg

Das hat in Nürnberg bereits zu messbaren Erfolgen geführt: Mit zahlreichen Online-Diensten wurde ein sehr breites Angebot erarbeitet, das viele Menschen erreicht und sie bei der Erledigung von Angelegenheiten mit der Stadtverwaltung unterstützt. Die Stadt pilotiert Chatbots und erprobt KI beim Einsatz von Vollständigkeitsprüfungen bei Antragsunterlagen. Roboter transferieren standardisierte Daten in Fachverfahren und beschleunigen dadurch die Sachbearbeitungen.

Oberbürgermeister Marcus König betont: „Diese Themen liegen mir persönlich am Herzen, deswegen habe ich das Thema Digitalisierung zur Chefsache erklärt und in der Stadtverwaltung hierfür einen eigenen Bereich – Bürgerservice, Digitalisierung und Recht – ins Leben gerufen. Wir haben heute wieder festgestellt: Es gibt noch viel zu tun, aber die bisher erreichten Ergebnisse können sich sehen lassen.“

Fachkräftemangel und demografischer Wandel

Herausforderungen wie Fachkräftemangel und demografischer Wandel können in der Zukunft durch den Einsatz neuer Technologien abgefedert werden. „Die Zukunftskommission ist ein hervorragendes Format, an dem wir gerne aktiv mitar-

Bayerischer Datenschutzbericht 2023:

Vielschichtige Fragestellungen

Mit der Beratung in Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene, Beiträgen zu Anfragen bayerischer öffentlicher Stellen sowie Erkenntnissen, die bei der Bearbeitung von Bürgerbeschwerden gewonnen werden konnten, beschäftigt sich schwerpunktmäßig der vom bayerischen Landesbeauftragten für Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, erstellte Tätigkeitsbericht 2023.

Im allgemeinen Datenschutzrecht setzte sich Petri etwa mit der grundsätzlichen Frage des Personenbezugs sowie den Folgen des Angemessenheitsbeschlusses zum EU-U. S. Data Privacy Framework für Verantwortliche des bayerischen öffentlichen Sektors auseinander. Hinweise zu Datenpannen bei der Excel-Nutzung, zum Umgang mit der Windows-Telemetriekomponente sowie mit der automatisierten Rechtschreibkorrektur bei Webbrowsern sollen dabei helfen, den Büroalltag in bayerischen Verwaltungen datenschutzkonform zu gestalten.

Was die Allgemeine Innere Verwaltung betrifft, so wurde die jüngste Kommunalrechtsnovelle kritisch begleitet. Bei den neuen Vorschriften für das Streaming von Bürgerversammlungen sowie von Gremiensitzungen konnte der Datenschutzbeauftragte „in konstruktiver Zusammenarbeit mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration klare datenschutzrechtliche Verbesserungen erreichen“. Dagegen sei es ihm nicht gelungen, die Abschaffung der erst vor wenigen Jahren gefundenen, deutschlandweit vorbildlichen

bayerischen Regelung zum Einsatz elektronischer Wasserzähler zu verhindern. Beschäftigt haben ihn daneben viele kleinere datenschutzrechtliche Fragen wie etwa die automatisierte Kennzeichenerfassung beim Kameraparken oder das öffentliche „Hinhängen“ einer kritischen Bürgerin in einer Gemeinderatssitzung.

Da die Datenschutzaufsicht auch die Verarbeitung personenbezogener Daten in öffentlichen Registern erfasst, kann Petri die Einhaltung zahlreicher Vorgaben des Melderechts sowie des Fahrzeugregisterrechts überprüfen. So hat er nicht nur die Nutzung des Melderegisters für die Einladung zum Kinderfest einer politischen Partei förmlich beanstandet, sondern auch festgestellt, dass eine bayerische Metropole nicht berechtigt war, das Fahrzeugregister als „Adressquelle“ zu verwenden, um Halter von Kraftfahrzeugen mit Dieselmotor über mögliche Fahrverbote zu informieren.

Vielschichtig waren im Jahr 2023 die Fragestellungen, die der oberste Datenschützer im Personaldatenschutz zu bewältigen hatte. Bei der Begleitung

von dienstrechtlichen Gesetzgebungsverfahren etwa hatten Petris Bemühungen, ein Mitbestimmungsrecht des Personalrats bei der Benennung und Abberufung des behördlichen Datenschutzbeauftragten sowie datenschutzrechtliche Vorgaben für die Übermittlung von Untersuchungs- oder Beobachtungsbefunden im Rahmen der Unfallfürsorge zu etablieren, nun endlich Erfolg. Zu einer Art datenschutzrechtlichem Vexierspiel habe sich das Störfallmanagement des 2023 eingeführten Dienstradprogramms „JobBike Bayern“ entwickelt. Auch hier konnten schließlich praktikable, gleichwohl datenschutzkonforme Lösungen gefunden werden.

Petris Prüfungs- und Beratungstätigkeit gab zudem Anlass, die Rahmenbedingungen für den Umgang mit den Kontaktdaten von Beschäftigten fortzuentwickeln. Bei der „Stufenvorweggewährung“, einem tarifrechtlichen Instrument zur Bindung qualifizierter Fachkräfte, konnte die konsequente Anwendung von Datenschutzrecht sogar zu einer Verwaltungsvereinfachung beitragen.

Verbesserungen des Datenschutzes bei Schulen und Hochschulen wurden in gleich zwei Gesetzen erreicht: In das Bayerische Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen fand laut Petri ein voraussetzungsloses Widerspruchsrecht in Bezug auf Datenübermittlungen von Schulen an die Agenturen für Arbeit Aufnahme und im Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz wurde die Zweckbindung von Schülerdaten bei der Abrechnung von Gast-

Cybersicherheit:

„KI-Einsatz zur Optimierung dringend notwendig“

Allein durch Cyberkriminalität ist in den vergangenen zwölf Monaten in Deutschland ein Schaden von rund 267 Milliarden Euro entstanden. „Das ist ein trauriger Rekord und ein massiver Schaden für unsere Unternehmen. Im Vergleich zum Vorjahr haben die Schäden um 29 Prozent zugelegt und der Anstieg in den kommenden Monaten dürfte wachsen“, kommentierte der Hauptgeschäftsführer der vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V., Bertram Brossardt, eine BITKOM-Studie auf einem Kooperationskongress mit den Verbänden BVSU – Bayerischer Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V., Bundesverband der Sicherheitswirtschaft BDSW, ISU – Interessengemeinschaft Selbständiger, Unternehmer und freiberuflich Tätiger e. V., Secure.Bayern e. V. und der vbw.

In einer seit 2019 durchgeführten vbw Umfrage zu internationalen Risiken für bayerische Unternehmen belegt Cyberkriminalität mittlerweile den dritten Platz, hinter Fachkräftengruppen und strukturellen Kostensteigerungen. „Das Risiko, Opfer krimineller Cyberattacken zu werden, ist gerade für kleine und mittelständische Betriebe groß: Sie verfügen in der Regel über weniger Schutz als große Unternehmen und sind dadurch leichter verwundbar“, betonte Brossardt und fügte hinzu: „Cyberkriminelle nutzen viel aktiver den technischen Fortschritt, um ihre Angriffe effektiver zu machen. Hier kommt insbesondere die Künstliche Intelligenz (KI) ins Spiel, die die Entwicklung von schädlicher Software weiter beschleunigt. Hier gilt es für die Unternehmen mehr eigene KI-Einsätze zu nutzen.“

Mehr Prävention nötig

Die vbw mahnt angesichts der zunehmenden Bedrohung durch Cyberkriminalität zu mehr Prävention durch Cybersicherheit. „Wir müssen technologisch auf dem neuesten Stand sein und die Verteidigung gegen kriminelle Machenschaften ganzheitlich denken“, so Brossardt.

Alexander Borgschulze, Vorstandsvorsitzender, Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. – ASW Bundesverband, erklärte: „Der Wirtschaftsschutz in deutschen Unternehmen ist komplex und vielschichtig. Durch en-

ge Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft wird die Resilienz unserer Wirtschaft gestärkt. Es liegt an uns, wachsam zu bleiben und in eine sichere Zukunft zu investieren, um die deutsche Wirtschaft stark und widerstandsfähig zu halten.“

Laut Johannes Strümpfel, stellvertretender Sicherheitschef der Siemens AG, „sind Bedrohungen nur dann relevant für uns, wenn sie die verlässliche Verfügbarkeit wichtiger Ressourcen tangieren – seien es Infrastrukturen wie IT-Systeme, Produktionsanlagen oder Gebäude, seien es Lieferanten und Lieferketten, Produkte, Energie und Rohstoffe, Mitarbeiter und Kunden oder einfach die Ressource verlässlicher Informationen.“

Sicherheitsstrategien anpassen

Dr. Sandra Kreitner, Vizepräsidentin, Gesellschaft für Krisenvorsorge (GfKV), fügte abschließend hinzu: „Der Bayerische Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSU) bietet eine neu entwickelte Lehrgangreihe, die darauf ausgerichtet ist, die Unternehmenssicherheit in Anbetracht der Risiken durch Klimawandel und geopolitische Entwicklungen zu stärken. Angesichts von Sturzfluten, Sabotage und Cyberangriffen müssen Unternehmen ihre Sicherheitsstrategien anpassen, um auch bei Lieferkettenunterbrechungen und Versorgungsengpässen langfristig als zuverlässige Leistungserbringer wettbewerbsfähig zu bleiben.“

GZ

KOMMUNAL-



In Kooperation mit der Datev eG

ABC Arbeitsplatz Kommune: Die Zeichen stehen auf Cloud

Die Gesetzgebung setzt zunehmend auf Online-Strategien. Aktuelle Beispiele dafür sind das Onlinezugangsgesetz und die E-Rechnung. Um die mit der zunehmenden Digitalisierung verbundenen Anforderungen zu bewältigen, brauchen Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen vernetzte und flexible Software – und die kommt heute aus der Cloud.

Cloud-Lösungen funktionieren unabhängig von Ort und Zeit und können die Effizienz erheblich steigern. Ein gutes Beispiel dafür liefert der Bereich Haushaltsplanung. Bei der dafür verfügbaren Software von DATEV sorgt das ein Online-Planungstool Webplanung für die performante und sichere Erfassung planungsrelevanter Informationen. Von wo aus die Mitarbeiter auf das Werkzeug zugreifen, spielt keine Rolle. Die erfassten Planbereiche stehen anschließend dem Kämmerer in der Haushaltsplanung sofort zur Verfügung und können mit einem Klick in die zentrale Planung übernommen werden.

Cloud-Lösungen unterstützen bereits in vielen Bereichen

Ebenfalls von den Vorteilen der Cloud können Anwender im Umfeld der Veranlagungssoftware profitieren. Hier bietet die Lösung Messbescheidverwaltung eine Übersicht über die bereitgestellten GewSt-Messbescheide. Al-

le für die Veranlagung relevanten Daten inklusive der Erläuterungstexte werden pro Gewerbesteuerobjekt übersichtlich im Browser dargestellt. Im Gegensatz zur alten Papierakte ist der Zugriff auf die Daten jederzeit möglich.

Ein weiterer Cloud-Service unterstützt im Bereich Haushalt und Budget. Unterschiedliche grafisch aufbereitete Diagramme können damit als externe Dokumente in den Haushalt integriert werden. Im Zusatzmodul Budgetsteuerung lässt sich über in den Arbeitsoberflächen integrierte Dashboards auf einen Blick erkennen, was gerade in der eigenen Organisation passiert und was zu tun ist. Drilldown-Funktionen machen es möglich, Mittelherkunft und Mittelverbrauch exakt nachzuvollziehen.

Wegweiser auf dem Weg in die Cloud

Um Kommunen und kommunalen Unternehmen den Einstieg in die Welt der Cloud-Nutzung zu erleichtern, bietet DATEV den Public Sector Cloud-Kompass an. Übersichtlich und anschaulich aufbereitet informiert er über alle verfügbaren DATEV-Cloud-Anwendungen, deren Anwendungsbereiche und den konkreten Mehrwert, den die jeweilige Nutzung bringt. Dabei deckt er alle relevanten Bereiche ab, von den nötigen Voraussetzungen über die Bestellung bis hin zur Einrichtung. Erreichbar ist der DATEV Public Sector Cloud-Kompass unter www.datev.de/public-sector-cloud.

schulbeiträgen gestärkt. Im Zusammenhang mit der Masernimpfpflicht beschäftigten den Datenschutzbeauftragten mehrmals Beschwerden, die Weitergaben ärztlicher Atteste von Schulen an Gesundheitsämter betrafen.

Überdies befasste sich Petri beispielsweise mit der daten-

schutzgerechten Gestaltung von Bürgerbüros, der Nutzung nicht dienstlich administrierter E-Mail-Accounts im dienstlichen Kontext oder mit dem Verlust einer Patientenakte. Er beriet zahlreiche Verantwortliche zu Datenschutz-Folgenabschätzungen und beteiligte sich an der Gremienarbeit zur

Anonymisierung und Pseudonymisierung sowie zum KI-Einsatz in der medizinischen Forschung. Auch gingen über den Berichtszeitraum beim obersten bayerischen Datenschützer erwartungsgemäß wieder hunderte Meldungen von Datenpannen ein, denen nachzugehen war. DK

AKDB
Kommunalforum



10. Oktober 2024 | München

digital. einfach. machen.

Innovative Lösungen, inspirierende Impulse und intensiver Austausch: Die Veranstaltung des Jahres für alle, die kommunale Zukunft gestalten.



Jetzt anmelden!
www.akdb.de/kommunalforum



V.l.: BdSt-Viszpräsident RA Klaus Grieshaber, BdSt-Präsident Rolf Baron von Hohenhau, Staatsminister Eric Beißwenger, Preisträger Frank Obrist, RAin Maria Ritch, BdSt-Vizepräsidentin, Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau, Michael Jäger, Präsident Europäischer Steuerzahlerbund sowie der Lindauer Landrat Elmar Stegmann.

Bild: BdSt in Bayern/Rudolf Maier

Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler Bayern e. V.:

Nachhaltige Energieversorgung und Mobilität durch Innovationen

Mit dem Kreativpreis des Bundes der Steuerzahler Bayern e.V. wurde während einer Festveranstaltung im Obrist-Kreativzentrum in Lindau Frank Obrist, Gründer und Vorsitzender der OBRIST Group, ausgezeichnet. Damit werde das besondere Engagement des Preisträgers und seines Unternehmens in der Forschung und Entwicklung für eine nachhaltige Energieversorgung und Mobilität gewürdigt, so Rolf von Hohenhau, Präsident des bayerischen Steuerzahlerbundes.

In Grußworten und Laudationes würdigten Lindaus Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons sowie MdL Eric Beißwenger, Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales in Bayern sowie Prof. Dr. Gregor Kirchhof, Direktor des Instituts für Wirtschafts- und Steuerrecht an der Universität Augsburg den Preisträger. Im abschließenden Expertengespräch unter Leitung von Dipl.-Kfm. Michael Jäger, Prä-

sident Steuerzahlerbund Europa TAE, diskutierten die Podiumsteilnehmer über „Sub-Zero-Emission – Wie wir bessere Rahmenbedingungen für nachhaltige Entwicklungen schaffen und globale Probleme durch Forschung und Entwicklung lösen“.

Hochinnovative Lösungen

Der Luft wird durch die Nutzung von Sonnenenergie bei der

Erzeugung von Methanol mehr CO2 entzogen, als dann im Verbrennungs- bzw. Energiegewinnungsprozess wieder emittiert wird. Die technisch hochinnovativen Lösungen der Firma von Obrist – aFuel und HyperHybrid – sind in mehrfacher Hinsicht bahnbrechend und haben sogar das Potenzial für ein weltweites Rollenmodell, um einerseits den Klimawandel effektiv zu bekämpfen und andererseits individuelle Mobilität und unsere Energieversorgung zu sichern – all dies zu marktfähigen Preisen. „Obrist ist mit seinen visionären Erfindungen ein Architekt für eine grüne Zukunft“, führte von Hohenhau weiter aus.

Es sei eine Illusion zu glau-

ben, dass man durch Verbote und Vorschriften eine bezahlbare Energieversorgung sicherstellen und gleichzeitig den Klimawandel bekämpfen könne. „Wir sehen es für Europa als nicht zielführend an, wenn die Politik einseitige (technologische) Festlegungen trifft, die dann zudem noch horrenden Kosten und Ausgaben auslösen“, so Hohenhau. Denn der Rest der Welt werde diesem Ansatz nicht folgen. Europa würde nur noch weiter an Wettbewerbsfähigkeit verlieren. Das entstehende Angebotsvaku- um durch Wegfall der Anbieter aus der EU würde dann von anderen Ländern wie China ausgefüllt. Deswegen fordert der Steuerzahlerbund von der EU-Kommission ein klares Bekenntnis zur Technologieoffenheit sowie eine umfassende Gesetzesfolgenkostenabschätzung und Effizienzprüfung von Entscheidungen. „Zudem sehen wir individuelle Mobilität als Grundrecht der Menschen und Unternehmen an“, so Jäger.

Präsident Hohenhau versicherte: „Obrist ist durch seinen aktiven Problemlösungsbeitrag für uns ein mehr als würdiger Preisträger. Die Preisverleihung ist für den Steuerzahlerbund aber nur ein Auftakt. Wir wollen Brüssel und der EU-Kommission sowie der ganzen Welt zeigen, was heute schon technisch möglich ist, um den Klimawandel effizient zu bekämpfen und wie wir dabei gleichzeitig eine nachhalti-

ge Energieversorgung sicherstellen können.“

Bessere Rahmenbedingungen schaffen

Für den Steuerzahlerbund ist der Preisträger ein Musterbeispiel für die Innovationskraft von Unternehmen. „Es sind Unternehmen, die durch ihre Forschung und Entwicklung sowie

ihre Innovationen Probleme lösen und damit einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, unsere Zukunft und unseren Wohlstand zu sichern. Wir brauchen deshalb bessere Rahmenbedingungen für mehr Forschung und Entwicklung in Europa. Dazu gehört auch eine klare Wertschätzung des Unternehmertums seitens Politik und Öffentlichkeit.“

Gemeinsamer Appell:

Deutschland muss eine einheitliche Strompreiszone bleiben!

Die deutschen Industrie- und Handelskammern (IHKs) der Landeskammern Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland, die Übertragungsnetzbetreiber Amprion und TransnetBW sowie der Wirtschaftsbeirat Bayern sprechen sich entschieden gegen eine Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszone aus. In einem gemeinsamen Appell fordern sie eine einheitliche Positionierung aller Bundesländer und unterstreichen die Bedeutung einer einheitlichen Strompreiszone für die deutsche Wirtschaft, insbesondere im Kontext der Energiewende.

Die Diskussion um die Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszone wurde durch den „Bidding Zone Review“ der EU-Elektrizitätsverordnung initiiert. Diese Überprüfung soll die Effizienz und Stabilität der Strommärkte in Europa gewährleisten. Allerdings kritisieren die IHKs und ihre Partner die Methodik dieser Überprüfung, da sie den fortschreitenden Netzausbau in Deutschland aus ihrer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt.

Ruf nach zeitnahen Gesprächen

Eine einheitliche Strompreiszone ist laut den IHKs und ihren Partnern essenziell für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Sie argumentieren, dass stabile Rahmenbedingungen notwendig sind, um die Klimaziele Deutschlands und der EU zu erreichen. Die Unterzeichner appellieren an die Bundesregierung, sich auf EU-Ebene für den Erhalt einer einheitlichen Strompreiszone stark zu machen. Sie fordern zeitnahe Gespräche mit den Ländern und der EU-Kommission, um eine gemeinsame Position zu finden, die die Interessen der deutschen Wirtschaft und die Bedeutung einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung in den Vordergrund stellt.

Eine Umsetzung der Aufteilung der Bundesrepublik in mehrere Strompreiszone bedürfte eines enormen Vorbereitungs- und Realisierungsaufwands, der sich über mindestens drei bis fünf Jahre nach einem entsprechenden Beschluss hinziehen

würde. Innerhalb dieser Jahre werden aber nach Aussage der zuständigen Übertragungsnetzbetreiber Amprion, TenneT, TransnetBW und 50Hertz relevante HGÜ-Vorhaben in Betrieb genommen. Hierzu zählten der SuedOst- (Inbetriebnahme Ende 2027) und SuedLink (Inbetriebnahme Ende 2028) sowie das Projekt A-Nord/UltraneT (Inbetriebnahme 2026/2027). Außerdem würden weitere wichtige Wechselstrom-Verbindungen und Interkonnektoren fertiggestellt und damit die kritisierten Engpassituationen in Deutschland reduziert. Der Übertragungsnetzbetreiber Amprion beziffert das Einsparpotenzial allein durch die Inbetriebnahme von A-Nord/UltraneT auf 1 Mrd. Euro pro Jahr.

Netzausbau entscheidend für europäische Systemstabilität

„Außerdem würde bereits die Ankündigung einer solchen Aufteilung die Akzeptanz für den Übertragungsnetzausbau im ganzen Land beeinträchtigen; denn die Kritiker des Ausbaus könnten behaupten, dass die Beseitigung von Netzengpässen aufgrund des neuen Strompreiszonenzuschnitts nicht mehr notwendig oder zumindest nicht mehr ganz so dringlich sei“, heißt es weiter. Der Netzausbau im Übertragungsnetz sei jedoch unabhängig vom gewählten Strompreiszonenzuschnitt von entscheidender Bedeutung für die deutsche sowie die europäische Systemstabilität und das Erreichen der nationalen wie euro-

päischen Klimaziele. Daher gelte es, eine Beeinträchtigung der Akzeptanz und damit Probleme bei der Realisierung dieser wichtigen Netzevorhaben zu vermeiden.

„Bereits die Ankündigung einer Aufteilung Deutschlands in mehrere Strompreiszone würde aber auch die Investitionssicherheit und damit die so wichtige Investitionsbereitschaft der Industrie schwächen“, führen die Unterzeichner weiter aus. Dies gelte sowohl für den konventionellen Kraftwerksbau als auch für erneuerbare Erzeuger.

So würden im Norden die Anlagen Erneuerbarer Energien aufgrund des dort niedrigeren Marktpreises weniger profitabel, so dass etwa der für die Energiewende so wichtige Ausbau von Offshore-Windkraftwerken ins Stocken geriete. Zum anderen müsste die stromverbrauchende Industrie mit deutlich höheren Marktpreisen zurechtkommen. Da die Strompreise in Deutschland für die Wirtschaft im internationalen Vergleich bereits zu den höchsten weltweit zählen, wäre eine weitere Steigerung für die Wirtschaft und vor allem für deren energieintensive Industrie nicht mehr zu verkraften.

Aufgrund der engen innerdeutschen wirtschaftlichen Verflechtungen würde aber keineswegs nur die süddeutsche Industrie, sondern auch die norddeutsche Wirtschaft darunter leiden. Dann würden betroffene stromintensive deutsche Unternehmen ihre Investitionen unterlassen oder aber ins europäische und außereuropäische Ausland verlegen. Vor dem Hintergrund der derzeit ohnehin gegebenen Wirtschafts- und Investitionsschwäche hierzulande wäre ein solcher Schritt nicht nur für Deutschland, sondern auch für ganz Europa wirtschaftlich schädlich, heißt es abschließend.

DK

Sauber aufg'stellt!

Mit regionaler Stromerzeugung, Wasserstoff und Elektromobilität zur Energiewende.

esb.de

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

© Martin Bolle

VKU-Stadtwerkekongress in Hannover:

Lösungen der Energie- und Wärmewende

Mehr als 700 Expertinnen und Experten aus ganz Deutschland trafen sich in Hannover, um beim VKU-Stadtwerkekongress über Herausforderungen und Lösungen der Energie- und Wärmewende zu beraten. Weitere Themenschwerpunkte waren Digitalisierung, IT-Sicherheit, Geschäftsmodelle der Zukunft sowie die Verleihung des Stadtwerke Awards 2024. Als Gastgeberin fungierte auch heuer die enercity AG, bundesweit eines der größten kommunalen Energieunternehmen.

Wie VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing ausführte, „zeigt Hannover als Paradebeispiel, wie man bei der Wärmewende spürbar vorwärtskommen kann. Auch weil die Zusammenarbeit des kommunalen Versorgers mit der Stadt hervorragend ist. Die kommunale Ebene allein kann es aber nicht richten. Energiepolitisch brauchen wir zeitnahe Entscheidungen zu Gesetzen und Verordnungen, um weiter ins Machen zu kommen. Was die Bundesregierung diesen Herbst nicht aufs Gleis bringt, kommt in dieser Legislaturperiode auch nicht mehr und bremst die Energiewende bis 2026 aus.“

Stadtwerke, so Liebing, benötigten Rechtssicherheit, um Energiewende-Projekte planen und entsprechend investieren zu können. Die aktuelle Ungewissheit aber hemme Investitionen. Als Beispiel nannte er den 9 Milliarden Euro-Kürzungsbedarf im Klima- und Transformationsfonds. Dies sei ein Viertel des gesamten Volumens, was den Fonds per se in Frage stelle. „Dieser Griff in die Klimakasse verhindert Planungs- und Investitionssicherheit, die

wir dringend brauchen. Das betrifft etwa das BEW-Förderprogramm für den Fernwärmeausbau, das schon jetzt hoffnungslos unterfinanziert wird. Und das betrifft auch die Kraftwerksstrategie, mit deren Hilfe neue H2-ready-Gaskraftwerke zur Sicherung der Energieversorgung bei Dunkelflauten gebaut werden sollen.“

Im Klima- und Transformationsfonds seien zu ihrer Umsetzung lediglich 250.000 Euro für 2025 und ab dann nicht einmal mehr Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen. Dabei werde der Gesamtförderbedarf für die geplanten Kapazitäten auf eine zweistellige Milliardensumme geschätzt. „Bei dieser Summe stellen wir uns die Frage, wie ohne gesicherte Finanzierung in den kommenden Jahren Ausschreibungen stattfinden sollen“, betonte der VKU-Hauptgeschäftsführer.

enercity-CEO Aurélie Alemany zeigte sich überzeugt, „dass wir als Unternehmen mit kommunalen Wurzeln einen großen Hebel haben, um die Energiewende weiter zu treiben“. Dabei komme es auch auf das gute Zusammenspiel zwischen dem kommunalen

Energieunternehmen und der Kommune an. Hannover könne hier als Blaupause dienen: „Bei der Wärmewende setzen wir gemeinsam mit der Landeshauptstadt Maßstäbe und sind ein echter Leuchtturm: Der Kohleausstieg befindet sich bereits in der Umsetzung. Dank eines intelligenten Technologiemixes mit ausschließlich erneuerbaren Anlagen ist die Fernwärme bis 2035 vollständig dekarbonisiert. Wir verdoppeln parallel die Länge des Netzes und bieten außerhalb der Fernwärme mit Wärmepumpen und Nahwärmenetzen klimaneutrale Lösungen.“

Mobilitätswende

Auch bei der Mobilitätswende gehe das Unternehmen voran: „Wir haben Hannover unter den deutschen Großstädten zum Spitzenreiter in Sachen Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität gemacht und bringen unsere Expertise nun auch bundesweit im Rahmen des Deutschlandnetzes ein. Zudem sind wir Frontrunner bei den Erneuerbaren und zählen schon heute zu den größten Wind-Onshore-Betreibern Deutschlands. Der Investitionsbedarf ist allerdings erheblich.“

Allein enercity plant laut Alemany, Milliarden in die Transformation des Energiesystems zu investieren. Ein verlässlicher und kosteneffizienter Investitionsrahmen etwa für den Hochlauf der

Erneuerbaren, aber auch die Wärmewende, sei dafür unerlässlich: „Wir sind der Überzeugung, dass alles vorhanden ist, was es für die Energiewende braucht. Jetzt geht es darum, die Technologien intelligent in einem digitalen Ökosystem zu vernetzen, damit die Energiewende nicht teuer wird als nötig. Denn: Damit wir die Menschen mitnehmen, brauchen wir transparente und bezahlbare Preise. Die Energiewende funktioniert nur, wenn alle in der Lage sind, mitzumachen.“

Dr. Karin Thelen, Geschäftsführerin Regionale Energiewende, Stadtwerke München GmbH, unterstrich die Bedeutung der schnellen und effizienten Umsetzung der Wärmewende. Sie hob hervor, wie wichtig eine frühzeitige Planung und Orientierungshilfe sind, um die Energiewende erfolgreich voranzutreiben. Die Bürgerinnen und Bürger müssten frühzeitig und umfassend informiert und einbezogen werden. Die Wärmewende erfordert aus Thelens Sicht „Mut, Offenheit und Entschlossenheit von allen Beteiligten in Gesellschaft, Politik und Unternehmen“. Transformation bedeute, sich ganz neuen Fragen zu stellen und sich mit Unbekanntem auseinanderzusetzen. „Wir müssen Pionierarbeit leisten, denn vieles, was wir morgen brauchen werden, ist heute noch nicht vorhanden.“

Stadtwerke Award 2024

Der VKU-Stadtwerkekongress diente auch als feierlicher Rahmen für die Vergabe des „Stadtwerke Award 2024“. Ausgezeichnet wurden die Stadtwerk Haßfurt GmbH, die SWM Services GmbH (München) und die EWR AG (Worms). Die Gewinner setzten sich mit Pilot- und For-

schungsprojekten in den Bereichen Energiemanagement, Digitalisierung und Nachhaltigkeit durch.

Nach den Ausführungen von VKU-Hauptgeschäftsführer Liebing „sind die Gewinnerprojekte ein gutes Beispiel dafür, wie sich kommunale Unternehmen in der dynamisch verändernden Energiewirtschaft behaupten. Das insgesamt starke Bewerberfeld beweist mit seinen Ideen und Projekten, dass der Innovationsgeist kommunaler Unternehmen ungebrochen ist. Das ist ein entscheidender Faktor für die kommenden Jahre, in denen die neue Energiewelt gleichermaßen auf Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Preisstabilität ausgerichtet werden muss. Ich freue mich, dass gerade die Stadtwerke hier vorangehen.“

Mit dem „Pilotprojekt für eine Haßfurter Energiegemeinschaft - e-CREW“ belegte die Stadtwerk Haßfurt GmbH den ersten Platz. Die unterfränkische Kreisstadt Haßfurt produziert bilanziell doppelt so viel Energie aus erneuerbaren Quellen, wie sie selbst verbraucht. Wegen dieser hohen Produktion und des relativ geringen Verbrauchs durch etwa 9.000 Haushalte und einige wenige Großabnehmer besteht ein erhöhtes Risiko für Netzengpässe. Um dem entgegenzuwirken, soll der lokale und regionale Eigenverbrauch gesteigert und ein generelles Umdenken bei den Verbrauchern angeregt werden.

Im Rahmen des Pilotprojekts „eCREW“ schließen sich jeweils neun bis elf Haushalte in zehn Gruppen zusammen, um gemeinsam die Nutzung von Stromerzeugung- und Batteriespeicherkapazitäten zu simulieren und die Energieeffizienz sowie die Ausgaben zu optimieren. Das Hauptziel

besteht darin, passive Verbraucher zu aktiven Teilnehmern des lokalen Energiesystems zu machen, indem sie informierte Entscheidungen treffen und kollektive Maßnahmen ergreifen. Auf diese Weise soll der Verbrauch von lokal erzeugtem, grünem Strom gefördert werden. „Das EU-geförderte Pilotprojekt überzeugt mit einem ganzheitlichen und originellen Ansatz. Die Vermeidung von Netzengpässen und Redispatch-Maßnahmen sind vielversprechende Ansatzpunkte für die Optimierung unseres Energiesystems“, lobte die Jury.

Den zweiten Platz sicherte sich die SWM Services GmbH. Die Tochtergesellschaft der Stadtwerke München GmbH punktet mit dem Projekt „Isarlicht“. Das Konzept kombiniert den Ausbau des Glasfasernetzes mit der Einrichtung von Anschlüssen für „Smart-Gateways“. Dabei werden die ohnehin erforderlichen Arbeiten für den Glasfaserausbau genutzt, um gleichzeitig Service-Anschlussdosen im Keller oder optional auf dem Dachboden zu installieren, die zur Digitalisierung der Stromnetze dienen. Diese Anschlüsse können vom Messstellenbetreiber beispielsweise für PV-Anlagen oder andere technische Geräte genutzt werden, die einen Kommunikationsanschluss benötigen.

„Das Projekt erschließt in einem einzigen Schritt mehrere Möglichkeiten: Die Glasfaser-Anschlussdosen können sowohl für High-Speed-Internet als auch für E-Ladelösungen, Smart-Metering und weitere Digitalisierungsoptionen genutzt werden. Die Kombination beider Vorgänge ist sinnvoll, spart Ressourcen und legt den Grundstein für weitere Digitalisierungsoptionen“, lautete das Juryurteil. **DK**

Region Bayreuth ist Energiekommune des Monats Juli

Die Region Bayreuth ist von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) als Energiekommune des Monats Juli ausgezeichnet worden. Diese Ehrung würdigt die herausragenden Bemühungen und Erfolge von Stadt und Landkreis im Bereich der erneuerbaren Energien und des Klimaschutzes.

Die Stadt Bayreuth war eine der ersten Mittelstädte, die sich intensiv mit dem Energiedatenmanagement auseinandergesetzt haben. Seit 2001 konnten durch entsprechende Maßnahmen knapp 10 Millionen kWh Strom eingespart werden.

Aufgrund seiner Flächengröße hat der Landkreis Bayreuth ein hohes Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energien. Er deckt seit 2017 seinen Stromverbrauch komplett erneuerbar und erzielt damit jährliche Überschüsse zwischen 20 und 50 Prozent, die in das Stromnetz eingespeist und zur Deckung des Strombedarfes der Festspielstadt dienen. Das Regionalmanagement, ein Regionalausschuss und abgestimmte Nahverkehrspläne schaffen hierfür den synergetischen Rahmen.

Elektrifizierung kommunaler Fuhrparks

Maßgeblich vorangeschritten ist in den vergangenen Jahren die Elektrifizierung der kommunalen Fuhrparks. Bis 2030 strebt der Landkreis eine Quote von 90 Prozent an. Ab 2026 sollen in Bayreuth Wasserstoffbusse den ÖPNV ergänzen. Das grüne Gas soll durch Elektrolyse vor Ort erzeugt werden, die Energie von einem städtischen Solarpark stammen. Die Verwaltungen gehen bereits heute als Vorbild voran: Die kommunalen Liegenschaften wurden 2023 auf ihre Solareignung untersucht und werden konsequent mit PV-Anlagen ausgestattet.

Zudem versorgt in Bayreuth ein Biomasse-Nahwärmenetz des Bezirks die größte Wohnanlage der Stadt, mehrere Schulen,

Ämter und die Landwirtschaftlichen Lehranstalten. Im Landkreis gibt es vergleichbare Projekte, unter anderem wird eine Therme mit einem Biomasse-Blockheizkraftwerk beheizt. Das Weltkulturerbe Markgräfliches Opernhaus in Bayreuth wurde über mehrere Jahre saniert und dabei energetisch optimiert. Man nutzt das Wasser des unter dem Opernhaus verlaufenden Mühlkanals, um eine Wärmepumpe zu betreiben, die sowohl zum Heizen als auch zum Kühlen eingesetzt werden kann.

49 Windenergieanlagen

Auch Windenergieanlagen (WEA) haben bereits Tradition in der Region: Schon Ende der 1990er Jahre wurden in Speichersdorf zwei WEA als Bürgerenergieanlagen errichtet, heute hat etwa die Stadt Pegnitz mit der Errichtung von vier WEA eine wichtige Vorreiterrolle: Durch Eingliederung in einen Eigenbetrieb wurde eine 100-prozentige Bürgerbeteiligung für den größten kommunalen Windpark Bayerns erreicht, der Strom für 7.500 Haushalte liefert. Aktuell sind 49 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 122 MW im Landkreis Bayreuth installiert, darunter auch ein Windpark am Stadtrand von Bayreuth, dessen Areal als Naherholungsgebiet gut angenommen wird.

Als Initialzündung gemeinsamen Agierens gilt die Bewerbung Bayreuths als eine der 25 Bioenergie-Modellregionen im Jahr 2008. Durch Netzwerkaktivitäten, Öffentlichkeitsarbeit und konkrete Projekte wurde

das Bewusstsein für die Vorteile Erneuerbarer Energien in der Region Bayreuth gestärkt.

Energiedatenmanagement

„Wir sehen in dieser Auszeichnung einen Ansporn, mit unseren Bemühungen in Sachen Energiewende konsequent fortzufahren. Die Stadt Bayreuth war beispielsweise eine der ersten Mittelstädte, die sich intensiv mit dem Energiedatenmanagement auseinandergesetzt haben“, betonte Oberbürgermeister Thomas Ebersberger. „Die Erfassung geht zurück bis ins Jahr 2001. Damit sind wir Vorreiter-Kommune. Mittlerweile werden 25 Schulen, zwei Rathäuser, der Stadtbauhof, drei Kindertagesstätten sowie zahlreiche weitere städtische Gebäude erfasst – mit zählbarem Erfolg. Insgesamt konnten wir seit 2001 knapp 10 Millionen kWh Strom einsparen.“

Wie Landrat Florian Wiedemann ausführte, würdige die Auszeichnung „das langjährige und erfolgreiche Engagement des Landkreises im Klimaschutz und die gute Kooperation mit der Stadt Bayreuth im Bereich der Energiewende“. Diese Anerkennung gebühre aber auch den umweltaktiven Kommunen im Landkreis und der Vielzahl engagierter Bürger, die sich tatkräftig für die Energiewende stark gemacht haben.

Durch die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften, Investitionen in erneuerbare Energien oder die Etablierung von Nahwärmenetzen hätten sie wesentlich dazu beigetragen. „So konnten wir erreichen, dass der Landkreis inzwischen seinen gesamten Stromverbrauch aus erneuerbaren Quellen decken und sogar jährliche Überschüsse zwischen 20 und 50 Prozent in das Stromnetz einspeisen kann.“ **DK**

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter [bayernwerk.de/buergerenergiepreis](https://www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis)



bayernwerk



Solarpark Freyung auf Erfolgskurs

Bürgerbeteiligung und Partnerschaft für die Energiewende

Die Stadt Freyung setzt ein deutliches Zeichen für die Zukunft der erneuerbaren Energien: In Linden entsteht ein neuer Solarpark, der nicht nur umweltfreundliche Energie für rund 1.200 Haushalte liefern wird, sondern auch eine breite Bürgerbeteiligung ermöglicht. Die Sparkasse Freyung-Grafenau, Bayernwerk und die Stadt Freyung haben sich gemeinsam für dieses Projekt stark gemacht und bieten der Region damit eine wegweisende Lösung für die ökologische Transformation.

Die Sparkasse Freyung-Grafenau, seit 1832 im Dienst der regionalen Entwicklung, hat sich schon früh für Nachhaltigkeit und Klimaschutz eingesetzt. Bereits vor 20 Jahren begann die Sparkasse mit der Beratung zu energetischen Modernisierungen und zur Installation von Photovoltaikanlagen. Auch durch die Mitorganisation von Energiemesen in Zusammenarbeit mit der Stadt Freyung hat sie den Weg für nachhaltige Projekte geebnet.

„Wir fühlen uns verpflichtet, den Klimaschutz vor Ort aktiv voranzutreiben. Mit unserer Marktkenntnis und unserem Finanzierungsknowhow können wir einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten“, betont Dietmar Attenbrunner, Vorstand der Sparkasse Freyung-Grafenau.

Ab 500 Euro

Der Energieversorger Bayernwerk unterstützt das Vorhaben mit seiner Expertise und trägt zur technischen Umsetzung des Solarparks bei. Gemeinsam mit der Sparkasse und der Kommune wurde ein Modell entwickelt, das nicht nur den Klimaschutz vorantreibt, sondern auch der lokalen Bevölkerung zugutekommt.

Bürgerinnen und Bürger können sich an dem Solarpark, der bis Herbst 2024 in Betrieb gehen soll, mit einer Mindestbetei-

ligung von 500 Euro finanziell am Projekt beteiligen und so nicht nur die Energiewende vorantreiben, sondern auch von attraktiven Renditen profitieren.

Die Stadt Freyung zeigt mit dem Solarpark in Linden, wie Klimaschutz auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann. Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich lobt die enge Zusammenarbeit der Beteiligten und sieht den Solarpark als wichtigen Schritt in Richtung einer nachhaltigen Energieversorgung. „Dieses Projekt ist ein Beispiel dafür, wie öffentliche, private und kommunale Akteure gemeinsam die regionale Energiewende gestalten können“, so der Bürgermeister. Dank der engen Zusammenarbeit mit Bayernwerk und der Sparkasse Freyung-Grafenau sei es gelungen, ein Projekt auf die Beine zu stellen, das für alle Beteiligten von Vorteil ist.

Interessierte Bürger können sich auf der Plattform „Energiewende jetzt“ über die Beteiligungsmöglichkeiten informieren und sich direkt am Solarpark Freyung beteiligen. Damit wird die Region nicht nur ökologisch gestärkt, sondern auch die Bevölkerung in die Klimaschutzbemühungen aktiv eingebunden.

Weitere Informationen und Anmeldungen sind unter www.energie-wende-beteiligung.de möglich.



Beim Spatenstich der neuen Solaranlage, v.l.: Dietmar Attenbrunner, Vorstand der Sparkasse Freyung-Grafenau, Bürgermeister Dr. Olaf Heinrich und Dr. Egon Leo Westphal Vorstandsvorsitzender Bayernwerk.

Bild: Sparkasse Freyung-Grafenau

Energieminister Aiwanger:

Keine grünen Experimente!

Das Bundeswirtschaftsministerium und die Bundesnetzagentur kündigen an, die Industrienetzentgelte zu ändern. Ziel ist es, das Verbraucherverhalten der Industrie flexibler zu gestalten und Anreize zu schaffen, in Zeiten hohen Stromangebots mehr und in Zeiten knappen Angebots weniger Strom zu verbrauchen. Diese Änderungen sollen helfen, das Stromnetz effizienter zu nutzen und die Integration erneuerbarer Energien zu fördern.

Nach Auffassung des bayerischen Wirtschafts- und Energieministers Hubert Aiwanger „muss sich die Wirtschaft jederzeit auf eine bezahlbare und sichere Stromversorgung verlassen können. Lieferung nur bei Sonne und Wind und Unsicherheiten und Preisexplosion in der windstillen Nacht ist für ein Industrieland nicht zumutbar. Wir brauchen einen günstigen Industriestrom statt grüner Experimente. Der Vorschlag des Bundes blen-

det die Realität aus. Er ist ein fatales Signal der Unsicherheit für unseren Wirtschaftsstandort.“

Schon jetzt befindet sich das Geschäftsklima auf einem schwachen Niveau, erläuterte Aiwanger. „Wenn unsere Unternehmen in Zukunft auch noch ihre Produktionszeiten daran ausrichten sollen, wann besonders viel Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt werden kann, bringt dies künstlich weitere Unsicherheiten in den Markt. Bei vielen Industriebranchen geht das schlichtweg nicht. Die wandern dann aus. Die Politik soll stattdessen endlich ein Modell anstreben, dass auch der Privatkunde in

Strom-Überschusslagen unkompliziert billigen Strom bekommt.“

Bayern verfolge das Credo, seine heimischen Unternehmen jederzeit bedarfsgerecht und zuverlässig mit Strom versorgen zu können. Strom müsse dann zuverlässig verfügbar sein, wenn er gebraucht wird. Am aktuellen Netzentgelttrabatt für industrielle Großverbraucher dürfe nicht gerüttelt werden. Dieser sei elementar für die Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Unternehmen in Bayern, etwa in der Chemischen Industrie, der Glas- oder Keramikindustrie. Vielmehr müsse der Bund dafür sorgen, dass ausreichend regelbare Kraftwerke gebaut werden, die wetterabhängige Stromproduktion vor allem aus Sonne und Wind ausgleichen können, fordert Aiwanger.

Mit Blick auf die Ankündigung einer Reform der Biomasse-Förderung durch Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck stellte sein bayerischer Amtskollege fest: „Biomasse zur Strom- und Wärmeerzeugung ist erneuerbar, regional, grundlastfähig und flexibel einsetzbar. Dieses große Potenzial hat die Ampel aus ideologischen Gründen bisher bewusst ausgebremst. Gerade die Grünen müssen endlich ihre Biomassefeindlichkeit ablegen. Den Worten von Bundesminister Habeck müssen jetzt Taten folgen.“

Neue Förderbedingungen dürften nicht wieder eine Mogelpackung aus praxisfremden Vorschriften sein, fordert Aiwanger. Biogasanlagen mit oder ohne angeschlossenen Wärmenetzen benötigten jetzt unverzüglich eine Perspektive und neue Einspeiseverträge, wenn die alten auslaufen.

Aktuell, so der Minister, herrsche in der Biogasbranche Endzeitstimmung, zwei von drei Anlagen bekämen keine neuen Verträge mehr. Er bezeichnete es als „skandalös, wenn unsere Biogasanlagen vom Netz genommen werden und die wegfallende Energie durch Frackinggas ersetzt werden muss“. Auch für Energieholz sei endlich ein klares

Bekennnis des Bundes anstatt ständiger Verunsicherung und Spekulationen über eine CO₂-Abgabe vonnöten. Die Diskriminierung von Holzenergie gegenüber der Wärmepumpe bei staatlichen Förderprogrammen sei zu beenden. Anstatt Holz in den Wäldern verfaulen zu lassen, wobei genauso viel CO₂ frei werde wie bei der Verbrennung, müsse die Nutzung von Brennholz und damit die Bewirtschaftung der Wälder aktiv unterstützt werden.

„Rückschritt für den Klimaschutz“

Der Strom aus der Wärmepumpe komme in der kalten Winternacht oftmals aus Kohle und Frackinggas, nicht aus Wind und Sonne, fuhr Aiwanger fort. Wärme aus Holz stamme dagegen zu 100 Prozent aus erneuerbarer Quelle. Dies müsse die Ampel endlich verstehen und umsetzen. Die Biomassebranche, die Land- und Forstwirtschaft, die Heizungsbranche und die Häuslebauer hätten ein Recht darauf, nach drei Jahren Ampelchaos und Verunsicherung endlich zu wissen, wie es weitergeht. Die Stilllegung von Biogasanlagen und Wäldern als Lieferant von erneuerbarer Energie sei ein „Rückschritt für den Klimaschutz“. Für den Freistaat ist Biogas ein wichtiger erneuerbarer Energieträger. Mit 2.737 Anlagen und rund 1,5 Gigawatt installierter Leistung stehen deutschlandweit die meisten Biogasanlagen in Bayern, umgerechnet ist das jede vierte Anlage. Alle bayerischen Anlagen zusammen ersetzen die Leistung des stillgelegten Kernkraftwerks Isar 2.

Erst vor kurzem hatte Aiwanger mit Branchenvertretern ein gemeinsames Positionspapier unterzeichnet, das zahlreiche Forderungen pro Biomasse an die Bundesregierung adressiert, unter anderem eine deutliche Anhebung des Ausschreibungsvolumens für Biomasseanlagen auf 1.200 MW und eine Anhebung des Flexibilitätzuschlags auf 120 Euro je kW. **DK**

Stärkung der E-Mobilität

MaxSolar und EGIS eG

nehmen neue Ladesäulen in Neuötting in Betrieb

Am Standort Pfarrer-Leeb-Straße / Friedhof Neuötting wurde eine DC-Ladesäule mit zwei Ladepunkten à 50 Kilowatt sowie drei AC-Ladesäulen à 22 Kilowatt mit sechs Ladepunkten installiert. Zudem wurde am Parkplatz West eine weitere 50-Kilowatt-DC-Ladesäule in Betrieb genommen. Die Umsetzung dieses Projekts erfolgte durch den Projektierer MaxSolar GmbH mit Hauptsitz in Traunstein, während die EGIS eG aus Neuötting den Betrieb der Ladesäulen übernimmt.

„Die Errichtung dieser Ladesäulen ist ein bedeutender Schritt für Neuötting auf dem Weg zur nachhaltigen Mobilität. Wir sind stolz darauf, mit MaxSolar und der EGIS eG zwei starke Partner an unserer Seite zu haben, die dieses Projekt mit ihrem Know-how und Engagement möglich gemacht haben,“ betonte Bürgermeister Peter Haugeneder bei der Eröffnung.

Die neuen Ladesäulen bieten Elektrofahrzeughaltern eine zuverlässige und zukunftsorientierte Lademöglichkeit im Herzen von Neuötting. „Mit dieser Infrastruktur schaffen wir eine wichtige Grundlage für den weiteren Ausbau der Elektromobilität im Landkreis Altötting,“ ergänzte Florian Scharnagl, Teamlead „Sales E-Mobility“ bei der MaxSolar GmbH.

Weiterer Ausbau geplant

„Die Elektromobilität ist ein wesentlicher Baustein der Energiewende, und wir freuen uns, diesen Wandel aktiv mitzugestalten. Die Zusammenarbeit mit der Stadt Neuötting und MaxSolar zeigt, wie Bürgerbeteiligung und der Ausbau Erneuerbarer Energien Hand in Hand gehen können,“ so Pascal Lang, Vorstandsvorsitzender der EGIS eG. Die Installa-

tion weiterer Ladesäulen ist bereits in Planung. Am Stadtplatz, genauer auf Höhe der Ludwigsstraße 103, soll eine weitere 50 Kilowatt DC-Ladesäule mit zwei Ladepunkten entstehen. Langfristig besteht dort die Möglichkeit, die Anzahl der Ladesäulen auf bis zu drei zu erweitern. Der genaue Zeitpunkt für den Baustart ist abhängig vom geplanten Glasfaserausbau am Neuöttinger Stadtplatz.

Über die EGIS eG

Die EGIS eG ist eine 2013 gegründete Bürgerenergiegenos-

senschaft, die mittlerweile mehr als 2.600 Mitglieder, darunter viele Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen, zählt. Alle Mitglieder teilen die Überzeugung, dass die Energiewende in Deutschland vor allem in Bürgerhand umgesetzt werden sollte. Bisher hat die EGIS eG über 30 Erneuerbare-Energien-Projekte deutschlandweit in den Bereichen Photovoltaik und Wasserkraft umgesetzt. Neben einem historischen Wasserrad, PV-Parks und PV-Dachanlagen betreibt sie auch innovative Projekte wie z.B. PV-Parks mit Batteriespeicher oder eine PV-Lärmschutzwand. Daneben hat die EGIS eG ein eigenes E-Ladesäulennetz und einen EGIS-Ökostrom-Tarif. Zudem plant, baut und betreibt sie Fernwärmenetze. Darunter auch ein PV-Strom geführtes Fernwärmenetz. Weitere Informationen: www.egis-energie.de. **□**



V.l.: Pascal Lang (Vorstandsvorsitzender EGIS eG), Peter Haugeneder (Bürgermeister Neuötting) und Florian Scharnagl (Teamlead „Sales E-Mobility“, MaxSolar GmbH).

Bild: EGIS eG



Heimisches Biogas aus Reststoffen

energie schwaben

Bundesverband Geothermie:

Perspektiven und Lichtblicke

Die Bundesregierung erleichtert den Ausbau von Geothermie. Wie der Bundesverband Geothermie mitteilt, werden die Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen, Wärmepumpen und für Wärmespeicher beschleunigt.

Die einzelnen Gesetzesänderungen lauten wie folgt:

- Im Bürokratienteilungsgesetz IV (BEG IV) wird klargestellt, dass die oberflächennahe Geothermie (bis 400 Meter) nicht in den Anwendungsbereich des Bergrechts fällt.
- Im Gesetz zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für Geothermieanlagen, Wärmepumpen und Wärmespeichern sowie weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen (GeoWG) werden Genehmigungsverfahren für Geothermie, bestimmte Wärmepumpen und Wärmespeicher beschleunigt, vereinfacht und digitalisiert. Dafür sind Änderungen im Berg- und Wasserrecht vorgesehen.
- Geothermieanlagen liegen, wie andere Anlagen für Erneuerbare Energie, im überragenden öffentlichen Interesse.
- Flankierend finden sich im Gesetzentwurf für Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes, der bereits am Ende August im Kabinett beschlossen wurde, ambitionierte wasserrechtliche Zulassungsfristen für Geothermie und Wärmepumpen.
- Die ebenfalls im Kabinett beschlossene Baurechtsnovelle sieht die Einführung eines Privilegierungstatbestandes für Geothermie vor und sorgt dafür, dass Geothermievorhaben im Außenbereich einfacher zugelassen werden können.

Wie Robert Habeck, Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz erläuterte, sei das Potenzial der Geothermie jahrzehntelang in Deutschland vernachlässigt worden. „Jetzt holen wir die Geothermie endlich aus ihrem Schattendasein. Wir sorgen dafür, dass die Wärmeenergie aus tiefen Erdschichten für unsere Energieversorgung gezielt

und unbürokratisch erschlossen werden kann. So können wir die Energiewende auch im Wärmebereich schneller vorantreiben und damit unsere Abhängigkeit von Öl, Gas und Kohle weiter verringern.“

Förderung für SWM

Wichtige Unterstützung für die Münchner Wärmewende: Die SWM erhalten dem Bundesverband Geothermie zufolge 43,9 Millionen Euro aus der „Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW)“. Sie hatten die Förderung für den Bau ihrer nächsten Geothermieanlage und den Ausbau der Fernwärme im Netzabschnitt Nordost beantragt. Die Summe deckt 40 Prozent der von den SWM berechneten förderfähigen Kosten für diese Projekte.

Für Helge-Uve Braun, Technischer Geschäftsführer der SWM, ist der Förderbescheid „ein wichtiger Baustein dafür, dass die SWM die Wärmewende konsequent weiter umsetzen können. Für den kompletten Umbau auf eine CO₂-freie Fernwärme bis 2040 benötigen die SWM nach aktuellen Planungen 9,5 Milliarden Euro, das können wir nicht allein stemmen. Daher begrüßen wir, dass die BEW fortgesetzt wird. Allerdings glauben wir, dass die künftig dafür vorgesehenen Mittel nicht ausreichen werden und appellieren daher an die Bundesregierung, diese zu überprüfen und anzupassen.“

Die BEW ist ein zentrales Förderinstrument zur Modernisierung und zum Ausbau von klimafreundlichen und effizienten Wärmenetzen. Unterstützt werden Projekte, die erneuerbare Energien und innovative Technologien integrieren. Damit leistet die BEW einen wichtigen Bei-

trag zur Reduktion von CO₂-Emissionen in der Wärmeversorgung.

Mit dem nun erteilten Bescheid bestätigen die Fördergeber den Transformationsplan der SWM hin zu einer CO₂-freien Fernwärme und unterstützen dessen Umsetzung. Bereits seit 2012 arbeiten die SWM daran, die Fernwärme bis 2040 klimaneutral zu erzeugen und setzen dabei massiv auf den Ausbau von Geothermie.

Amperland Thermalwärme

Erfreulich auch: Zur Aufsuchung von Erdwärme hat das Gemeindefür Abfallwirtschaft (GfA) mit Sitz im Olchinger Ortsteil Geiselbullach die „Amperland Thermalwärme GmbH“ gegründet. Hintergrund ist die Begrenzung finanzieller Risiken, die sich nicht auf die von den Bürgern in beiden Landkreisen zu zahlenden Müllgebühren auswirken sollen. Dafür machten die Kreistage der beiden Landkreise Fürstentumbruck und Dachau den Weg frei.

Das GfA liefert Strom und seit 2001 auch Fernwärme aus der Abfallverbrennung in angeschlossene Netze der Kommunen Olching und Bergkirchen und zudem Prozesswärme für Betriebe in beiden Gewerbegebieten. Nach Angaben des Unternehmens könne die Geothermie nun flexibel in die vorhandene Fernwärme-Infrastruktur eingegliedert werden. Der Bohrplatz wird sich auf dem eigenen Firmengelände befinden, das rund um die Uhr überwacht wird und für das ein erprobtes Sicherheitskonzept gilt. Die Gründung der Amperland Thermalwärme GmbH war auch erforderlich, um Förderanträge stellen zu können.

Oberhaching

Wie der Bundesverband Geothermie des Weiteren berichtet, überarbeiten die Gemeindefür-

ke Oberhaching die Geothermiebohrung. Um die Förderbohrung der Anlage, die seit Dezember 2013 in Betrieb ist, mit neuester Technik auszustatten, werden nun weitere Arbeiten durchgeführt.

Ende 2023 wurde die Förderbohrung, die pro Sekunde bis zu 100 Liter Thermalwasser mit einer Temperatur von 135 Grad an die Oberfläche pumpt, nach zehnjähriger Betriebszeit von entstandenen Ablagerungen befreit und für den künftigen Betrieb ertüchtigt. Nach diesen Arbeiten konnten weitere Messungen zur sogenannten Bohrlochintegrität erfolgen, im Zuge derer festgestellt wurde, dass das Stahlrohr, das in einem Zementmantel durch das Erdreich führt, an verschiedenen Stellen Verformungen aufweist.

Um die Förderbohrung für viele weitere Betriebsjahre zu ertüchtigen, werden jetzt in die bestehende Verrohrung mehrere hundert Meter Stahlrohre mit einem Durchmesser von 16 Zoll, also rund 40 Zentimetern, eingebaut. Diese werden gegenüber den vor über zehn Jahren verwendeten Rohren eine deutlich höhere statische Belastbarkeit haben und dadurch auch für mögliche höhere Förderraten noch ausreichende Sicherheitsreserven aufweisen.

Auf dem Gelände in Taufkirchen ist deshalb jetzt eine Bohranlage zu sehen, die zur Überarbeitung des Bohrstrangs dient. Durch die vorübergehende Öffnung des Thermalwasserkreislaufs kann es zu sichtbaren, aber unschädlichen Wasserdampf-Austritten an einem eigens dafür installierten Verdampfer kommen. Die Arbeiten, die durch das Bergamt Südbayern genehmigt wurden und laufend überwacht werden, sol-



In Zukunft grünes Gas für Wolfertschwenden

Wegenutzungsvertrag mit schwaben netz abgeschlossen

schwaben netz, hundertprozentige Tochtergesellschaft von energie schwaben, übernimmt die Verantwortung für Planung, Bau und Betrieb der Gasnetze in der Gemeinde Wolfertschwenden. Im August unterzeichnete Bürgermeisterin Beate Ullrich den Wegenutzungsvertrag. Mit auf dem Bild sind Rudolf Meinel, Dipl.-Geograf und Bauamtsleiter der Verwaltungsgemeinschaft Bad Grönenbach, (r.) und Christian Windisch, Konzeptionsmanagement schwaben netz.

„Wir wollen für unsere Bürgerinnen und Bürger die zuverlässige und nachhaltige Energieversorgung in Wolfertschwenden langfristig sicherstellen. Auch unsere Gewerbetreibenden und die Versorgung kommunaler Einrichtungen liegen uns als Gemeinde am Herzen“, sagte Bürgermeisterin Ullrich bei der Vertragsunterzeichnung.

Biomethan und Wasserstoff: Gas kann grün

„Die Gasnetze bleiben auch zukünftig wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur für eine zuverlässige Energieversorgung“, betonte Christian Windisch, Konzeptionsmanagement schwaben netz. „Wir setzen uns intensiv für die Umstellung der Verteilnetze ein. Über 95 Prozent unseres Gasverteilnetzes sind Wasserstoff-ready, sodass es in der Zukunft auch für den Transport von reinem Wasserstoff genutzt werden kann.“

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und umweltschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Wasserstoff kann vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden.

Bild: schwaben netz

len bis Mitte Oktober und damit rechtzeitig zu Beginn der neuen Heizsaison abgeschlossen sein.

Die mittlerweile mehr als 1.500 Taufkirchen zur Verfügung gestellt oder durch die in der Energiezentrale an der Raiffeisenallee installierten Redundanzheizkessel.

Dazu wird regenerative Wärme erstmalig auch durch die BioEnergie Taufkirchen zur Verfügung gestellt oder durch die in der Energiezentrale an der Raiffeisenallee installierten Redundanzheizkessel. **DK**

Energie Südbayern eröffnet neuen Schnellladepark in Pentling

Innovatives Konzept: Elektroautos laden mit bis zu 400 kW unterm PV-Dach

In Pentling (Landkreis Regensburg) laden Elektroautos künftig mit höchster Geschwindigkeit. Energie Südbayern (ESB) hat im September 2024 in Ammerholz einen neuen HPC-Schnellladepark (High Power Charging) eröffnet. Ab sofort stehen dort insgesamt zwölf Ladepunkte zur Verfügung mit einer Ladeleistung von bis zu 400 kW – aktuell ein Spitzenwert in der öffentlichen Ladeinfrastruktur.

Der Standort eignet sich bestens für das Hochleistungsladen: Zentral gelegen zwischen Autobahn und Bundesstraße ist für den Durchreiseverkehr die kurze Ladedauer besonders wichtig. Die Möglichkeit, ohne unnötig lange Pausen zügig weiterzufahren, macht Elektromobilität auch für längere Strecken attraktiv.

Solardach: Stromerzeugung und -abnahme

In Pentling setzt ESB auf das Zusammenspiel von Stromerzeugung und -abnahme. Ein Teil der Ladepunkte erhält eine Überdachung mit Photovoltaik-Modulen. Der vor Ort erzeugte Ökostrom wird genutzt, um die Elektrofahrzeuge aufzuladen.

Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung bei ESB, erläutert das innovative Konzept: „Mit zunehmender Verbreitung von Elektroautos steigt nicht nur die Nachfrage nach öffentlichen Lademöglichkeiten, sondern auch der Strombedarf. Unser neuer Ladepark mit PV-Überdachung verbindet diese beiden Aspekte. Wir stärken nicht nur die Ladeinfrastruktur, sondern erzeugen nachhaltig Strom direkt dort, wo er benötigt wird.“

Durch intelligente Ladelösungen für zuhause und unterwegs macht ESB Elektromobilität im Alltag komfortabel. In Ober- und Niederbayern betreibt das Unternehmen gemeinsam mit regionalen Betreibern bereits heute über 1.000 Normal- und Schnellladepunkte abseits der großen Metropolen. Damit ist ESB Vorreiter bei der Entwicklung von Lade-

infrastruktur im ländlichen Raum.

Der Lade- und Bezahlvorgang ist sowohl für Gelegenheits- als auch für Stammkunden unkompliziert: Freigeschaltet werden die Ladestationen mittels Smartphone-App oder RFID-Chipkarte. Die Ladestationen akzeptieren dabei die Ladekarten und Apps verschiedenster Anbieter und Roaming-Partner. In Zusammenarbeit mit [ladenetz.de](https://www.ladenetz.de) bietet die ESB auch eine eigene Ladekarte an, die Fahrern europaweit Zugang zum Elektroladnetz ermöglicht. Zudem ist das Adhoc-Laden, also mittels Kreditkarte, möglich. **□**



Offizielle Eröffnung des Ladeparks in Pentling, v.l.: Markus Böske (Geschäftsführer ESB), Barbara Wilhelm (Erste Bürgermeisterin Pentling), Thomas Aunkofer (Grundstückseigentümer) und Daniel Inkoferer (Projektverantwortlicher ESB). **Bild: ESB**



GP JOULE
TRUST YOUR ENERGY.

100% ERNEUERBARE ENERGIEN FÜR IHRE KOMMUNE

Nachhaltig. Zukunftssicher. Klimaschonend.

Wir entwickeln Photovoltaik- und Windprojekte von der grünen Wiese bis zur Inbetriebnahme der Anlagen. Und wir sorgen mit Wärme-, Wasserstoff- und E-Mobilitätslösungen dafür, dass die Menschen vor Ort von der Energieerzeugung profitieren – und die Wertschöpfung in der Region bleibt. Gestalten Sie die Zukunft Ihrer Gemeinde mit GP JOULE.

www.gp-joule.de | kommunen@projects.gp-joule.de | T+49 8274 9278-851

Mit Transformationswissen gegen den Frust

Wie Kommunen ihre Mitarbeiter im Klimaschutz motivieren können

Wer den Klimaschutz in seiner Kommune voranbringen will, der setzt auf Klimaschutzmanagerinnen und -manager. Doch die Stellen sind oft starken personellen Wechsellern unterworfen. Eine hohe Fluktuation sorgt für ein permanentes Abwandern fachlichen Know-hows und folglich eine starke Ineffizienz des kommunalen Klimaschutzes. Mit gezielten Fortbildungen können Klimaschutzmanagerinnen und -manager lernen, wie sie mit den Herausforderungen in der kommunalen Verwaltung umgehen können und das Bewusstsein für den Klimaschutz auch auf organisatorischer Ebene stärken können.

Die Arbeit im kommunalen Klimaschutzmanagement ist vielfältig und komplex. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sorgen für die Erarbeitung und Umsetzung von Klimaschutzstrategien und sind damit das Bindeglied zwischen der Kommune und den Einwohnerinnen und Einwohnern in Klimaschutzfragen. Zugleich nehmen sie innerhalb der Verwaltung eine Querschnittsaufgabe wahr. Als Mittler und Entwickler zwischen Amtsleitung, Öffentlichkeitsarbeit, Bauamt und anderen Bereichen der Verwaltung, bringen sie in vielfältigster Weise ihr Wissen rund um Klimaschutzmaßnahmen und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels ein.

Entscheidend ist ein gemeinsames Ziel

Besonders gut funktioniert der Klimaschutz in Kommunen, in denen die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Unterstützung der Hauspitze und der einzelnen Fachabteilungen spüren. Einer Umfrage von EQU:WIN zufolge, sehen 69 Prozent der befragten Klimaschutzmanagerinnen und -manager neben der großen Unterstützung auch klare Ambitionen durch Vorgesetzte bzw. Verwaltungschef als größ-

ten Erfolgsfaktor für die Umsetzung von Klimaschutzzielen. Das verdeutlicht, dass vor allem ein gemeinsames Ziel entscheidend ist, selbst wenn dieses möglicherweise hochgesteckt ist und vielleicht in der Realität nur mit starken Bemühungen erreicht werden kann.

Die hohen Anforderungen an das Klimaschutzmanagement treffen zu oft jedoch auch auf eingefahrene Strukturen in den Verwaltungen. Die oftmals neu oder erst in jüngster Zeit geschaffenen Stellen wirken zu Beginn wie Fremdkörper in einer eingespielten kommunalen Verwaltung. Dass diese Stellen explizit den Finger in die Wunde kommunaler Klimaschutzversäumnisse legen und dadurch offenlegen, wo die jeweilige Kommune und ihre Bürgerinnen und Bürger die Bemühungen für einen nachhaltigen Klimaschutz und eine zukunftsfähige Anpassung an die Klimawandelfolgen intensivieren muss, verbessert die Ausgangslage der Klimaschutzmanagerinnen und -manager nicht.

Die Folge ist eine hohe Frustration über das Verfehlen eigener beruflicher Ziele innerhalb der Klimaschutzarbeit, sowie das Aufreiben zwischen der Diskussion mit und der Moderation zwischen den einzelnen Fachabtei-

lungen der Verwaltung. Daraus resultiert nicht selten die Hoffnung, dass es in der nächsten Kommune oder der nächsten Organisation schon besser laufen werde. Noch bevor es überhaupt zu diesem Gedanken kommt, der schließlich in einer Kündigung und einer hohen Fluktuation mündet, setzen gezielte Fortbildungsmaßnahmen an, die ein umfangreiches Transformationswissen vermitteln.

Kompakte Fortbildung

In entsprechenden Fortbildungen, die die Münchner Kommunikationsagentur EQU:WIN für Klimaschutzmanagerinnen und -manager anbietet, bekommen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer neben Einblicken in die Methodik des Storytellings und der Moderation auch schwieriger Gruppensituationen auch eine Einführung in Projektmanagement. Denn neben den bereits angesprochenen Faktoren ist für die erfolgreiche Umsetzung der Klimaschutzstrategien in den Kommunen auch der richtige Umgang mit den knappen personellen und finanziellen Ressourcen wichtig.

Kommunen sind Dienstleister von der Wiege bis zur Bahre. Ihr umfassender Tätigkeitsbereich bedingt die finanzielle Abwägung zwischen allen Aspekten des Lebens in einer Stadt oder Gemeinde. Klimaschutz ist eine der drängendsten Aufgaben unserer Zeit und muss sich trotzdem in das Gefüge eng begrenzter kommunaler Haushalte einfügen.

Angebot der EQU:WIN

Mit dem „Transformationswissen für Klimaschutzmanager:innen“ bietet EQU:WIN eine kompakte Fortbildung an, die in ihrer preislichen Gestaltung nicht nur auf die finanziellen Gestaltungsräume des kommunalen Klimaschutzes Rücksicht nimmt, sondern den Teilnehmern auch genau jene Methoden an die Hand gibt, die sich in diesem Spannungsfeld gut umsetzen lassen. So lässt sich aus Sicht der kommunalen Verwaltungen mit einer gezielten und methodisch hochwertigen Fortbildung nicht nur die Wertschätzung den eigenen Mitarbeitenden gegenüber ausdrücken, sondern die Effizienz der Klimaschutzarbeit steigern. **Benjamin Hahn**

Weitere Informationen

Die EQUWIN-Klimaakademie bietet neben dem bewährten Basisseminar Transformationswissen neue Kurse zur Grundlagenermittlung sowie zur gezielten Befähigung von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmanagerinnen und -managerinnen an. Um radikale Kooperation zur Beschleunigung geht es im Klimasalon: „voneinander lernen, von Praktiker:innen für Praktiker:innen“.

Weitere Informationen zum Angebot der EQU:WIN-Klimaakademie – Transformation für den Klimaschutz auf <https://equwin.com/klimaakademie>



Geothermie:

Grünwald hat seine Versorgungssicherheit weiter ausgebaut

Zwischen den beiden geothermischen Erzeugungs-Standorten Laufzorn und Unterhaching entstand in den letzten 18 Monaten eine neue, etwa 4,8 km lange, Fernwärme-Transportleitung, die den Norden des Grünwalder Fernwärmenetzes versorgt.

Bei einer kleinen Feier am Schachtbauwerk wurde die neue Fernwärme-Transportleitung offiziell in Betrieb genommen. Grünwalds Erster Bürgermeister Jan Neusiedl (r.) und Andreas Lederle, Geschäftsführer der Erdwärme Grünwald, dankten den geladenen Gästen, die federführend an der Planung und am Bau der neuen Fernwärme Transportleitung beteiligt waren.

Wie weitsichtig es war in Tiefengeothermie zu investieren, zeigt sich heute ganz besonders. Die Nachfrage nach nachhaltiger heimischer Energie ist enorm. 2022 hat die Erdwärme Grünwald den Anschluss von 100 Haushalten geplant, tatsächlich wurden 423 neue Verträge abgeschlossen. 2023 wurden 170 Haushalte neu angeschlossen. Für 2024 rechnet man mit rund 150 neu gebauten Anschlüssen.

Derzeit betreibt die Erdwärme Grünwald ein Fernwärmenetz mit einer Gesamtleitungslänge von rund 120 km. – Die Erdwärme Grünwald betreibt damit das größte tiefengeothermische Fernwärmenetz in ganz Europa, mit Ausnahme von Island. Bild: EWG



Einweihung des neuen Zahlungsterminals in Sulzemoos, v.l.: Thomas Rahmen (SMART/LAB), Rüdiger Schulze (SMART/LAB), Johannes Kneidl (Bürgermeister Sulzemoos), Jürgen Hitz (ESB), Dr. Christoph Ullmer (Thüga AG) und Dr. Peter Robejsek (Mastercard). Bild: SMART/LAB

Partnerschaft für mehr Ladekomfort

Energie Südbayern, Mastercard und SMART/LAB erleichtern das Bezahlen an Elektroladestationen und starten Pilotprojekt

Die Unternehmen Energie Südbayern (ESB), Mastercard und SMART/LAB haben eine Partnerschaft bekanntgegeben, um das Bezahlen an Elektroladestationen komfortabler zu gestalten. Ziel der Zusammenarbeit ist es, eine weitere bequeme und unkomplizierte kontaktlose Zahlungsoption mittels Debit-, Kredit- oder Prepaidkarte anzubieten.

Im Rahmen dieser Kooperation integriert SMART/LAB ein innovatives Zahlungsterminalprodukt in die bestehende Backend-Architektur der Ladesysteme. Die Lösung ermöglicht es, Ladevorgänge direkt, einfach und sicher mit allen gängigen bargeldlosen Zahlungs- und Autorisierungsmethoden abzuwickeln, ohne eine Vertragsbindung eingehen zu müssen. Das Produkt erfüllt dabei die Anforderungen der AFIR (Alternative Fuels Infrastructure Regulation), durch die alle ab dem 13. April 2024 errichteten öffentlich zugänglichen Ladepunkte in der Europäischen Union mit einer Ladeleistung von mindestens 50 kW diese Form der Bezahlmöglichkeit anbieten müssen.

Erstes Pilotprojekt startet in Sulzemoos

Die ESB spielt eine entscheidende Rolle in dieser Partnerschaft, indem sie ihre fortschrittliche Ladepark-Infrastruktur auf dem Pendlerparkplatz neben der Autobahn A8, Ausfahrt Sulzemoos, für das gemeinsame Pilotprojekt zur Verfügung stellt. Mit dieser neuen Testumgebung, die nun feierlich eröffnet wurde, ermöglicht die ESB die praxisnahe Evaluation des innovativen Zahlungsterminals von SMART/LAB. „Das Projekt in Sulzemoos kann zur Blaupause für viele andere Ladepark-Standorte in Südbayern werden. Sicheres und vor allem komfortables Bezahlen ist eine wesentliche Voraussetzung, um die nachhaltige Mobilitätswende schneller voranzutreiben“, sagt Marcus Böske, Sprecher der Geschäftsführung der Energie Südbayern. Als erfahrener Akteur im Bereich der Elektromobilität mit rund 1.000 Ladepunkten in Südbayern, trägt die ESB dazu bei, die Elektromobilitätsinfrastruktur zu verbessern und innovative Lösungen zu entwickeln, die das Ladeerlebnis für Elektrofahrzeugnutzende weiter optimiert.

„Elektromobilität kann sich nur durchsetzen, wenn eine flächendeckende Versorgung mit Lademöglichkeiten gewährleistet ist“, erklärt Dr. Peter Robejsek, Geschäftsführer bei Mastercard Deutschland. Auf die Bedürfnisse der E-Autofahrer müsse dabei Rücksicht genommen werden, fährt er fort, und schließlich seien einheitliche Standards und sichere, offene Bezahlungssysteme wichtig, um die Akzeptanz

bei den Verbrauchern zu fördern und so eine nachhaltige E-Mobilität zu stärken.

Derzeit erfolgt das Bezahlen beim Reisen mit Elektrofahrzeugen im Wesentlichen vertragsgebunden, das heißt unter Einsatz sogenannter Ladekarten und es fehlt der Zugang zu einer einheitlichen und offenen Zahlungsinfrastruktur. „Die Einführung des SMART/LAB-Bezahlterminals“, ist sich Dr. Mark Walcher von SMART/LAB sicher, böte den Nutzern mehr Optionen zum Bezahlen des Ladevorgangs: „Wir begrüßen dies ausdrücklich, denn es vereinfacht den Zugang für eine breitere Nutzerbasis.“

Als Initiator dieses Pilotprojekts bringt Mastercard seine umfassende Expertise im Bereich digitaler Zahlungslösungen ein,

um Innovationen voranzutreiben und die nahtlose Integration von Zahlungsdienstleistungen in die Elektromobilität zu fördern. Entstanden ist das Pilotprojekt aus einer Kooperation mit der Thüga Aktiengesellschaft, welche das Ziel verfolgt Städte zu digitalisieren und nachhaltig zu entwickeln. SMART/LAB und ESB kamen als Umsetzer hinzu.

Durch die Zusammenarbeit mit der ESB und SMART/LAB setzt Mastercard einen klaren Fokus auf die Schaffung einer verbesserten Nutzererfahrung für Fahrerinnen und Fahrer von Elektrofahrzeugen. Das Technologieunternehmen sieht in dieser Partnerschaft die Chance, die Elektromobilität durch erweiterte Zahlungsmöglichkeiten voranzubringen und somit einen Beitrag zur Entwicklung einer nachhaltigen und effizienten Mobilitätslandschaft zu leisten. Weitere Unternehmen der Thüga-Gruppe planen die Lösung in den kommenden Monaten ebenfalls auszurollen. □

Kom.EMS:

Energieeffizienz verbessern und Einsparpotenzial heben

So können Kommunen Energie sparen: Die Landesagentur für Energie und Klimaschutz (LENK) stellt bayerischen Städten und Gemeinden mit dem kommunalen Energiemanagement-System, kurz Kom.EMS, einen Werkzeugkasten zur Bewertung und Optimierung ihres Energiemanagements zur Verfügung

„Wenn es um Energieeffizienz und Klimaschutz geht, nehmen Städte, Gemeinden und Landkreise eine zentrale Rolle ein“, sagt Astrid Max von der LENK. „Denn im verantwortungsvollen Umgang mit vorhandenen Ressourcen sind sie nicht nur Akteur, sondern auch Vermittler und Vorbild. Die LENK unterstützt nun die bayerischen Kommunen bei diesen Herausforderungen.“

Arbeitshilfen und Rechentool

Ein Kom.EMS-Leitfaden hilft beim Aufbau eines Energiemanagement-Systems und der mit dem Kom.EMS-Check lassen sich bestehende Systeme bewerten. Herzstück von Kom.EMS ist ein Fragen- und Bewertungskatalog, nach dem drei Qualitätsstufen erreichbar sind, die auch extern bewertet und zertifiziert werden: Basis, Standard und Premium. Zu allen Fragen der drei Bewertungsstufen gibt es Arbeitshilfen, wie zum Beispiel ein Rechentool für Energiesparmaßnahmen und Muster-Beschlussvorlagen.

„Eine Zertifizierung und eine öffentlichkeitswirksame Auszeichnung schaffen für die kommunalen Verwaltungen einen zusätzlichen Anreiz, sich mit dem Thema Energiemanagement auseinanderzusetzen“, erklärt Max. „Sie können eine Vorbildrolle einnehmen. Und um Kommunen hierbei zu unterstützen, wird neben der Anlaufstelle an der LENK in den nächsten Monaten ein Netzwerk an Coaches in Bayern aufgebaut werden.“

Kom.EMS ist ein Werkzeug für den systematischen Aufbau und die Verstärkung eines Energiemanagement-Systems für kommunale Verwaltungen. Es ist speziell auf deren Anforderungen zugeschnitten und orientiert sich an der DIN EN ISO 50001, einem internationalen Standard für Energiemanagementsysteme.

Die Nutzung von Kom.EMS wird durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) sowie das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) finanziert und ist für Kommunen kostenfrei: Registrierung und weitere Informationen auf www.lenk.bayern.de. □

Maßgeschneiderte Qualifizierung für kommunalen Klimaschutz

Sie sind verantwortlich für die Zukunftsfähigkeit Ihrer Kommune und suchen praxisorientierte Fortbildungen?

Wir haben die Kurse für Ihren Erfolg.

<https://equwin.com/klimaakademie>

EQU:WIN



EXPO REAL 2024:

Digitalisierung und Transformation im Fokus

Vom 7. bis 9. Oktober findet die diesjährige EXPO REAL auf dem Münchener Messegelände statt. Im Vorfeld wurden die Ergebnisse der jährlichen Umfrage unter den Teilnehmern der EXPO REAL, der internationalen Fachmesse für Immobilien und Investitionen, veröffentlicht. Insgesamt beteiligten sich 516 Aussteller und Besucher an der im August durchgeführten Online-Befragung. Die Themen „Digitalisierung“ und „Transformation“ stehen dabei klar im Mittelpunkt, wie die Ergebnisse des diesjährigen Stimmungsbarometers zeigen.

Digitalisierung, Zinspolitik und Dekarbonisierung

Die „Zukunftsfähigkeit der Immobilienbranche“ war das zentrale Thema der Befragung, ein Thema, das den Nerv der Branche trifft. Stefan Rummel, Geschäftsführer der Messe München, betonte, dass die EXPO REAL 2024 in einer Zeit stattfindet, in der sich für Immobilien und Investitionen vieles verändert. Mit dem neuen Ausstellungsbereich „Transform & Beyond by EXPO REAL“ setzt die Messe 2024 verstärkt auf Zukunftsthemen wie die Digitalisierung und die Transformation der Branche.

Die Umfrageergebnisse unterstreichen die Relevanz dieser Themen: 91 Prozent der Befragten bewerten die Digitalisierung als „sehr wichtig“ oder „wichtig“, gefolgt von der Zinspolitik mit 88 Prozent und energiewirtschaftli-

chen Lösungen für Quartiere mit 87 Prozent. Auch die Dekarbonisierung von Städten und Gebäuden wird von 82 Prozent als zentrales Thema angesehen.

Datenzentren und Pflegeimmobilien

Bei der Frage nach zukünftig bedeutenden Nutzungsarten steht Wohnen für 70 Prozent der Teilnehmer an erster Stelle, dicht gefolgt von Pflegeimmobilien (67 Prozent) und Datenzentren (61 Prozent). Besonders auffällig ist der Anstieg des Interesses an Datenzentren. Im Vergleich zu 2023, als nur 49 Prozent der Befragten diese Nutzungsart als relevant einschätzten, ist der Wert in diesem Jahr auf 61 Prozent gestiegen – ein klarer Hinweis auf die wachsende Bedeutung der Digitalisierung für die Immobilienbranche.

Alzheimer und dann auch noch MS

Bayernweit werden mehr, gravierendere und rapidere Verläufe von Demenz beobachtet

Früher hatte es das Team des Würzburger Vereins „Halma – Hilfe für altersverwirrte Menschen im Alltag“ in der Regel mit der netten, älteren Dame mit sich entwickelnder Demenz zu tun. Meist wurde sie von der Tochter unterstützt. Damit die sich hin und wieder aus der Pflege ausklinken konnte, erhielt sie eine Alltagshelferin. Inzwischen hat es das Team mit Senioren zu tun, die gravierend demenziell verändert sowie mehrfach erkrankt sind. Die Nachfrage nach Beratung und Hilfe ist aktuell hoch.

Rund 270.000 Menschen leben in Bayern mit Demenz. Dies teilt das Bayerische Gesundheitsministerium auf unsere Anfrage hin mit. Die Dunkelziffer sei hoch. Sofern kein medizinischer Durchbruch erzielt wird, werden die Zahlen nach Einschätzung des Ministeriums weiter steigen – und zwar auf voraussichtlich 300.000 bis 2030.

Wie diese hohe Zahl bewältigt werden soll, bleibt eine ungelöste Frage. „Halma“ in Würzburg zum Beispiel hat jetzt schon alle Hände voll zu tun. „Wir zählen nicht, wie oft das Telefon bei uns am Tag klingelt“, sagt Sabine Seipp, die sich bei „Halma“ seit über 30 Jahren um Menschen mit Demenz kümmert. Ihr und ihren hauptamtlichen Kolleginnen stehen aktuell 70 Frauen und Männern als Alltagshelfer zur Seite. Sie entlasten 80 Familien mit betagten Angehörigen, die an Demenz oder einer psychischen Erkrankung leiden.

Den Beraterinnen von „Halma“ werden am Telefon oft dramatische Schicksale geschildert. So gibt es Angehörige, die sich um einen Vater oder eine Mutter kümmern, die schwer an Demenz erkrankt sind und eine vorangeschrittene Multiple Sklerose haben. Warum die Nachfrage derart hoch ist, warum so viele Betroffene mehrere schwerwiegende Diagnosen haben und warum „Halma“ inzwischen öfter mit rapideren Demenzverläufen konfrontiert ist, kann Sabine Seipp nicht sagen.

Früher diagnostiziert

Wissenschaftler führen gewöhnlich den demographischen Wandel ins Feld. Außerdem heißt es, dass heute früher diagnostiziert wird. „Halma“, sagt Sabine Seipp, „ist heute natürlich auch

bekannter als vor 30 Jahren.“ Die Organisation wird also früher gefunden und kontaktiert.

Die hohe Nachfrage resultiert nach ihrer Vermutung außerdem daher, dass Pflegedienste eine geringere Kapazität haben. Auch veränderte Familiensituationen spielen in die aktuelle Entwicklung mit hinein: Kinder wohnen nicht mehr dort, wo die Eltern leben. Auch dadurch steige die Nachfrage nach Unterstützung.

Welchen Einfluss die Corona-Krise hat, ist für Sabine Seipp schwer zu beantworten. Klar sei: Menschen sind soziale Wesen. „Ist jemand ganz auf sich alleine gestellt, verkümmert die Seele“, so die Fachberaterin. Die in der Corona-Krise verordnete Isolation könnte durchaus ein Faktor für aktuelle Phänomene im Bereich Demenz sein. Doch Belege gebe es nicht.

Verzweifelte Töchter

Laut Sabine Seipp müsste die Versorgungssituation dringend verbessert werden: „Gestern erst erhielt ich zwei Anrufe verzweifelter Töchter, beide suchen dringend Kurzzeitpflegeplätze für Eltern, die aus dem Krankenhaus entlassen wurden.“ Von der Politik wünscht sich Sabine Seipp endlich konkrete Maßnahmen, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen. So könnte die tägliche Arbeitszeit in der Pflege auf sechs Stunden beschränkt werden. Die Bezahlung müsste jedoch so hoch sein, dass man dennoch gut von seinem Beruf leben kann.

GZ-Umfrage

Das Thema „Demenz“ treibt auch Bürgermeister, Gemeinderatsmitglieder, sowie Mitarbeiter in der Verwaltung, ergab ei-

Investoren und bezahlbarer Wohnraum

Auch in Bezug auf Investoren sieht die Branche klare Tendenzen: 83 Prozent der Befragten halten Pensionsfonds und Versorgungswerke für „sehr relevant“ oder „relevant“, während 79 Prozent Family Offices als zukünftige Investoren sehen. Private Equity wird ebenfalls von 79 Prozent als bedeutend eingestuft. Crowdfunding über Internetplattformen scheint jedoch weniger an Bedeutung zu gewinnen und wird nur von 27 Prozent als relevant bewertet.

Ein zentrales Thema bleibt der bezahlbare Wohnraum. 95 Prozent der Befragten sehen „Bauen im Bestand“ als entscheidenden Faktor, gefolgt von den Kosten für Grund und Boden (88 Prozent) und serielles Bauen (87 Prozent). Diese Themen werden auch auf der EXPO REAL in den Fokus gerückt, wie Claudia Boymanns, Exhibition Director der EXPO REAL, betont. Im Rahmen der Sonderschau „Bauen im Bestand“ werden Praxisbeispiele vorgestellt, um Lösungen für bezahlbaren Wohnraum zu diskutieren.

Global betrachtet sehen 81 Prozent der Befragten Europa weiterhin als sehr wichtigen oder wichtigen Immobilienmarkt, gefolgt von den USA (66 Prozent) und der Asien-Pazifik-Region (61 Prozent). Innerhalb Europas gelten Westeuropa und die D-A-CH-Region als die wichtigsten Märkte. Auch B-Lagen in A-Städten und A-Lagen in B-Städten bieten laut den Teilnehmern Potenzial für Wachstum.

Transformation als Schlüssel zur Zukunftssicherung

Die Ergebnisse der Umfrage machen deutlich: Die Transformation des Immobilienbestands ist eine der zentralen Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Branche. 63 Prozent der Befragten nannten dies als entscheidend, gefolgt von der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle (56 Prozent) und der verstärkten Digitalisierung (54 Prozent). Die EXPO REAL bietet in diesem Jahr mit ihrem vielfältigen Konferenzprogramm und zahlreichen Foren eine Plattform, um diese Themen zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln.

„Die EXPO REAL ist der Treffpunkt der Immobilienbranche, um gemeinsam über die Herausforderungen der Zukunft zu sprechen“, so Rummel. Besonders in Zeiten des Wandels sei der Austausch über Trends und Entwicklungen wichtiger denn je.

nächsten Jahren einen weiteren Anstieg.

„Pikasso“ in Augsburg

Alle Bezirke versuchen laut Katharina Hering, sich an die geänderten Bedürfnisse der alter werdenden Gesellschaft anzupassen. So hätten sämtliche Bezirkskliniken spezielle Angebote wie etwa Gedächtnissprechstunden. Zu den besonders vorbildlichen Bezirksprojekten für Menschen mit Demenz gehört der Augsburger Tagestreff „Pikasso“ des Bezirks Schwaben. Der richtet sich an Menschen ab dem 50. Lebensjahr, die eine Depression, Demenz oder eine andere psychische Erkrankung haben oder bei denen kognitive Defizite vorliegen. Das kostenlose Angebot umfasst etwa Kreativtherapie, Kognitives Training oder Depressionsbewältigung.

„Ein besonderes Angebot ist auch die ‚Blaue Blume Schwaben‘ in Kaufbeuren“, so Hering. Die vom Bezirk Schwaben finanzierte Aktions- und Begegnungsstätte unterstützt ältere Menschen mit psychischen Erkrankungen. Im Gebäude der „Blauen Blume“ finden außerdem Sprechstunden der gerontopsychiatrischen Institutsambulanz des BKH Kaufbeuren statt.

„Demenz“, erklärt das Bayerische Gesundheitsministerium, ist nicht gleich „Demenz“. Unter diesen Oberbegriff fielen Funktionsstörungen des Gehirns, durch die allmählich Denken, Orientierung und Lernfähigkeit verloren gingen. Am häufigsten trete die Alzheimer-Demenz auf. Bei einer vaskulären Demenz, der zweithäufigsten Form, verlangsamen sich die Denkprozesse. Erkenntnisse über die Häufigkeit von gravierenderen oder schnelleren Verläufen im Zusammenhang mit der Corona-Krise liegen dem Ministerium nicht vor.

Risikofaktor Einsamkeit

Eine Sprecherin verweist jedoch auf einen Bericht der Lancet-Expertenkommission. Demnach gibt es 14 Risikofaktoren, die mit einer Demenzzentwicklung im Zusammenhang stehen. „Dazu gehören mangelnde soziale Aktivität und Einsamkeit“, so das Gesundheitsministerium.

In Oberfranken kümmert sich Ute Hopperditzel um Menschen

Stadt Würzburg:

Mit der Handyapp die Radwege kontrollieren

Bei der Kontrolle der Würzburger Straßen lassen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des städtischen Fachbereiches Tiefbau und Verkehrswesen bereits seit Anfang 2021 von einer Software unterstützen. Jetzt verwenden sie die App, die die schwäbische Firma vialytics entwickelt hat, auch zur Kontrolle der Fahrradwege. Dazu wurde ein Dienstfahrrad der Stadt mit einem Handyhalter ausgerüstet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs der Stadt können so unterwegs mit ihrem Diensthandy alle paar Meter ein Foto des Radwegs aufnehmen.

Dabei werden Schlaglöcher oder freiliegendes Kopfsteinpflaster genauso aufgenommen, wie andere Straßenschäden. Die Fotoaufnahmen lassen sich dann ganz leicht am PC im Büro auswerten. Wo früher umfangreiche Kontrollen und Auswertung nötig waren, lassen sich so in kürzester Zeit ganze Radwege kontrollieren. Damit werden nun sukzessive alle Radwege im Stadtgebiet erfasst.

„Wir behalten damit einfacher und schneller das Radwegenetz im Blick und können auf schad-

hafte Stellen schneller reagieren“, so Annette Messerer, Leiterin des Fachbereichs Tiefbau und Verkehrswesen.

Mehrfachnutzen

Und einen weiteren Vorteil haben die so erzeugten Bilder auch noch: Sie werden benutzt, um die Texturen für den digitalen Zwilling der Stadt herzustellen, dienen als Informationsquelle im Inendienst und zur Modifizierung der Beschilderung im Stadtgebiet.



Bild: Nils Adelmann

Mit dem Handy Radwege kontrollieren: Baureferent Benjamin Schneider, Petra Führbeck von der Firma vialytics, Michael Koschmieder und Annett Heusinger Fachabteilung Geodaten und Vermessung, und Annette Messerer, Leiterin des Fachbereichs Tiefbau und Verkehrswesen, begutachten die Arbeitsweise der neuen Kontroll-App.

mit Demenz und ihre Angehörigen. Die Sozialpädagogin ist Senioren- und Behindertenbeauftragte der Gemeinde Regnitzlosau im oberfränkischen Landkreis Hof und leitet die Fachstelle für Demenz und Pflege Oberfranken. Außerdem ist sie ehrenamtliche Vorsitzende der Alzheimer-Gesellschaft Hof/Wunsiedel. Die Nachfrage nach Angeboten für Angehörige von Menschen mit Demenz sowie die Nachfrage nach Beratung ist ihr zufolge auch in Oberfranken hoch.

Abzulesen sei dies zum Beispiel am Online-Angebot „Partnerschulung“. „Letztes Jahr hatten wir 180 Anmeldungen.“ Vor kurzem fand ein Online-Vortrag zur Diagnostik erster Demenz-Anzeichen statt. „Wieder war der Zulauf enorm“, so Ute Hopperditzel.

Jung und demenz

Besonders schwierig ist die Versorgungssituation, wenn Menschen unter 65 Jahren von einer Demenz betroffen sind. Davon berichtet die Psychologin Sarah Straub aus Gundelfingen im Landkreis Dillingen. Sarah Straub arbeitet an der Uniklinik Ulm in einer Spezialsprechstunde. Die 38-Jährige kümmert sich dort um jüngere Menschen mit Demenz.

Schon vor Jahren verschrieb sich Straub der Demenzaufklärung. „Ich möchte vermitteln, dass ein gutes Leben auch mit Demenz möglich ist“, sagt die junge Frau, die nicht nur Demenzexpertin, sondern auch Liedermacherin und Autorin ist. In jedem ihrer Konzerte kommt sie auf das Thema „Demenz“ zu sprechen. Aktuell arbeitet sie an einem Buch, das von inspirierenden Begegnungen mit betroffenen Familien erzählt. „Es geht um Familien, die bestimmte Dinge im Zusammenhang mit Demenz richtig gut machen“, verrät sie.

Besonders wichtig dürfte ihr Buch für Familien sein, in denen

jemand sehr jung an Demenz erkrankt ist. Sarah Straub kennt Menschen, die sich bereits mit Mitte 40 demenziell zu verändern begannen. Besonders drastisch sei dieses Schicksal, weil die Demenz hier in vielen Fällen mit massiven Verhaltensveränderungen einhergeht: Die Betroffenen können aggressiv oder anderweitig verhaltensauffällig werden. Sie bräuchten ein Setting, wo sie zur Ruhe kommen können. Aber das gebe es selten.

Zu agil

Tagespflegeeinrichtungen lehnen es Sarah Straub zufolge oft ab, junge Patienten mit Demenz aufzunehmen. „Für die Gruppen sind die Betroffenen oft zu agil“, sagt sie. Auch in Pflegeheimen kämen junge Menschen mit Demenz kaum unter.

Rund 100.000 Männer und Frauen sind von früher Demenz betroffen. Wobei es wahrscheinlich eine erhebliche Dunkelziffer gibt, sagt Sarah Straub. Dass die Zahl wächst, liegt nach ihren Erkenntnissen daran, dass heutzutage eher als in früheren Zeiten daran gedacht wird, dass auch junge Menschen von Demenz betroffen sein können: „Früher sind diese Patienten in der Psychiatrie gelandet und geblieben.“

In der Ulmer Spezialsprechstunde werden acht Betroffene pro Woche beraten. Insgesamt 250 Menschen werden langfristig begleitet. Die Patienten kommen aus ganz Deutschland. Die Probleme sind überall ähnlich. Weil junge Patienten mit Demenz kaum irgendwo aufgenommen werden, müssen sie von der Familie betreut werden. Der Partner muss arbeiten gehen, nachdem ja ein Gehalt wegfällt. Nicht selten kommt es zu finanziellen Problemen. Die Notwendigkeit, Geld verdienen zu müssen, und die Pflege neben dem Beruf führen zu starker seelischer und körperlicher Belastung. **Pat Christ**

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Bürgermeister der Gemeinde Zöschingen, der kleinsten Gemeinde im Landkreis Dillingen mit derzeit 780 Einwohnern. Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Begonnen habe ich am 1. Mai 2014 als damals jüngster Bürgermeister im Landkreis Dillingen. Das Bürgermeisteramt übernehme ich ehrenamtlich neben meinem Hauptberuf aus.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Beruflich bin ich gelernter Finanzwirt und Verwaltungsfachwirt und arbeite noch immer als Geschäftsleiter in der benachbarten Verwaltungsgemeinschaft in Wittislingen. Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Tobias Steinwenter

Erster Bürgermeister
der Gemeinde Zöschingen

Durch meine damalige berufliche Tätigkeit als Kämmerer war ich schon vorher sehr nahe an der Kommunalpolitik und den aktuellen kommunalpolitischen Herausforderungen dran. Zudem habe ich viele Jahre als Vorsitzender des Feuerwehrvereins ehrenamtlich im örtlichen Vereinswesen mitgewirkt. Über die Frage ob ich mich im Gemeinderat engagieren möchte, kam ich dann in den Gemeinderat.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Dadurch, dass ich sozusagen meinen Beruf auch zu meinem „Nebenjob“ gemacht habe, war eine allzu große Vorbereitung nicht nötig. Durch meine vorherige Mitgliedschaft im Gemeinderat war ich auch in den aktuellen Themen schon ziemlich fest eingebunden.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Durch Realisierung des damals noch größten Windparks in Bayern war unsere Gemeinde stark gespalten, insbesondere auch im Gemeinderat. Viele notwendige Projekte konnten somit erst gar nicht angestoßen werden. Die Windkraft war damals das alles überlagernde Thema.

Hier galt es einen Weg für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde zu finden und alle Akteure wieder zu einigen, damit man gemeinsam die Gemeinde weiterentwickeln kann. Trotz aller politischen (Wind-)Widrigkeiten in der vorherigen Ratsperiode ist es aber auch gelungen, den Weg für die Sanierung unserer Gemeindehalde freizumachen. Dieses Projekt mit einem Gesamtvolumen von rund drei Mio. Euro galt es in meinen ersten Monaten als Bürgermeister baulich umzusetzen. Damals war es das bis dato größte Projekt der Haushaltsgeschichte in der Gemeinde Zöschingen.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Derzeit sanieren wir unsere Ortsdurchfahrt auf einer Länge von insgesamt zwei Kilometern. Neben der Sanierung der kompletten Wasserleitung in diesem Abschnitt,



verlegen wir auch Glasfaserleerrohre mit. Hier hat uns die Telekom sehr stark beschäftigt, da obwohl schon das Rohmaterial auf die Baustelle geliefert wurde, dem Glasfaserausbau bei offenem Graben eine Absage erteilt wurde. Dies belastet nun unseren Haushalt sehr stark, da wir mit dieser Ausgabe von rund 160.000 Euro nicht gerechnet haben. Auf der anderen Seite schaffen wir es aber aufgrund des neuen Punktsystems des Bundes nicht in die Gigabitrichtlinie 2.0 und somit auch nicht in die bayerische Kofinanzierung. Die Richtlinien sind einfach „kleingemeindebenachteiligend“ ausgestaltet.

Auf der anderen Seite verwirklichen wir derzeit in Zusammenarbeit mit der Fa. GPJoule aus Buttenwiesen ein CO₂-neutrales Nahwärmenetz mit Großwärmepumpe und direkt angebundener Freiflächenphotovoltaikanlage. Dazu haben wir unter Beteiligung der Gemeinde die Renergiewerke Zöschingen GmbH gegründet. Eine kommunale Beteiligung war uns von Anfang an wichtig. Wir möchten den Bürgern damit maximale Transparenz und Sicherheit gewährleisten. Denn seit Ausbruch des Ukrainekrieges und der schwierigen bundespolitischen Handhabung dieses Themenfeldes, sind die Bürgerinnen und Bürger sehr sensibel und auch kritisch, was die Auswahl ihres zukünftigen Heizmediums betrifft.

Aber ich denke, dass wir hier eine Vorreiterstellung eingenommen haben und die sogenannte „Wärmewende“ bei uns schon bald Realität ist. Aber auch das Thema Windkraft klopft schon wieder bei uns an. Diese möchten wir möglichst auch noch in die Wärmeversorgung integrieren und zusammen mit der Photovoltaik möglichst autark zu werden, wenn es um unsere Wärmeversorgung geht. **Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?**

Es wird wieder das Thema Windkraft sein. Leider hat man es in Zöschingen im Jahre 2012 und davor nicht geschafft eine Wertschöpfung für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu erreichen. Dies wurde zwar immer wieder in allen „Sonntagsreden“ propagiert, aber angekommen ist bei uns noch kein einziger Cent. Die einzigen, die sich bei uns die Tasche füllen sind die Bay. Staatsforsten und die Investoren. Deshalb kämpfe ich für ein Windenergie-Dividendenmodell nach hessischem Vorbild zusammen mit der Geschäftsstelle des Bay. Gemeindetages. Denn ich bin

als Kreisvorsitzender im Landkreis Dillingen auch im Verband als Sprecher der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister engagiert. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Modell das einzig richtige im Zusammenspiel Kommunen/Freistaat Bayern sein kann. Denn nicht nur die Staatsforsten, sondern auch die Kommune vor Ort und damit die Bürgerinnen und Bürger sollen partizipieren, wenn die Anlagen schon vor deren Haustür stehen. Hier halte ich die derzeit im Gespräch befindliche Pflicht für 0,2 ct für ein Stück abgeben! Hessen kann es schließlich auch! Man muss das Gesetz nur abschreiben, fertig!

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Ich glaube, dass die frühzeitige Einbindung der Gremien und Beteiligten der Schlüssel für eine gute Entwicklung einer Kommune ist. Wir ziehen uns dazu regelmäßig mindestens einmal in der Amtsperiode zu einer Gemeinderatsklausur zurück und legen die Projekte und deren Prioritäten gemeinsam fest. Damit haben wir einen klaren Weg und wenig Wiederholungsschleifen, die Entscheidungen und Projekte unnötig verzögern können.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Überwiegend durch persönliche Gespräche. Da Zöschingen eine sehr kleine Gemeinde ist, ist man auch sehr nahe an den Menschen und auch für die kleinsten Themen immer der direkte Ansprechpartner. **Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?**

Die Digitalisierung ist einer der größten Umbrüche, die wir als Gesellschaft und damit auch als Gemeindevertreter zur begleiten haben. Sie wird uns effektiver und schneller machen, wenn wir auf der anderen Seite aber auch die bürokratischen Hürden nicht weiter nach oben hängen.

Das sehe ich nämlich als große Gefahr bei dem ganzen Thema an. Je mehr die KI und die Digitalisierung zu leisten im Stande ist, umso schneller gibt es jemanden, der die Eckpunkte z.B. einer Förderrichtlinie noch weiter verkompliziert. Rechnet ja schließlich der Computer aus 😊. Nachdem wir alle zu dem fortlaufend mit Personalengpässen zu kämpfen haben, kann uns wahrscheinlich auch die Digitalisierung die eine oder andere Aufgabe abnehmen und den Mangel kompensieren.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Frei nach Erich Kästner: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

Gerade in der Kommunalpolitik muss man, um weiterzukommen, ständig anschieben und ziehen, damit sich etwas bewegen kann.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Durch ein gutes Miteinander und dem stetigen Anpacken der auf uns zukommenden Herausforderungen. □

Stadt Hersbruck:

Glasfaser flächendeckend

Die Hersbrucker Energie- und Wasserversorgung HEWA und der Lauer Telekommunikationsanbieter bisping & bisping starten den flächendeckenden Glasfaserausbau in Hersbruck. Die beiden Partner intensivieren ihre Zusammenarbeit für den Netzausbau und sorgen mit der neuen „GNH Glasfasernetz Hersbruck GmbH i.G.“ für schnelles Internet im gesamten Stadtgebiet.

Gemeinsam steigen die HEWA mit ihrem langjährigen Partner bisping & bisping aktiv in den Glasfaserausbau im Hersbrucker Stadtgebiet ein. Das eigengesteuerte Vorhaben nimmt die HEWA zusammen mit dem regionalen Netzbetreiber und Telekommunikationsanbieter bisping & bisping aus Lauf an der Pegnitz in die Hand. Zeitnah wollen die beiden Kooperationspartner ein leistungsstarkes Hochgeschwindigkeitsnetz mit der neu gegründeten Netzgesellschaft „GNH Glasfasernetz Hersbruck GmbH i.G.“ aufbauen, um Hersbruck flächendeckend mit schnellem Internet zu versorgen.

Große Synergieeffekte

„Im Rahmen unseres allgemeinen Versorgungsauftrages wollen wir in Hersbruck auch zukünftig für unsere Bürgerinnen und Bürger sowie die ansässigen Unternehmen führender regionaler Versorger sein. Schnelles Internet gehört für uns zu einer zeitgemäßen Grundversorgung dazu“, so Harald Kiesel, Geschäftsführer der HEWA GmbH. Für den Aufbau der dafür notwendigen Glasfaser-Infrastruktur ergeben sich große Synergieeffekte durch die vorhandenen Leitungsstrassen der Energie- und Wasserversorgung in Hersbruck, erläutert er weiter. So wird der eigengesteuerte Breitbandausbau auch zu einer wirtschaftlich sinnvollen Entscheidung.

Der Netzbetreiber aus dem Nürnberger Land ist in Hersbruck bereits seit 2014 als Kooperationspartner der HEWA mit dem Aufbau von Glasfaserstrecken aktiv. Durch die konsequent vom Versorgungsunternehmen bei Tiefbauarbeiten mitverlegten Leerrohre konnten die beiden Partner bereits zahlreiche Glasfaserstrecken in Hersbruck aufbauen und vor allem Gewerbegebiete und -Standorte mit Gigabit-Anschlüssen versorgen. Diese ermöglichen bereits zahlreichen namhaften Hersbrucker Unternehmen einen

zeitgemäßen Zugang zur Digitalisierung. Aber auch das Paul-Pfinzinger-Gymnasium kann seit 2017, wie auch die Stadt Hersbruck selbst, Dank der innovativ genutzten Synergien so mit schnellem Internet versorgt werden.

Mit der erweiterten Kooperation und der neu gegründeten Netzgesellschaft wird sich nun nicht nur die Zusammenarbeit beider intensivieren, sondern auch ein ehrgeizig gesetztes Ziel zusammen verfolgt: Bis 2028 wollen die Kooperationspartner Hersbruck flächendeckend mit Glasfaser bis in die Gebäude erschließen. Für die Umsetzung der rund 3.500 Anschlüsse in höchster Ausbaustufe wollen die beiden Unternehmen gemeinsam zirka 12 Mio. Euro in Hersbruck investieren. Bereits im 3. Quartal 2024 sollen die ersten Highspeed-Internetanschlüsse in einem Teil von Altensittenbach sowie für größere Mehrfamilienhäuser in Hersbruck ausgebaut werden.

„Ein leistungsfähiges Breitbandnetz, das alle auf dem Land und in der Stadt erreicht, ist die Voraussetzung dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger gleichberechtigt an modernen Lebens- und Arbeitswelten teilhaben können. Es freut uns sehr, dass die beiden innovativen Unternehmen die erfolgreiche Kooperation weiter ausbauen und so in die Zukunftssicherheit Hersbrucks investieren“, begrüßt der Erste Bürgermeister Robert Ilg das Vorhaben.

„Insbesondere für Unternehmen stellt die zukunftsfähige Kommunikations-Infrastruktur einen grundlegenden Standortfaktor dar, dessen Bedeutung rasant zunimmt. Gemeinsam zeigen wir, wie wir nachhaltig und mit wertvollen Synergien Hersbruck per Glasfaser versorgen können“, erklärt Johannes Bisping, Geschäftsführer des Netzbetreibers bisping & bisping.

Das Glasfasernetz wird im Eigentum dieser Glasfasernetz Hersbruck Gesellschaft verbleiben, und die Wertschöpfung vor Ort und in der Region halten. □



Intensive Zusammenarbeit für den flächendeckenden Glasfaserausbau in Hersbruck (v.l.): Susi Bisping (bisping & bisping, Gebietsentwicklung), Martin Dorn (bisping & bisping, Leiter Infrastruktur), Harald Kiesel (HEWA, Geschäftsführer), Johannes Bisping (bisping & bisping, Geschäftsführer) und Robert Ilg (Erster Bürgermeister der Stadt Hersbruck).

Foto: Porta/Stadt Hersbruck

Schwabentag 2024 in Günzburg:

Das Fahrrad im Mittelpunkt

Beim diesjährigen Schwabentag verwandelte sich die Stadt Günzburg in ein lebendiges Zentrum der schwäbischen Kultur und Gemeinschaft. Unter dem Motto „Mit dem Fahrrad durch Schwaben“ stand heuer das Fahrrad im Mittelpunkt der Feierlichkeiten. Der Schwabentag wird seit 2008 jährlich an wechselnden Orten ausgerichtet und vom Bezirk Schwaben großzügig gefördert. Ziel ist es, die Identität zu fördern und die regionale Vielfalt zu stärken.

Das Programm des Schwabentags in Günzburg gestaltete sich reichhaltig und abwechslungsreich. Es gab zahlreiche Mitmachstationen für Kinder, eine Kulturbühne mit Nachwuchsmusikern aus Schwaben und eine Genussmeile.

Die Hauptbühne mit einem abwechslungsreichen Musik- und Sportprogramm befand sich auf dem Schloßplatz. Eine weitere Bühne stand auf der Wiese am Stadtgraben bzw. am Hofgarten. Alle Aktionen, Infostände und Showbühnen waren rund um das Heimatmuseum, den Schloßplatz

und den Hofgarten gebündelt. Zahlreiche Teilnehmer und Besucher nutzten zudem die Gelegenheit, sich in traditionellen schwäbischen Trachten und historischen Kostümen zu kleiden, um die kulturelle Vielfalt und das Erbe der Region zu feiern.

Entwicklung des Fahrrads

Ein Höhepunkt war die „Schwabentag-Kids-Meisterschaft“ des Deutschen Alpenvereins (DAV) Sektion Günzburg, der die kleinsten Besucher dazu einlud, mit dem Laufrad einen Parcours zu

absolvieren. Eine beeindruckende Sammlung historischer Fahrräder brachte das Mobile Museum des Deutschen Fahrradmuseums Bad Brückenau mit, die im Museumshof ausgestellt wurden. Besucher konnten die Fahrräder nicht nur bestaunen, sondern auch einige Modelle selbst ausprobieren. Diese interaktive Präsentation ermöglichte es den Besuchern, die Entwicklung des Fahrrads hautnah zu erleben und einen Einblick in die Geschichte der Mobilität zu gewinnen.

Für die kleinen Besucher gab es kreative Angebote, bei denen Lieblingsfahrräder gestaltet werden konnten, während die Polizei Günzburg über Verkehrssicherheit informierte. Darüber hinaus fand eine Versteigerung gut erhaltener Fundfahrräder aus dem Stadtgebiet statt. Ein weiterer Stand, betrieben vom Be-

zirk Schwaben, widmete sich der Stromerzeugung durch Pedaltritt – eine interessante Verbindung von Aktivität und Umweltbewusstsein.

Den Abschluss des Schwabentags bildete eine besondere Radtour. Der Burgauer Künstler Hermann Skibbe und der Günzburger Stadtarchivar Dr. Raphael Gerhardt konzipierten mit „Giro di Gontia. GlücksRadTour“ eine kulturell-geschichtliche, rund 19 Kilometer lange Entdeckungstour rund um Günzburg.

Bei der feierlichen Eröffnung des Schwabentags freute sich Oberbürgermeister Gerhard Jaurnig über die Chance, die Stadt Günzburg präsentieren zu können. Um Ausrichter des Schwabentags zu werden, müssten interessierte Städte ein Rahmenkonzept beim Bezirk Schwaben einreichen und dieses im Kultur- und Europausschuss vorstellen. Mit den zentralen Themen beim Günzburger Schwabentag – Fahrradfahren in Verbindung mit regionalem und nachhaltigem Tourismus – würden

zwei wichtige Trends in den Mittelpunkt gestellt. „Zudem arbeiten wir auf die Fahrradstadt 2025 hin“, stellte Jaurnig fest.

Ein großes Fahrradnetz durchzieht Schwaben, verbindet Städte und Dörfer miteinander und ermöglicht so nachhaltiges Reisen in Schwaben. „Die Umwelt und Natur unserer Heimat zu bewahren und für zukünftige Generationen zu sichern, zählt zu den Kernauf-

gaben des Bezirks Schwaben“, erklärte Bezirksstadtspräsident Martin Sailer. Günzburg selbst sei aufgrund seiner Größe und eines gut ausgebauten Radwegenetzes erstklassig geeignet, um täglich das Fahrrad zu nutzen. Darüber hinaus bilde die Stadt den idealen Ausgangspunkt, um in die Natur zu starten. Der Schwabentag sei die perfekte Gelegenheit, um Günzburg (neu) zu entdecken. **DK**



V.l.: Martin Stumpf, Landrat Stefan Rößle, Dr. Erwin Lohner, Pater Stan und der Schuldirektor der Grundschule Awila. Bild: Ramona Ruf

Schulbauprojekte im Norden Ugandas:

Gemeinsam Großes bewirken

Landkreis Donau-Ries/Uganda „Wenn in manchen Ländern schon der Schatten eines Baumes zum Unterrichten dient, dann schafft dort ein Schulgebäude eine ganz neue Bildungslandschaft – voller Wissen, Begegnungen und Zukunftsperspektiven“, fasst Landrat Stefan Rößle den Erfolg der von ihm gegründeten Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ zusammen. Während einer privaten Reise nach Uganda konnte Rößle nun gemeinsam mit einer Delegation die positiven Veränderungen erleben, die in Zusammenarbeit mit dem Nördlinger Verein „Vier Steine für Afrika e.V.“ und dem örtlichen Pater Stan (Katholische Unterpfarrei Gomi) in einer Region erreicht wurden, die noch immer von den Folgen des Bürgerkriegs gezeichnet ist.

Der Besuch in der Region Alenga im Norden Ugandas zeigte eindrucksvoll, wie wichtig die Schulprojekte für die Menschen vor Ort sind. Viele kehrten erst Jah-

re nach dem Ende des Bürgerkriegs 2006 in ihre Heimatdörfer zurück. Während des Konflikts mussten sie vor Rebellenangriffen fliehen. Schulen wurden zerstört und Dörfer verlassen. „Wir haben Schulen gesehen, deren Fenster überdimensionale Löcher im Mauerwerk waren – schnelle Fluchtwege für die Kinder, wenn die Rebellen kamen“, berichtet Rößle. „Das Leben hier war lange von Angst und Unsicherheit geprägt.“

Bildung als kollektive Traumabewältigung

Pater Stan, der seit 18 Jahren in der Region tätig ist, betont die zentrale Rolle von Bildung für die kollektive Traumabewältigung: „Bildung ist der Schlüssel, um den Kreislauf von Unsicherheit und Armut zu durchbrechen.“ Er hat aus nächster Nähe miterlebt, wie tief die Spuren des Konflikts sind und wie wichtig es ist, den Kindern durch Bildung eine Perspektive zu geben.

Die Delegation besuchte 13 Schulen, von denen viele stark baufällig und dringend sanierungsbedürftig sind. Oft sitzen die Kinder mangels Schulbänken auf dem staubigen Boden. In einer Schule am Nil wurden drei Kinder wegen eines fehlenden Zauns von Krokodilen getötet. In einer anderen Schule starb ein Kind nach einem Blitzeinschlag, da die Gebäude keinen Blitzableiter hatten.

Neue Schulgebäude wie das in Awila, das durch den Verein „Vier Steine für Afrika“ und die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ errichtet wurde, bieten dagegen sichere und stabile Lernorte. Finanziert durch eine private Spende von Dr. Erwin Lohner (ehemaliger Regierungspräsident von Schwaben, jetzt Amtschef im Bayerischen Innenministerium), der ebenfalls an der Reise teilnahm, erstrahlt das Gebäude in Gelb, Blau und Braun – den Farben, die Pater Stan als Markenzeichen für alle Projekte deutscher Spender gewählt hat.

Gemeinschaft als Schlüssel zum Erfolg

Die Grundschul Kinder in Awila begrüßen die Gäste aus Deutschland unter einem großen Baum mit Liedern und Tänzen – ein Baum, der zwar nicht mehr für den Unterricht genutzt wird, aber weiterhin als wichtiger Treffpunkt dient. „Ein Schulgebäude

allein reicht nicht aus – es ist die Gemeinschaft, die den Ort mit Leben füllt und den Kindern hilft, ihre Potenziale zu entfalten“, betont Lohner in seiner Rede an die Schulgemeinschaft und dankt insbesondere den Lehrern für ihren Einsatz unter oft schwierigen Bedingungen.

Martin Stumpf, Vorsitzender des Vereins „Vier Steine für Afrika“, unterstreicht ebenfalls die Bedeutung der Gemeinschaft: „Neben den Spendern und Lehrern leisten auch die Eltern einen wichtigen Beitrag. Das Schulgeld ist freiwillig, damit kein Kind vom Unterricht ausgeschlossen wird. Die daraus generierten Einnahmen ermöglichen es den Schulen, zusätzlich zu den staatlichen Lehrern weitere Lehrer einzustellen oder Lehrerunterkünfte zu bauen – eine wichtige Maßnahme, um das Unterrichten in abgelegenen Dörfern attraktiv zu machen und dem Lehrermangel in Norduganda zu begegnen.“

Weitere Schulen, die die Delegation besuchte, und an denen durch großzügige Spenden aus dem Landkreis Donau-Ries der Bau neuer Schulgebäude ermöglicht wurde, sind die Grundschule Barkwaro (Spende der Familie Lesiak aus Eggelstetten), die Berufsschule Alenga (Familie Hafner aus Nördlingen), die Grundschule Gomi (Familie Engelhardt aus Deiningen), die Grundschule Cakali (Kunden und Freunde von Vanessa Stumpf, Inhaberin von Herrenbekleidung Lettenbauer in Nördlingen), die Grundschule Abuge (anonymer Spender aus Nördlingen) und die Grundschule Ayago (Landrat Stefan Rößle). „Für die Kinder ist es das Größte, lernen zu dürfen. Ihre Begeisterung ist für mich bei jedem Schulbesuch immer wieder überwältigend“, fasst Stumpf die vielen Eindrücke vor Ort zusammen.

Ein Gewinn für alle

Neben der Freude am Lernen spielt auch die Fußballbegeisterung eine große Rolle im Schulalltag. In den Pausen kicken die Kinder auf Bolzplätzen, häufig mit selbstgebastelten Bällen. Die Besucher aus Deutschland brachten daher nicht nur Schulmaterialien, sondern auch Fußbälle samt Luftpumpen mit. In Cakali überreichte Pater Stan den Ball feierlich an den Kapitän der Schulmannschaft mit den Worten „Wir wollen Gewinner sehen!“, was tosenden Applaus der Schülerschaft auslöste. Der Ball kam sofort zum Einsatz und auch Landrat Rößle schloss sich der Partie an.

„Wo alle zum Erfolg eines Schulbauprojekts beitragen – Lehrer, Schüler, Eltern, Spender, Kirche, staatliche Träger und Hilfsorganisationen – gewinnen am Ende alle“, resümiert Rößle. „Jedes erfolgreiche Schulbauprojekt inspiriert zu weiteren.“ Bereits während der Reise fand sich unter den Mitreisenden ein neuer

GZ PINOS WELT

Jetzt ist er da, der Herbst und hat uns ziemlich kalt erwischt. Ganz im Süden hat er sich mit Dauerregen eingeführt, in den Bergen mit Schnee. Die Tage werden kürzer, die Temperaturen gehen runter, die Stimmung trübt ein. Wirtschaftlich gesehen könnte es ein veritabler Herbst des Missvergnügens werden.

Stichwort Superfabriken: Im Frühjahr jagte eine Nachricht die andere, wo in der Republik jetzt überall Chipfabriken aus dem Boden schießen werden, um Deutschland und Europa unabhängig von fragilen Lieferketten aus Übersee und China zu machen. Im Herbst verfliegen die Blütenträume wie das Laub der Bäume. Die Mega-Fabrik in Magdeburg wird um zwei Jahre verschoben, was bei den kurzen Innovationszyklen in diesem Feld einer Aufgabe des Projektes gleichkommt und von der Ansiedlung im Saarland hört man gar nichts mehr.

Herbst des Missvergnügens

Stichwort grüner Strom: Da rissen die Jurbeldungen nicht ab, wie rasant der Anteil des nachhaltig aus Sonne und Wind erzeugten Stroms steige und steige. Das Auswärtige Amt meinte sogar, der Weltgemeinschaft und vor allem den Energiejunkies aus den USA via Presseerklärung mitteilen zu müssen, dass Deutschland die Hälfte seiner Energie (sic!) regenerativ produziere. Das wäre ein schöner Erfolg, den das Land zu einem Gutteil auch Privatleuten, Bauern und Kleinunternehmern verdankt, die auf ihre Haus-, Scheunen- und Werkstattdächer fleißig Solarmodule montieren. Aber jetzt merkt die Regierung, Mist, der Strom wird zwar produziert, aber nicht gespeichert und deshalb überlastet er die Leitungen. Konsequenz? Man diskutiert über ein Ende der Solarförderung für kleine Anlagen und würde die Energiewende damit abwickeln.

Stichwort Wärmepumpe: Der Markt ist zusammengebrochen, weil diese auch da nicht eingebaut werden, wo sie sinnvoll wären. Wenn überhaupt noch gebaut wird.

Stichwort Elektromobilität: Elektroautos sind in Deutschland so beliebt wie Fußpilz, die Absatzzahlen brechen ein. Auf EU-Ebene hat man die Lösung – Importzölle auf chinesische E-Au-



tos, die aber kaum gekauft werden. Bei uns sind immer noch Tesla, BMW, VW und Opel Zulassungs-Kings. Zurückzuführen ist der E-Auto-Blues auf zwei Faktoren: Nicht genügend Ladesäulen und eine erratische Förderpolitik. Zwar gibt es 125.000 Ladepunkte für E-Fahrzeuge in Deutschland, gebraucht würden aber noch 400.000 mehr. Schauen Sie

sich das öffentliche Ladenetz in Ihrer Umgebung an und bedenken Sie, dass in Bayern das Netz bundesweit am dichtesten ist. Dann ist klar, dass Teile der Republik ladefreie Zonen sind. Ausgerechnet jetzt, da der Ausbau der Ladeinfrastruktur superdringlich wäre, geraten darauf spezialisierte Firmen in finanzielle Schieflage oder gehen schlicht pleite. Ein Wahnsinn.

Die Förderpolitik des Bundes ist erkennbar dem Muster eines Hochseeschiffs bei starkem Wellengang nachempfunden. Zunächst eine großzügige Förderung für alle, auch Hybride. Dann Stopp der Förderung für Hybride. Dann Stopp der Förderung für betrieblich genutzte Fahrzeuge. Dann nichts mehr für alle. Jetzt soll dann wieder eine großzügige Förderung für Dienstwagen kommen. Und/Oder eine Tauschprämie von Verbrenner zu Elektro. Da schwirrt einem der Kopf.

Unter diesem Stop-and-Go leidet ja nicht nur die Autoindustrie. Beispiel Ladesäulen: Da wurde eine Förderung für private Ladesäulen aufgelegt, die so knapp bemessen war, dass sie am ersten Tag der Freischaltung des Portals überzeichnet war. Sie wurde nicht fortgeführt, weil sie nur Besserverdienenden mit eigenem Dach zugutekam (ja wer soll sonst Ladesäulen bauen?). Beispiel Energieberatung: Die Gutachten von Energieberatern zur Vorbereitung einer Hausanierung werden gefördert. Die Förderung wurde aber über Nacht halbiert. Die Förderprogramme für energieeffizientes Bauen und Sanieren bzw. die daran geknüpften Bedingungen wechseln so rasch, dass niemand darauf eine solide Kalkulation und Planung aufbauen kann. Folglich baut nur der, der es sich auch ohne Förderung leisten kann und nimmt halt mit, was er kriegt.

Bei all dem Chaos hoffe ich nur, dass G. B. Shaw am Ende Recht hat: „Der Nachteil der Intelligenz ist, dass man ständig gezwungen ist, dazulernen.“

Ihr Pino

Spender: Kreisrat Dr. Andreas Becker aus Möttingen, der eine dringende benötigte Schulsanierung unterstützen möchte. „Es gibt noch viel zu tun, aber es gibt auch viele Menschen, die etwas bewe-

gen wollen“, betont Rößle. „Zu erleben, wie viel Freude schon kleine Veränderungen – eine neue Schulbank oder ein neuer Fußball – auslösen können, ist unglaublich motivierend. Es zeigt, dass je-

de Hilfe zählt und einen riesigen Unterschied machen kann.“

Weitere Informationen können unter www.viersteinefuerafrika.de und unter www.donau-ries.de/ez abgerufen werden. □

Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen:

„Erfolgreich auf dem Weg zur digitalen Kita“

Abschluss zur Kampagne „Startchance kita.digital“

Vertreterinnen und Vertreter aus sechs Kindertageseinrichtungen, die an der Kampagne „Startchance kita.digital“ im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen sowie im Nachbarlandkreis Garmisch-Partenkirchen teilnahmen, durften sich beim feierlichen Abschluss über ihre Teilnahmeurkunde freuen. Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen veranstaltet dieses Projekt federführend seit einem Jahr, vier der ausgezeichneten Kitas sind hier beheimatet. Bereits in der vergangenen hatten zwei Kitas aus dem Landkreis den Kurs erfolgreich durchlaufen.

Die im September 2021 bayernweit gestartete Kampagne ist ein mehrjähriges, kostenfreies Qualifizierungsangebot des Bayerischen Familienministeriums für alle bayerischen Kindertageseinrichtungen inklusive Kinderkrippen, das auch über Mittel des Bundesfamilienministeriums aus dem KiTa-Qualitäts- und Teilhabeverbesserungsgesetz (KiQUTG) mitfinanziert wird. Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen setzt das Projekt seit dem Schuljahr 2023/2024 um.

„Beim Eintritt in die Kita haben heute die allermeisten Kinder bereits Erfahrungen mit digitalen Medien. Und sie haben Anspruch, dass ihre Kinderrechte auf Teilhabe, Schutz und Befähigung in der digitalen Welt erfüllt werden. Es ist daher Auftrag von Kindertageseinrichtungen, Kinder schon frühzeitig in einem

kreativen, kritischen und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu begleiten“, so das Staatsinstitut für Frühpädagogik und Medienkompetenz (IFP), das die Kampagne mit dem JFF-Institut für Medienpädagogik konzipiert hat, umsetzt und wissenschaftlich begleitet.

In den einjährigen Kampagnenkursen gehen die daran teilnehmenden Kitas mit den Kindern und unter Einbezug der Eltern erste Schritte in die digitale Bildungswelt. Sie gehen diese Schritte begleitet von qualifizierten kita.digital.coaches sowie unterstützt durch die Onlineplattform KITA HUB Bayern.

Mit großem Engagement haben sich auch im dritten Kampagnenjahr bayernweit rund 300 Kitas – trotz des sich verschärfenden Fachkräftemangels – gemeinsam auf den spannenden

Weg zur digitalen Kita gemacht. Sie erhielten vielfältige Anregungen für die digitale Foto-, Audio- und Filmarbeit mit Kindern und wie sie dabei die Eltern als Partner einbeziehen können. Dazu wurden auch der Onlinekurs (MOOC) „Startchance kita.digital“ sowie digitale Vernetzungsmöglichkeiten erprobt.

Die Teilnahme an der Kampagne ist für Kitas eine große Bereicherung, um Kinder an die digitale Welt, deren Chancen und Herausforderungen aktiv und sicher heranzuführen. 95 Prozent der Kampagnenkitas, die im ersten und zweiten Kampagnenjahr dabei waren, empfehlen anderen Kitas die Teilnahme.

Alle derzeitigen Kampagnenkitas gehören nach dem Kurs dem Bayerischen Netzwerk „kita.digital.vernetzt“ an und erhalten dort weitere vielfältige Qualifizierungs- und Vernetzungsangebote zusammen mit den Kitas, die bereits am Modellversuch „Medienkompetenz in der Frühpädagogik stärken“ und an den ersten beiden Kampagnenjahren teilgenommen haben. Das Netzwerk umfasst rund 1.150 bayerische Kitas. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber: Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel,

Jan Kiver

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Sebastian Franz (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-12

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 57 vom 01.01.2024

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Die Preisträger des Bürgerenergiepreises Niederbayern 2024.

Bild: Armin Weigel / Bayernwerk Netz GmbH

Auszeichnung für vorbildhafte Projekte:

Bürgerenergiepreis in Niederbayern verliehen

Bayernwerk Netz und Regierung von Niederbayern verleihen insgesamt 10.000 Euro Preisgeld

Landshut. Im Juli hat die Bayernwerk Netz GmbH in Kooperation mit der Regierung von Niederbayern zum zwölften Mal den Bürgerenergiepreis verliehen. Der Preis für vorbildhafte Projekte wurde in Landshut in den Räumlichkeiten der niederbayerischen Regierung verliehen. Die diesjährigen Preisträger sind die Sankt Notker Schule in Deggendorf, Michael Putz aus Freyung (Landkreis Freyung-Grafenau) und das Johannes-Gutenberg-Gymnasium aus Waldkirchen (Landkreis Freyung-Grafenau).

Ausgezeichnet wurden die Preisträgerinnen und Preisträger von Markus Leczycki, Leiter Kommunalmanagement der Bayernwerk Netz GmbH, und Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck. „Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Gerade jetzt wird vielen Menschen klar, dass sie eine grundlegende Transformation bedeutet. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, Verständnis zu wecken. Und genau das tun unsere Preisträgerinnen und Preisträger mit ihren Projekten“, sagte Markus Leczycki. Rainer Haselbeck ergänzte: „Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, aber vor allem ist sie ein Mitmachprojekt. Die ausgezeichneten Projekte zeigen eindrucksvoll, dass jeder im Kleinen einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten kann.“ Für den Bürgerenergiepreis wurden insgesamt 10.000 Euro Preisgeld vergeben.

erwerk Netz GmbH, und Niederbayerns Regierungspräsident Rainer Haselbeck. „Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif. Gerade jetzt wird vielen Menschen klar, dass sie eine grundlegende Transformation bedeutet. Deshalb ist es gerade jetzt wichtig, Verständnis zu wecken. Und genau das tun unsere Preisträgerinnen und Preisträger mit ihren Projekten“, sagte Markus Leczycki. Rainer Haselbeck ergänzte: „Die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt, aber vor allem ist sie ein Mitmachprojekt. Die ausgezeichneten Projekte zeigen eindrucksvoll, dass jeder im Kleinen einen Beitrag zum Klima- und Umweltschutz leisten kann.“ Für den Bürgerenergiepreis wurden insgesamt 10.000 Euro Preisgeld vergeben.

Vorschau auf GZ 19

In unserer Ausgabe Nr. 19/2024, die am 10.10.2024 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umwelttechnologien und Ressourcenschutz
- Entsorgungsmanagement und technische Lösungen
- Kommunaler Bau
- Krankenhäuser · Pflegeheime
- Schulen · Kindergärten · Spielplätze
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark
- Garten- und Landschaftsbau · Forst · Friedhof

Schulprojekt „Unsere vier Säulen der Nachhaltigkeit“

Schülerinnen und Schüler der Berufsschulstufe an der Sankt Notker Schule in Deggendorf haben sich vier Wochen lang innerhalb verschiedener Projekte mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt. Eine Gruppe hat beispielsweise aus Sperrholzplatten einen Baum mit vier dicken Ästen gesägt. An jedem Ast hängen Zweige in Form von Plakaten und QR-Codes zum Weiterstöbern.

Dabei werden die vier Themengruppen Achtsamkeit im Alltag, Fortbewegung und Klimaschutz, Konsum und Ernährung sowie Umgang mit Müll behandelt. Der Baum hängt im Gang der Schule an einer Wand, sodass die Schüler jederzeit etwas über Nachhaltigkeit erfahren können. Auch außerhalb dieser Projektwoche achten die Lehrkräfte der Schule darauf, den Kindern den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen zu vermitteln. In Hochbeeten bauen sie gemeinsam mit den Schülern Gemüse und Kräuter an. Dadurch lernen die Schüler den Weg dieser Nahrung vom Anbau bis zum Verzehr. Die Schule verwendet Umweltpapier und bietet in der Kantine überwiegend vegetarische Gerichte an. Für das vorbildliche Verhalten erhält die Schule ein Preisgeld von 3.500 Euro

Nahwärme für die Nachbarschaft

Michael Putz aus Freyung hat eine Hackschnitzelheizung und eine 500 Meter lange Nahwärmeleitung errichtet. Er versorgt sein eigenes Haus sowie vier weitere Nachbargebäude, darunter

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Einladung zum **11. Bayerischen BreitbandForum** von Bayerischem Gemeindetag und Bayerischer Gemeindezeitung bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

ter auch das Feuerwehrhaus der Stadt Freyung mit Wärme. Ein fünftes Gebäude soll noch an das Wärmenetz angeschlossen werden.

Zu der Heizanlage gehört eine Halle, in der Michael Putz das Brennmaterial lagert. Dabei handelt es sich um das Holz aus dem eigenen Wald. So hält er die Transportwege kurz. Für die Hackschnitzel verwendet er auch schadhaftes Holz, das anderweitig nicht mehr genutzt werden kann. In der Zukunft will Michael Putz eine Photovoltaikanlage auf dem Dach seiner Lagerhalle installieren, sodass die Heizanlage mit Solarstrom betrieben werden kann. Interessierten gibt Michael Putz seine Erfahrungen weiter und erfüllt damit eine Vorbildfunktion. Für sein Engagement erhält er ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro.

Schulprojekt „Plastikfreie Klasse“

Schülerinnen und Schüler der fünften Klassen des Johannes-Gutenberg-Gymnasiums aus Waldkirchen haben sich mit ihren Lehrkräften mit Plastik und Umweltschutz beschäftigt. Sie haben gelernt, wo im Alltag überall Plastik vorkommt und wie man dieses ersetzen könnte. Dafür haben sie Plakate gebastelt und im Schulgebäude aufgehängt. Auch außerhalb des Gebäudes engagieren sich Lehrkräfte und Schüler. Sie haben auf einer Streuobstwiese

se Raum für Bienen, Marienkäfer und weitere nützliche Insekten geschaffen und in diesem Zuge Insektenhotels auf dem Schulgelände verteilt. Es wurden Bäume gepflanzt, da sie CO2 binden und sich somit positiv auf das Klima auswirken. Gemeinsam mit den Lehrkräften beteiligen sie sich an der großen Abfallaktion Ramadama und sammeln Müll im Stadtpark und rund um das Schulgelände. Mit diesen Maßnahmen entwickeln die jungen Menschen eine Sensibilität für die Umwelt, die sie in ihre Familien tragen und so weitergeben. 3.500 Euro erhält die Schule für diese vorbildlichen Umsetzungen.

Schon jetzt für die nächste Runde bewerben

Der Bürgerenergiepreis wird in Niederbayern seit 2013 verliehen. Aber auch in den Regierungsbezirken Oberbayern, Unterfranken, Oberfranken und in der Oberpfalz werden jährlich Preisträgerinnen und Preisträger ausgezeichnet. Die Bewerbungen für den Bürgerenergiepreis können das ganze Jahr über eingereicht werden. Den Bewerbungsbogen gibt es im Internet unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis.

Teilnehmen können Vereine, Kindergärten, Schulen und Privatpersonen. Videos der bisherigen Sieger sind im Bayernwerk-Kanal auf YouTube zu finden.

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsch.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

Kommunen kompetent erreichen:
www.gemeindezeitung.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Länderfahnen
Gemeindefahnen
Maste
Bekleidung
uvm.

Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

Highspeed-Internet der NetCom BW

www.netcom-bw.de

Glasfaser / Glasfaserausbau

GLASFASER

Schnell. Stabil. Zukunftssicher.



www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaupkapazitäten für Ihre Kommune unter:



0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
ext. DSB
ext. ISB
LSI-Siegel
BSI Kommunale
CISIS12
Schulungen
eLearning

Kommunalberatung

KUBUS

KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin
0385/30 31-251
info@kubus-mv.de

Standort München
089/44 235 40-00
bayern@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Abonnieren Sie unseren

KOSTENFREIEN NEWSLETTER:

www.gemeindezeitung.de/newsletter

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektive Räumarbeiten

BUCHER municipal

Driven by better

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171 / 9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171 / 9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimbüchel, www.henne-unimog.de

Carl Beuthhauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hageistadt, www.beuthhauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthhauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthhauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

KFB Leasingfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf
Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de



Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünwäre · lichtschlauch · led

bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de

Vertragshandel für www.palmer.de

Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Unsere Partner und Aussteller

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat



Rödl & Partner



11. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Donnerstag, 17. Oktober 2024
Einlass 9:00 Uhr
Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen
www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstaltungsort

Stadthalle Gunzenhausen
Isle-Platz 1, 91710 Gunzenhausen

Termin

Donnerstag, 17. Oktober 2024, 10:00 - 16:30 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr
Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller
www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter

Bayerische Gemeindezeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
gemeinsam mit
Bayerischer Gemeindetag

So erreichen Sie das Bayerische BreitbandForum

Unter www.bayerisches-breitbandforum.de →
Veranstaltung 2024 → Veranstaltungsort können Sie
direkt Ihre Route planen.
→ ÖPNV: Der Bahnhof Gunzenhausen liegt etwa 1,4
km entfernt. Eine Busverbindung ist vorhanden.
→ PKW: Zahlreiche kostenfreie Parkmöglichkeiten
stehen vor Ort zur Verfügung.

Tagungsbeitrag

- Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen: 15,- €
 - Wirtschaftsvertreter: 110,- €
 - Abonnenten der BGZ: 70,- €
- pro Person, zzgl. USt.
Die Rechnungsstellung erfolgt nach Anmeldung.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische Gemeindezeitung
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung

**Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat**
Bayerische Gigabitförderung – bereit für die Königsetappe?
Acome GmbH Wirtschaftliche Kabelverlegung und Reduzierter CO2-
Fußabdruck dank verbesserter Trommellogistik
AND Solution GmbH Live-Demo: Planung und Dokumentation in der
Netzebene 4
Connect Com GmbH Innovative Lösungen für einen CO2 positiven,
nachhaltigen und zukunftsfähigen Breitbandnetzausbau
Deutsche Glasfaser Unternehmensgruppe Tradition bewahren, Zukunft
gestalten: Ein digitalpolitischer Ausblick
GEO DATA GmbH Netzdokumentation: schnell & einfach
mit dem Smartphone
Hauff-Technik GRIDCOM GmbH Flüster-PoP und G-BOX – innovative
Lösungen für die NE3
HPE GmbH Synergien vor Ort: Praxisbeispiele und Förderungen für
Breitband und Nahwärmeinfrastruktur
LEONET GmbH Zukunftssicheres Bayern: Erfolgsstrategien und
Marktanalysen für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum
MRK Media AG Breitband- und 5G-Netze in Zeiten der fortschreitenden
Digitalisierung – Darstellung von zukünftigen Anwendungsfeldern
NetCom BW GmbH Aktuelle Entwicklungen im Glasfaserausbau
Rödl & Partner Ausschreibung von Breitbandleistungen
TKF GmbH Glasfaserkabel: Wandel in der Kabelwelt
tktVivax GmbH Förderabsage erhalten – Glasfaserausbau adé?
WIRTSCHAFTSRAT RECHT Das Jahr der unangenehmen Wahrheiten

Podiumsdiskussion
Bundesförderung Gigabit – Wie geht's einfacher?
Bundesministerium für Digitales und Verkehr | Bayerisches
Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat |
Stadt Rottenburg an der Laaber | Corwese GmbH

Weitere Vorträge kommen von:
Bayerischer Gemeindetag | Bisping & Bisping GmbH & Co. KG | BREKO
e.V. | Corning Optical Communications GmbH & Co.KG | Corwese GmbH |
GHMT AG | M-net Telekommunikations GmbH | MICUS Strategiebera-
tung GmbH | Muth & Partner Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsan-
wältin mbB | Opternus GmbH | Telekom Deutschland GmbH | Vodafone
Deutschland GmbH

Stand Juli 2024

Schafkopfturnier

Anmeldung Forum

Bitte melden Sie sich direkt an:

www.bayerisches-breitbandforum.de/besucheranmeldung
oder per eMail an veranstaltungen@gemeindezeitung.de
oder scannen Sie diesen QR-Code mit Ihrem Handy:



Achtung:

Das Vortragsprogramm
findet in vier Räumen
parallel statt und die
Ausstellung ist groß.
Bringen Sie sich
Verstärkung mit!

Separate Anmeldung erforderlich!

Egal ob Profispielerin
oder interessierter An-
fänger, Sie sind uns alle
herzlich willkommen!

Das Startgeld beträgt 20 €.



Direkt im Anschluss laden wir zum Schafkopfturnier ins
benachbarte Parkhotel Altmühltal ein.



Zeit

Großer Saal

9:45 - 10:00	Begrüßung Constanze von Hassel Bayerische GemeindeZeitung & Stefan Graf Bayerischer Gemeindegtag Grußworte Bürgermeister Karl-Heinz Fitz Stadt Gunzenhausen		
--------------	--	--	--

Großer Saal

Hahnenkamm

Spielberg

10:00 - 10:45	Podiumsdiskussion: Gigabitförderung des Bundes – Wie geht es weiter? Moderation: Stefan Graf & Constanze von Hassel Klaus Spreng StMFH Bürgermeister Alfred Holzner Rottenburg an der Laaber Christoph Rathenow Projektträger Breitbandförderung Jürgen Schuster Corwese GmbH	Ausschreibung von Breitbandleistungen Freya Weber & Verena Stenzhorn Rödl & Partner	Glasfaserverkabelung in der NE4 – Zwischen Standards und Expertenwissen Stefanie Sill Hexatronic GmbH Andreas Bätz-Hammer homeway GmbH Andreas Gläser Opternus GmbH
10:45 - 11:15	Glasfaserausbau im Zusammenspiel von Branche und Kommunen – Stellschrauben für den Glasfaserausbau in Bayern Roman Skrodzki BREKO e.V.	Innovative Lösungen für einen CO2 positiven, nachhaltigen und zukunftsfähigen Breitbandnetzausbau Falco Lehmann Connect Com GmbH	Glasfaserkabel: Wandel in der Kabelwelt Lukas Schmidt TKF GmbH
11:15 - 11:45	Neuer Musterbescheid für den Glasfaserausbau Peter Görlich Bayerischer Landkreistag Stefan Graf Bayerischer Gemeindegtag	FTTH Ausbau für Stadt und Land Markus Metzger OXG GmbH Rolf-Peter Scharfe Vodafone Deutschland GmbH	Der industrietaugliche Breitbandausbau Tim Klotsch GHMT AG

11:45 - 12:45 Pause

12:45 - 13:15	Digitales Bayern: Fortschritte und Perspektiven im Glasfaserausbau Peter Roll, Markus Beckmann & Jürgen Lück Telekom Deutschland GmbH	Breitband- und 5G-Netze in Zeiten der fortschreitenden Digitalisierung – Darstellung von zukünftigen Anwendungsfeldern Stefan Köbler MRK Media AG	Live-Demo: Planung und Dokumentation in der Netzebene 4 Christoph Pfänder & Kai Leufker AND Solutions GmbH
13:15 - 13:45	Synergien und Kooperationen im Breitbandausbau Johannes Bisping Bisping & Bisping GmbH & Co. KG	Tradition bewahren, Zukunft gestalten: Ein digitalpolitischer Ausblick Dr. Herbert Lackner Deutsche Glasfaser Unternehmensgruppe	Wirtschaftliche Kabelverlegung und Reduzierter CO2 Fussabdruck dank verbesserter Trommellogistik N.N. Acome GmbH
13:45 - 14:15	Synergien vor Ort: Praxisbeispiele und Förderungen für Breitband und Nahwärmeinfrastruktur Alexander Hirschhorn, Daniela Hofmann, Franz Hofmann & Stefan Oberleitner HPE GmbH	Aktuelle Entwicklungen im Glasfaserausbau Matthias Groß Netcom BW GmbH	Flüster-PoP und G-BOX – innovative Lösungen für die NE3 N.N. Hauff-Technik GRIDCOM GmbH
14:15 - 14:45	Förderabsage erhalten – Glasfaserausbau ade? Oder gibt es doch noch Handlungsoptionen? Ein Vorschlag, wie es auch ohne Fördermittel weitergehen kann. Barbara Jacob tktVivax GmbH	Zukunftssicheres Bayern: Erfolgsstrategien und Marktanalysen für den Glasfaserausbau im ländlichen Raum Martin Naber Leonet GmbH	Kurskorrekturen oder „Rette sich wer kann“ – mit neuer Entschlossenheit zur Kommerzialisierung der Netze Sebastian Fornefeld MICUS Strategieberatung GmbH

14:45 - 15:30 Pause

15:30 - 16:00	Haben wir uns zu viel vorgenommen? Sind die Ziele noch realistisch – Das Jahr der unangenehmen Wahrheiten Dr. Henrik Bremer WIRTSCHAFTSRAT RECHT	Aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen im Breitbandausbau Maximilian Oertle M-net Telekommunikations GmbH	Netzdokumentation: Schnell & einfach mit dem Smartphone Manuel Hommel GEO DATA GmbH
16:00 - 16:30	Bayerische Gigabitförderung – bereit für die Königsetappe? Klaus Spreng Bayerisches Staatsministerium der Finanzen und für Heimat	Synergien im Breitbandausbau Christopher Mengel & Levin Krüger Muth & Partner Wirtschaftsprüfer Steuerberater Rechtsanwälte mbB	Wege aus dem Fachkräftemangel in der NE3 Felix Nunn & Dr. Ing. Belma Hota Corning Optical Communications GmbH & Co.KG

T Glasfaser

Die Zukunft der Digitalisierung ist jetzt



www.telekom.de/glasfaser